

liberale drucksachen

Zeitschrift für freisinnige Politik

Ein Wechsel geht zu Protest



5.-7. November 1982 in Berlin

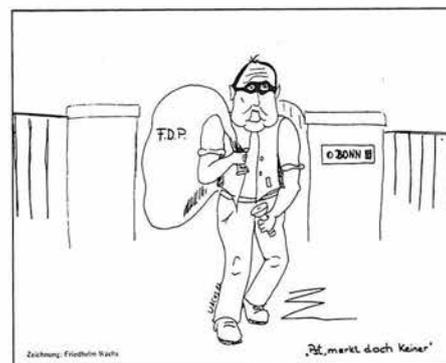
Christian Waltherr
Ermanstr. 5
1000 Berlin 41



drucksachen-inhalte

Die Vorbereitungen laufen

Ob die FDP auch nach dem Berliner Parteitag noch einen Monopolanspruch auf den organisierten Liberalismus in der Bundesrepublik hat, ist unklar. Vor dem Parteitag klären beide Lager, was sie nach einer Spaltung unternehmen müssen: Säuberungsvorbereitungen auf der einen Seite, Aufbau einer Struktur auf der anderen Seite. Seite 9



Titelbild: Die Redaktion bedankt sich bei der Deutschen Bank für das freundliche zur Verfügung stellen der Broschüre 'Der Handelswechsel in der Praxis'.

nach-drucksachen: Die Nationalliberale Aktion wieder in der FDP Seite 8

FDP/F.D.P.: Die Polarisierung vor dem Parteitag in Berlin Seite 9

Parteianalyse: Günter Verheugen sucht Zukunftschancen der Liberalen Seite 11

Rückblick: Eine Chronologie der Wechselregie Seite 14

Ronneburger: Jürgen Koppelin porträtiert den Kandidaten Seite 16

Bundestag: Auszüge aus der Rede von Ingrid Matthäus-Maier in der Haushaltsdebatte Seite 18

Friedenspolitik: William Borm und Christoph Strässer beschreiben Tradition und Perspektiven liberaler Friedenspolitik Seite 20

Thomas Dehler: Erinnerung an einen Liberalen Seite 23

Kommunalpolitik: Hanspeter Knirsch zu Grundsätzen liberaler Ratsarbeit Seite 24

Ausländerpolitik: Am Beispiel Koranschulen erläutert die Duisburger Ratsfrau Ingeborg Conrads den Teufelskreis der Vorurteile Seite 24

Schweden: Kommunalwahlrecht für Ausländer Seite 26

Sozialpolitik: Verpaßte Chancen der sozialliberalen Koalition Seite 28

Buchbesprechung: Machtwechsel Seite 29

Herbstfest der Liberalen in Köln Seite 31

Liberaler Zentren: Das Bonner LZ Seite 32

Rubriken

drucksachen-herausgeber Seite 3
 brief-drucksachen Seite 4
 nachrichtliches - in kürze Seite 6
 in eigener Sache Seite 33
 personelles Seite 34
 der-die-das letzte Seite 35

Die Zukunft der Liberalen



Der ehemalige F.D.P. - Generalsekretär Günter Verheugen analysiert die Entwicklung des organisierten Liberalismus und beschreibt, welche Chancen er für die Zukunft sieht. Sein Fazit: Wir brauchen eine liberale Partei. Seine Betonung liegt dabei auf dem Wort 'eine'. Seite 11

Bonner Wechseljahre

Keine vier Wochen nach dem Kanzlersturz wird an den abenteuerlichsten Legendären über die Ursachen des Wechsels gestrickt. In einer Chronologie der Aktivitäten von Genscher/Lambsdorff wird aufgezeigt, wie systematisch in den vergangenen zehn Jahren das Aufgeben liberaler Positionen betrieben wurde. Seite 14

Entrüstung

William Borm und Christoph Strässer erinnern an die Tradition liberaler Friedenspolitik. Genscher werfen sie vor, daß die von ihm betriebene Außenpolitik weder liberale Handschrift trägt, noch den deutschen oder europäischen Interessen dient. Seite 20



Ausländisches Beispiel: Ausländerintegration



Die Koranschulen in der Bundesrepublik sind nicht Ursache, sondern Folgen der mangelnden Integration der türkischen Mitbürger, erläutert Ingeborg Conrads in einem Gespräch. Richard Finger berichtet über die positiven Erfahrungen, die in Schweden mit der Einführung des Kommunalwahlrechts für Ausländer gemacht wurden. Seiten 24 u. 26

Helga Schuchardt:

„Bei mir mehren sich die Zweifel, ob die F.D.P. es noch einmal schaffen kann.“

Die F.D.P. muß in Berlin entscheiden, ob sie zu einer an wirtschaftlichen Interessen orientierten Partei rechts neben der CDU/CSU degeneriert, oder ob sie einen neuen Anfang zu einer liberalen Reformpartei wagt. Dieser Anfang ist mit Genscher und seinen Helfern nicht möglich; eine Wiederwahl Genschers wird die F.D.P. als Garant des organisierten Liberalismus nicht überleben.

Doch auch ohne die Wiederwahl Genschers steht schon jetzt fest: die Glaubwürdigkeit, die Zuverlässigkeit und die Eigenständigkeit mit einem unverwechselbaren liberalen Profil haben durch die Art und Weise des Wechsels sowie durch den Verzicht auf liberale Identität in der Koalition mit der CDU/CSU schweren Schaden genommen. Dafür ist Genscher zu einer Symbolfigur geworden. Die vielen Tausend, die bisher die Partei nach dem Sprung aus dem unbequem gewordenen SPD-Koalitionsbett in das vermeintliche Siegerbett bei künftigen Wahlen - sprich CDU/CSU - verlassen haben, sind ein Beweis dafür, daß bei ihnen die Hoffnung auf eine Wiederbelebung einer liberalen Reformpartei F.D.P. verlorengegangen ist. Auch bei mir mehren sich die Zweifel, ob die F.D.P. es noch einmal schaffen kann. Fortschrittliche Programmatik haben wir nach Freiburg immer noch genügend beschlossen. Wenn unser Programm zum Maßstab des politischen Handelns in Fraktion und Regierung gemacht worden wäre, wäre der Partei diese Situation erspart geblieben.

Freiburg hatte den Weg gewiesen, von dem sich die Regierenden in der F.D.P. abgewendet haben, und jene, die sich in der Regierungsverantwortung daran erhalten haben, sind heute unerwünscht.

So dürfen wir uns jetzt auch nicht wieder das Strickmuster aufzwingen lassen, das da heißt: Progressive Rede des Vorsitzenden, leidlich reformerische Program-

matik zur Beruhigung der Mitglieder und Wähler und die praktische Politik sieht dann ganz anders aus. Die Glaubwürdigkeit für ein "Manifest des Reformliberalismus" wird daran gemessen werden, welche Personen es verwirklichen sollen. Zur Zeit sieht es nicht einmal so aus, als ob eine Programmatik gewünscht wird, die das unverwechselbare Profil einer liberalen Reformpartei erkennen läßt. Arm in Arm mit der konservativen Presse bereiten Genscher und Lamsdorff die Partei auf den von ihnen ausgewählten Platz rechts neben der CDU/CSU vor. Wer hätte noch vor wenigen Monaten gedacht, daß gerade die Blätter aus den Häusern Springer und Burda als Anwälte der "neuen" FDP auftreten.

Wie dem auch sei: die "Freiburger" in der F.D.P. müssen - vielleicht zum letzten Mal - in Berlin kämpfen für

- eine Abwahl Genschers und seiner Helfer, die die Glaubwürdigkeit der Partei ruiniert haben,
- eine Mißbilligung der Art und Weise des Koalitionswechsels,
- eine Mißbilligung der Verletzung elementarer innerparteilicher Demokratiegrundsätze,
- eine Mißbilligung des Koalitionsvertrages in Hinblick auf die erschreckenden Defizite liberaler Identität,
- einen personellen Neuanfang,
- ein Programm, das den Namen Reformprogramm des Liberalismus verdient,
- eine Aussage, daß die Ergebnisse der



Koalitionsverhandlungen im Oktober 1982 keine Basis für eine weitergehende Zusammenarbeit mit der CDU/CSU sind, und daß die F.D.P. ihr künftiges parlamentarisches Verhalten ausschließlich von der Durchsetzbarkeit ihrer unverzichtbaren Programmpunkte abhängig macht.

Vor 11 Jahren hat der soziale Liberalismus mit dem Wirtschaftsliberalismus in Freiburg zu einem Kompromiß gefunden, von dem sich der Wirtschaftsflügel der F.D.P. immer weiter entfernt hat. Viele in der Partei, die noch geblieben sind, obwohl sie sich mit dem Wortbruch Genschers und dem Koalitionswechsel nicht identifizieren wollen, warten die Ergebnisse des Parteitages ab, um danach ihr Verhältnis zur F.D.P. zu überprüfen. Ich gehöre zu diesen in der Partei. Für mich ist es unvorstellbar, daß eine Wiederwahl Genschers und eine Zustimmung zu Art und Weise und Inhalt des Koalitionswechsels durch den Parteitag ohne Auswirkungen auf die Einheit der F.D.P. bliebe.

Die Kandidatur Genschers dient nicht der Integration, sondern ist von ihm und anderen angelegt, Teile der Partei auszugrenzen, seine Kandidatur ist also bewußt auf eine Spaltung ausgerichtet. Uwe Ronneburgers Kandidatur ist dagegen wegen dessen persönlicher Integrität und Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit ein überzeugendes Angebot zur Integration.

Lieberale

Offenbar wird in Artikeln und Überschriften immer ein Rechtschreibfehler weiterverbreitet. Es muß doch wohl lieberal heißen, weil die meisten Lieberalen so lieb sind, weil von ihnen auch erwartet wird, daß sie ihrer lieberalen Familie (wollte sagen Partei) zuliebe ihrem lieberal(e)n Papa Genscher Gefolgschaft leisten.

Der ganze Streit liegt bloß an falscher Rechtschreibung.

Erika Rommel
1000 Berlin 28

„Sie haben mir die politische Heimat genommen“

OFFENER BRIEF

30.9.82

Sehr geehrter Graf Lambsdorff, soeben – um 17 Uhr – höre ich im Deutschlandfunk Ihre Aufforderung (es ist nicht die erste), diejenigen FDP-Mitglieder, die ihrem Unmut über Ihre und Genschers Politik in den Wochen deutlich Ausdruck verleihen, sollten konsequenterweise die Partei verlassen. Diesmal mit dem zynischen Zusatz, die Freien Demokraten hätten in der Vergangenheit Absprachen gut überstanden.

Zu Ihrer Erinnerung: Die Abspaltung Blücher, Schäfer, Preusker ging nicht von der Parteibasis aus. Es war damals eine Gruppe von MdBs und Ministern, die sich nach ihrem Auszug, d.h. *nachher*, eine Basis suchten und keine fanden. Die Abspaltung Mende, Zoglmann verlief ähnlich. Diesesmal ist es ganz anders. Sie und Genscher haben erst vollendete Tatsachen geschaffen und dabei sich Methoden bedient, deren moralische Qualifikation nach weltweitem Urteil eindeutig ist. Die Baisis sagt nun: Unabhängig von der Frage, welche Koalition (mit SPD oder CDU/CSU) man bevorzugt; vor einer Entscheidung, die ein Abweichen von der letzten Wahlaussage bedeutet, wollen wir mitreden dürfen. Das hat man ja sogar in Hessen gemacht!!! Und da (in Hessen) haben die Wähler nicht mitgezogen. Ich bin sehr traurig. Sie haben vielen Freunden und mir meine politische Heimat genommen. Aber noch gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß sich die *sieben aufrechten Damen* und deren Sympathisanten in der FDP durchsetzen werden, damit *Strauß nicht recht behält* mit seiner Behauptung: FDP; die verhaßte Partei! Vor zwei Jahren waren wir die beliebteste Partei, was sich an der relativ hohen Zahl von Zweitstimmen aus den Lagern der SPD-

und CDU-Erstwählern ablesen ließ. Und jetzt *verhaßt* und auf 3 % abgesunken! Und dabei wäre ein Aufruf zu Sparsamkeit und Bescheidenheit mit dem Hinweis, *hierfür notfalls in die Opposition zu gehen*, auf breite Zustimmung gestoßen. Und wir wären sauber und glaubwürdig geblieben. In Berlin sprechen wir uns wieder.

Hans-Wolf von Wietersheim
5340 Bad Honnef 6



Zeichnungen: Erwin Fiege, Wilhelmshaven

Langer Atem

Herzlichen Glückwunsch zur ersten Ausgabe der "drucksachen". Es wurde höchste Zeit. Ich hoffe sehr, daß das Blatt gedeiht, journalistisch noch professioneller wird, einen wohlgepflegten Nachrichtenteil erhält und die Genschers behandelt, wie sie es verdienen. Ich betrachte die neue Zeitschrift als einen der wenigen liberalen Hoffnungspunkte in dieser Zeit.

Herausgebern und Blattmachern wünsche ich Mut und Standfestigkeit. Von Herrn Mende, dem Genscher von damals, heftig beschimpft (und von Thomas Dehler gedeckt), weiß ich als Erfinder des ersten DJD-Parteitagsdienstes vor zwanzig Jahren und als seinerzeitiger Chefredakteur des Jungdemokratenblattes, daß man für liberale Politik gegen illiberale Vorsitzende langen Atem braucht. Nach Mende kam Freiburg. Nach Wortbruch-Genscher, dem "Mister Dreiprozent" der Liberalen, wird es wohl etwas länger dauern. Liberalismus braucht publizistische wie organisatorische Kraft. Sagen Sie, was ich helfen kann.

Klaus Dörrbecker
6000 Frankfurt 1

Fehler

Bei meinem Leserbrief in den Id ist Euch ein Satzfehler unterlaufen.

Natürlich sind es nicht "die Chancen für einen eigenständigen Weg", die "nicht ersetzt werden können", sondern die Freunde, die die Partei verlassen haben.

"trotz alledem" viel Erfolg.

Georg Krause
5667 Haan

Mitläufer

Bei allem Eifer, Herrn Genscher die Schuld am Niedergang der F.D.P. zuzumessen (wofür er zweifellos die Verantwortung trägt), sollten Sie doch nicht vergessen, daß ein Vorsitzender alleine wenig auszurichten vermag, wenn er nicht genügend Mitläufer findet. Daher sind im Falle Hessen auch die Namen derjenigen zu nennen, die sich von Herrn Genscher "umwechseln" ließen. Die unvernünftige Koalitionsaussage für Herrn Dregger wurde nämlich auf einer denkwürdigen Bundesvorstandssitzung in Bonn beschlossen. Als Vorsitzender des F.D.P.-Kreisverbandes Main Kinzig konnte ich auf einer anschließenden Versammlung in Wiesbaden miterleben, wer nach 12-jähriger, erfolgreicher sozialliberaler Koalition in Hessen umgefallen war:

Ekkehard Gries (ehemaliger Staatsminister des Innern), Otto Wilke (ehemaliger F.D.P.-Fraktionsvorsitzender im Landtag), Dr. Wolfgang Gerhardt (ehemaliger Landtagsabgeordneter), Ruth Wagner (ehemalige Landtagsabgeordnete)

Bewußt nenne ich den Namen nicht, den mancher an dieser Stelle erwartet hätte: Klaus Jürgen Hoffie. Er brauchte nicht umzufallen, war er doch als Freund Dreggers allgemein bekannt. Ebenso kann man auf die Nennung unseres hessischen Ehrenvorsitzenden Wolfgang Mischnick verzichten. Er erklärte damals, es handele sich bei der Koalitionsentscheidung um eine rein hessische Angelegenheit, aus der er sich heraushalten wolle (wohl wissend, daß die Entscheidung in Bonn bereits gefallen war).

Keiner der Beteiligten dachte bisher an Konsequenzen, keiner trat irgendwo zurück (nur Gries mußte das Ministeramt abgeben, wofür er selbst kein Verständnis zeigte), keiner gab zu, sich geirrt zu haben oder daß diese Politik am liberalen Wähler vorbei gegangen war. Nein, im Gegenteil, es breitete sich eine "jetzt erst recht"-Stimmung aus, den Zusammenbruch der hessischen F.D.P. völlig ignoriert. So werden diese Damen und Herren wohl auch die Kühnheit besitzen, uns hessische Parteimitglieder ungeniert auf dem Bundesparteitag in Berlin zu vertreten.

Dr. Helmut Hein
6483 Bad Soden-Salmünster

Sockelbeträge im öffentlichen Dienst

Der in der Rubrik "anstöße" veröffentlichte Brief von Dr. Rudolf Rentschler mit der etwas abstoßenden Überschrift "Steuern erhöhen" enthält viele positive Ansätze. In einer Auflistung von möglichen Sparmaßnahmen fehlt leider die Kürzung der Aufwendungen für die "Vorwärtsverteidigung".

Auch ich halte eine Einkommenssteuerarifikorrektur für überflüssig, aber auch die Ergänzungsabgabe halte ich für nicht notwendig. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß man den Mut hat, auf tarifpolitischem Gebiet zumindest für einige Jahre radikale Änderungen durchzusetzen. Nachdem schon der Vorschlag von Norbert Blüm bekannt ist, die Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst auf 2 % zu begrenzen, sollte man diese Summe von 2,5 Mrd. DM pro Jahr in gleiche Sockelbeträge für alle umrechnen. Denn schließlich ist ja der monatliche Warenkorb für alle auch um den gleichen Betrag teurer geworden. Die unteren Einkommensgruppen werden dadurch prozentual mehr angehoben als die oberen, wobei die letzteren auch noch mehr davon abgezogen bekommen.

Auch die Rentenerhöhung sollte auf 2 % begrenzt sein, möglichst als gleichmäßiger Sockelbetrag, um die obengenannten Auswirkungen auch besonders bei den Kleinrentnern wirksam werden zu

Untauglich für Liberale

Es muß wohl ein Märchen sein, daß die FDP den politisch organisierten Liberalismus, noch dazu den sozial verpflichteten, zu recht in der Bundesrepublik zu vertreten vorgibt. Es muß wohl ein Märchen sein, daß die stellvertretenden Parteivorsitzenden Ronneburger, Mischnick, Funke und der Generalsekretär von der Hinwendung zu den Unionsparteien in den letzten Jahren nichts mitbekommen und all dies nicht gebilligt haben.

Für das Geschehene halte ich bis zum Beweis des Gegenteils alle genannten für mitverantwortlich und für mithaftbar. Ich freue mich, daß in letzter Minute einige prominente Freunde doch noch aufgewacht sind und jetzt wieder kämpferisch liberale Mitstreiter sein wollen.

Aber so tun, als ob man nicht dabei gewesen wäre bis fast bis zuletzt, das geht nicht. Ich frage uns alle, wo wir in den vergangenen Jahren kämpferische Liberale gewesen sind und wünsche mir einen

lassen.

Die Forderung nach Erhöhung der Ölsteuern halte auch ich für notwendig, aber noch wichtiger scheint mir die Umlegung der Kfz-Steuer auf die Mineralölsteuer, damit nicht der Besitz eines Autos, sondern dessen Gebrauch besteuert wird. Dieses sollte einhergehen mit der Einführung der allgemeinen Entfernungspauschale, damit der Anreiz größer wird, Fahrgemeinschaften zu bilden, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen oder gar mit dem Fahrrad oder zu Fuß zur Arbeit zu gehen.

Zur weiteren Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sollten Überstunden generell verboten werden. Da ich sehr wohl weiß, daß es innerhalb der Firmen Spitzen- und Flautezeiten gibt, sollte sich dieses Verbot nur auf die Jahresarbeitszeit eines jeden Arbeitnehmers beziehen. D.h.: Zeitweilig gearbeitete Überstunden werden nicht bezahlt, sondern – wie heute schon im öffentlichen Dienst vielfach üblich – im Laufe der Woche, des Monats oder des Jahres abgefeiert.

Dietrich Hagedorn
4459 Wilsun

Freiheit für Menschen!

F.D.P.

seid liberal!

Entlasst ihn endlich!

gemeinsamen Neuanfang, lernend aus den bitteren Erfahrungen.

Neuanfang bedeutet für mich das Auswechseln der Galionsfigur, Methodenkritik und ansonsten das Weiterwaten im Sumpf. Die Bilanz der letzten zehn Jahre FDP heißt für mich: eine konservativ verkommene Machterhaltungspartei, antiliberal geworden in Inhalt und Stil, ein untaugliches Instrument für Liberale. Der Berliner Parteitag wird zum erneuten Beweis: Der politisch organisierte Liberalismus braucht einen völlig neuen Anfang im Bündnis mit den zukunftsorientierten Bürgerbewegungen, ehrlich, klar und fortschrittlich.

Jürgen Bernd Runge
5300 Bonn

Leserbriefadresse:

liberale drucksachen
Drucksachen Verlags-GmbH
Elbestr. 30
4630 Bochum

Preisgabe von Positionen

Die Vorgänge in Bonn, vor allem der Bruch des dem Wähler gegebenen Versprechens und die Verhinderung von Neuwahlen noch in diesem Herbst haben m.E. nichts mehr mit liberalem politischem Stil zu tun.

Die Preisgabe von inhaltlichen Positionen und das Abrücken von politisch glaubwürdigem Verhalten der Parteibasis und dem Wähler gegenüber veranlassen mich, nach acht Jahren engagierter und zeitintensiver Mitarbeit in der F.D.P., die ich auch heute in der Rückschau für sinnvoll halte, die Partei zu verlassen.

Ich selbst bin Liberaler und werde diese Haltung und meine politische Orientierung am Liberalismus eines Friedrich Naumann und eines Karl Hermann Flach auch in Zukunft nicht aufgeben. Der Partei aber, die den Anspruch des organisierten Liberalismus in der Bundesrepublik vertritt, kann ich zur Zeit und in dieser Situation nicht mehr angehören."

Johannes Tuchel
1000 Berlin 61

Sieg nach Punkten

Geduld und Beharrlichkeit zahlt sich aus. Während sich viele FDP Geschäftsstellen der Mode der siebziger Jahre anpaßten und die F.D.P. mit den Punkten einführten, hielt der Kreisverband Münster an seinem bewährten Freistempler-Klischee fest. Im Gegensatz zu vielen anderen Orten muß in Münster jetzt niemand darüber grübeln, wie man die Punkte wieder weg bekommt, die – so kürzlich ein STERN-Leserbriefschreiber – dazu dienen sollen, daß wenigstens die Buchstaben nicht umfallen.

Jung und vergeblich

Die Jungen Liberalen werden nun doch nicht so schnell als Jugendorganisation der FDP anerkannt, wie sich dies die Parteiführung gewünscht hat. In der Hektik des Koalitionsbrechens ist vergessen worden, fristgemäß einen Satzungsänderungsantrag einzubringen. Die Jungdemokraten bleiben damit auch nach den FDP-Bundesparteitag in Berlin die einzige satzungsmäßig verankerte Jugendorganisation der Partei.

Ob Genscher, Lambsdorff und Scheel mit den Julis tatsächlich glücklicher werden können, steht auch noch nicht fest. Auf ihrer Bundeskonferenz gab es viele kritische Stimmen gegen den Wählerbetrug und an der Basis ist die Empörung noch größer. In einigen Orten (Bielefeld, Krefeld, Arnsberg) gibt es Julis, die bei den Liberalen Vereinigungen des sozialliberalen Flügels mitmachen.



Mut, den wir brauchten

"So kann in unseren Tagen strengstes Pflichtbewußtsein zur Beihilfe am Massenmord werden, Gehorsam zur Mitschuld am unausdenkbar Schrecklichen. Auch "Mut", der Mut, den wir heute brauchen, ist von ganz anderer Art als jener, den frühere Generationen verherrlichten. Diese neue Art der Courage lebt uns Philip Noel-Baker vor."

So skizzierte Robert Jungk in einem Vorwort zu Philip Noel-Bakers Buch 'Wettlauf der Waffen - Konkrete Vorschläge zur Abrüstung' (Kindler-Verlag 1961) jenen Mann, für den Friedenspolitik und Verständigung zwischen den Völkern zu einem Lebensinhalt wurden.

Den ersten Weltkrieg erlebte er in einer Ambulanz Einheit zwischen den Verwundeten, den Verstümmelten und Sterbenden. Das Erlebnis vom Wahnsinn des Krieges bestimmte sein weiteres Leben.

Zum Zeitzeugen und Mitwirkenden der Weltgeschichte wurde er in der Gründungsphase des Völkerbundes und bei der Entstehung der Vereinten Nationen.

Die Labourpartei wählte ihn 1946 zu ihrem Vorsitzenden, in verschiedenen Kabinetten nahm er Ministerfunktionen wahr. Sein unermüdliches Engagement für die



Philip Noel-Baker (1889 - 1982)

Friedenspolitik fand 1959 mit der Verleihung des Friedensnobelpreises eine weltweite Würdigung.

Der 1889 geborene Noel-Baker gründete noch 1980 zusammen mit Lord Brockway die 'World Disarmament Campaign' und unternahm, schon an den Rollstuhl gefesselt, weltweite Reisen zu Friedenskonferenzen. Im Juli dieses Jahres sprach er vor der Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen zur Abrüstung in New York und beteiligte sich an der Demonstration der 800 000 im Central Park.

Seine letzte große Vision war eine Demonstration, an der eine Million Menschen an der Grenze zwischen Ost und West auf beiden Seiten teilnehmen sollten. Am 8. Oktober starb Lord Noel-Baker in seinem Haus in London.

50 Jahre Machtergreifung

Auf Großkundgebungen wird am Samstag, dem 29. Januar 1983 in Frankfurt, Hamburg, Köln und München demonstriert. Anlaß ist der 50. Jahrestag der Machtergreifung am darauffolgenden Tag. Hauptinitiator der Kundgebungen ist die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN).

Im Demonstrationsaufruf werden die Parallelen zwischen Wirtschaftskrise, Ausländerhaß und Rüstung von damals und heute gezogen. Zu den Unterzeichnern des Aufrufes gehören u.a. Ingeborg Drewitz, Luise Rinser und Prof. Ulrich Klug.

Hotel „Burgau“

Besitzer: Dietmar und Ilse Görner

St. Vither-Str. 16

5108 Monschau/Eifel

Telefon: 02472/2120

Zimmer mit Dusche, WC, TV

Terrasse und Liegewiese

Rodelbahn

städt. Schwimmbad und Sauna (3 Min.)

Parkplatz am Haus

Dieses Haus im Stil und mit dem Komfort unserer Zeit ist bestens geeignet für Ihren Urlaub sowie für Ihre Seminare und Tagungen im gemütlichen Rahmen.

Übernachtung mit Frühstück ab 30,- DM, Preise für Halbpension, längere Urlaubsaufenthalte, Seminare und Tagungen auf Anfrage.

Springers neue Lieblinge

Im August waren Hans-Dietrich Genscher und Graf Lamsdorff eigens nach Bayern geeilt, um dort mit den Spitzen beider Verlage den publizistischen Begleitschutz für die Bonner Wende abzustimmen. Demnächst nun wird der eine von beiden als zuständiger Wirtschaftsminister seine Ministererlaubnis für die seit langem diskutierte "Elefantenhochzeit" von Burda und Springer erteilen - im "überragenden Interesse der Allgemeinheit" versteht sich, denn so steht es nun mal im Kartellgesetz.

Damit ist dann das größte Medienimperium seit Hugenberg vollendet: mit 28 % der Tages-, gar 77 % der Sonntagszeitungen und mehr als 50 % der Programmzeitschriften, zusätzlich stehen jetzt unter der neuen Rechtsregierung auch die Chancen für den Einstieg in die Neuen Medien mehr als blendend. Entsprechend pflegen alle Blätter beider Konzerne schon jetzt ihre devote Hofberichterstattung für den neuen Genscher-Kurs.

Augenfälliger als durch einen Blick in bundesdeutsche Medien läßt sich der Frontwechsel der Partei tatsächlich kaum noch belegen: die ZEIT, SPIEGEL, SÜDDEUTSCHE Zeitung oder FRANKFURTER RUNDSCHAU, alles kritische Begleiter der F.D.P.-Erneuerung seit Mitte der 60er Jahre über Nacht jetzt abgelöst von BILD, WELT oder Burdas BUNTE.

Noch allerdings wird dementiert, daß Jürgen Möllemann seinen alltäglichen BILD-Interviewer Friedemann Weckbach-Mara bereits zum kommenden "Karl-Hermann-Flach"-Preissträger vorgeschlagen hat. Als Nachfolger für Rolf Zundel etwa, der in der ZEIT schon früh in Genschers stetigen Behauptungen über den Münchener SPD-Parteitag den "Tatbestand der bewußten Irreführung" erblickte. Als Nachfolger auch für Robert Leicht, der bereits vor Monaten in der SÜDDEUTSCHEN so plastisch die ganze Aussichtslosigkeit eines Nachrennens der SPD hinter einem flüchtenden Genscher beschrieb: "Da könnte die SPD selbst die Beschlüsse des F.D.P.-Präsidiums als ihre eigenen verkünden, Genscher würde auch dann noch warnend am nächsten Tag seine Stimmer erheben."



Kongreß auf Kongreß

Bereits für unmittelbar nach dem FDP-Bundesparteitag in Berlin haben die Liberalen Bildungswerke Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen zu einem Treffen in der Messehalle 14 B in Berlin eingeladen. Sie folgten damit einer Aufforderung der Resolution des Norderstedter Kongresses, die dieses "Bilanzziehen" schon für den Tag nach dem ursprünglich geplanten Sonderparteitag beschlossen hatte. Da hier nicht viel Zeit zur Verfügung steht, wird gleich ein weiteres Treffen organisiert: Am Sonntag, 28. November findet in Bochum die bundesweite Nachfolgekonferenz des Köl-

ner Kongresses vom Februar statt. Motto: "Die Zukunft der Liberalen."

Zuvor soll es noch zwei regionale Tagungen geben: am 17.11. in Mainz, Bürgerhaus Lerchenberg, Beginn 10 h, Anmeldungen an DJD Rheinland-Pfalz, Albinstr. 17, 6500 Mainz. Unter dem Motto "Neue Chancen für die Liberalen" haben die niedersächsischen Freunde für den 20./21. November nach Osnabrück eingeladen. Programme und Anmeldungen beim Demokratischen Bildungswerk Niedersachsen, Walter-Gieseck-Str. 21, 3000 Hannover 1.

Verdatet, verkabelt und verkauft

So der Titel der Tagung der Humanistischen Union, die angesichts der Medienpläne der neuen Bundesregierung nur noch brennendere Aktualität gewinnt.

Im Eiltempo wollen der neue Postminister Schwarz-Schilling und die Union nun die Verkabelung der Bundesrepublik forcieren. Sind die neuen Kommunikationstechnologien ein neuer Jobknüller oder vielmehr ein Jobkiller? Über die reine Arbeitsplatzfrage hinaus: Wie verändern auch sonst die Neuen Medien unseren Alltag?

Dies sind Fragen, die am 17. November (Buß- und Betttag) ab 14 Uhr in der Essener Volkshochschule (Hollestr. 75, nicht weit vom Hauptbahnhof) diskutiert werden sollen: in verschiedenen Arbeitskreisen mit Politikern, Datenschützern, Gewerkschaftern, Journalisten

VERHABELT
VERDATET
VERKAUFT?

Humanistische Union

Leben und Arbeiten
im Zeitalter der neuen Medien
und Informationstechnologien

671 05300

am 17. Nov. 82, ab 14 Uhr
in der VHS Essen

usw. Auskünfte: Humanistische Union, Landesverband und Bildungswerk NRW, Kronprinzenstr. 15, 4300 Essen, Tel.: 0201-227982.

Für Deutsche Politik

Der Wechsel in Bonn hat nicht nur Verluste für die FDP gebracht. Neben einigen tausend Austritten gibt es auch Neuaufnahmen bzw. Wiederaufnahmen. Auf dem Kreisparteitag in Wesel konnte man erfahren, daß ein Mitglied zurückgefunden hatte, das bis Ende der sechziger Jahre FDP-Mitglied war und dann austrat, zwischenzeitlich für die NPD kandidierte und jetzt die FDP wieder als seine politische Heimat betrachtet.

Prominentester Heimkehrer ist bisher Kurt Meyer, Marken-Meyer genannt. Seine erste FDP-Karriere begann 1956 als er mit dem heutigen FDP-Kreisvorsitzenden Hans Robertz und einer Reihe weiterer ehemaliger Waffen-SS-Gefährten, die sich in der HIAG zusammengeschlossen hatten, die FDP Mülheim übernahm, um Kreis- und Fraktionsvorsitzender zu werden. Zusammen mit Siegfried Zogelmann gründete er 1970 auf der Hohen-syburg die National-Liberale-Aktion (NLA). Er fungierte als Finanzier, Geschäftsführer und Schatzmeister dieser Gruppe, organisierte ein Deutschland-treffen der NLA in Mülheim. Sein Amt als FDP-Kreisvorsitzender mußte er 1970 an Hans Robertz abgeben, der ihn nun mit seinem Kreisvorstand wieder einstimmig aufgenommen hat.

Die NLA war entstanden, als eine Reihe von führenden FDP-Politikern um Mende, Zogelmann und Bahner nicht bereit war, die neue Ost- und Entspannungspolitik der FDP, bzw. der sozialliberalen Koalition, mitzutragen.

Zogelmann und Meyer hätten in Gesprächen mit Franz-Josef Strauß geklärt, daß es nicht sinnvoll sei, in die Union zu wechseln. Eine neue Partei, die Deutsche Union (DU) wurde von ihnen ausgerufen. Der anschließende Mißerfolg der Partei konnte Meyer nicht entmutigen. Als Strauß vor der Bundestagswahl '76 die Notwendigkeit eines Koalitionspartners für die Union, einer bundesweiten CSU bzw. einer anderen vierten Partei erklärte, stand Kurt Meyer wieder bereit und gründete die "Aktion Vierte Partei" (AVP). Sein Sohn wurde diesmal hierfür Direktkandidat in Mülheim. Nach dem erneuten Partei-Flopp verlagerte Meyer seine Aktivitäten auf andere Bereiche. Besonders stark engagierte er sich für den "Freundeskreis Südtirol", einer extrem nationalistischen Gruppierung.

Zwei Tage nach dem Schmidt-Sturz durch die Mehrheit der FDP-Fraktion beantragte er erfolgreich seine Wieder-

Aufnahme in die Mülheimer FDP. Die erste Aktivität des frischen FDP-Mitgliedes war ein Rundschreiben an einige hundert Freunde und Geschäftsleute mit der Bitte, sich "Für Deutsche Politik" zur Verfügung zu stellen. Denn:

"Die FDP mit den Herren Genscher, Lambsdorff und Mischnik hat spät aber nicht zu spät die Wende vollzogen. Genscher stoppte im letzten Augenblick den Marsch in eine andere Republik.

Es sollen wieder Leistung, Zuverlässigkeit, demokratischer Patriotismus und eine sinnvolle Sozialpolitik, die zu finanzieren sein muß durch eine freie soziale Marktwirtschaft zu politischen Richtlinien führen; Richtlinien, die die FDP 13 Jahre lang in sozialistischen Turbulenzen zu bewahren versuchte. Die neue Koalition wird dieser Werte festigen und vertiefen.

Herr Lambsdorff hat mit Realitäten sozialistische Traumtänzer frustriert. Herr Mischnik hat mit seiner staatsmännischen Rede im Bundestag der FDP ein neues und doch bewährtes Profil verliehen. Jetzt gilt es, diese FDP als heutiger Partner der CDU/CSU für eine gute liberal konservative Reformpolitik zu sichern, zu stabilisieren und zu verstärken."

Die Wähler-Voten in Hessen sollen niemanden verunsichern: *"Wenn der Spreu vom Weizen ist, geht es wieder besser..."*



KURT MEYER

4330 MÜLHEIM (RUHR) - SPELDORF
Sattelmey, r./r. Postfach 14.07.04
Tel. 051 081 54221
Tele. 051 081 54221

Konten: Stadtparkstr. Mülheim (Ruhr)
(BLZ 34250000) Konto-Nr. 453 37200

Mülheim, den 13. Okt. 1982

F D P

was denn sonst?

Der 1. Oktober 1982
Aktivitäten für die F D P
- Für Deutsche Politik -

Sehr verehrte Damen,
sehr geehrte Herren,
liebe Freunde!

In Jahre 1970 verließ ich die damalige FDP nach 15jähriger Mitgliedschaft. Ich war nicht bereit, die Politik einer sozial-liberalen Koalition mit den Herren Brandt, Wenzler, Bahr und Ehme mitzutragen.

Die damals sehr umstrittenen Ostverträge sind heute Bestandteil der Politik. Sie müssen im Interesse deutscher Menschen mit Leben erfüllt und eine echte Entspannung muß eingeleitet werden.

Die FDP mit den Herren Genscher, Lambsdorff und Mischnik hat spät aber nicht zu spät die Wende vollzogen. Genscher stoppte im letzten Augenblick den Marsch in eine andere Republik.

Es sollen wieder Leistung, Zuverlässigkeit, demokratischer Patriotismus und eine sinnvolle Sozialpolitik, die zu finanzieren sein muß durch eine freie soziale Marktwirtschaft zu politischen Richtlinien führen; Richtlinien, die die FDP 13 Jahre lang in sozialistischen Turbulenzen zu bewahren versuchte. Die neue Koalition wird diese Werte festigen und vertiefen.

Herr Lambsdorff hat mit Realitäten sozialistische Traumtänzer frustriert. Herr Mischnik hat mit seiner staatsmännischen Rede im Bundestag der FDP ein neues und doch bewährtes Profil verliehen.

Jetzt gilt es diese FDP als heutiger Partner der CDU/CSU für eine gute liberal konservative Reformpolitik zu sichern, zu stabilisieren und zu verstärken.

- 2 -

Blatt 2 zum Schreiben vom 13. Okt. 1982



KURT MEYER

Seit dem 03. Oktober d. J. bin ich wieder FDP-Mitglied und freue mich, in der FDP den Herren Genscher, Mischnik, Lambsdorff und ihren Freunden helfen zu können.

- Für Deutsche Politik
- Für Europäische Gemeinschaft
- Für Frieden und Freiheit in aller Welt
- Für soziale Hilfe, soweit wir das bezahlen können, und nicht die kommenden Generationen belasten.
- Für Sympathie zu unseren Gastarbeitern, solange wir als Volk nicht darunter leiden.
- Für freie Marktwirtschaft und Anerkennung von Leistung und Lohn.

Ich appelliere an Sie, sich zur Verfügung zu stellen, mitzugestalten, mitzutragen, mitzuhelfen, daß unser freiheitlicher Rechtsstaat und die Idee der persönlichen Freiheit, wie der Freiheit der Gemeinschaft festgelegt und in allen Deutschen, Europäern und allen Völkern vertieft wird.

Helfen Sie mit, Anfänge sozialistischer Mißwirtschaft abzutragen, mit unserer neuen Bundesregierung, besonders mit den Herren Genscher - Lambsdorff - Mischnik und den Liberalen ohne Linddrall, in neuem Schwung zu starten und die Gefahren von Extremen, Brünen, Traumtänzern und Opportun-Sozialisten aller Schattierungen zu bannen.

Lassen Sie uns diese liberal-sozial-konservative Politik versuchen, miteinander - füreinander

Ich freue mich, nach Terminabstimmung, Sie zu besuchen, auch gerne, wenn Sie Ihren Freundeskreis versammelt haben. Ich freue mich auf eine gute, auch kritische Diskussion.

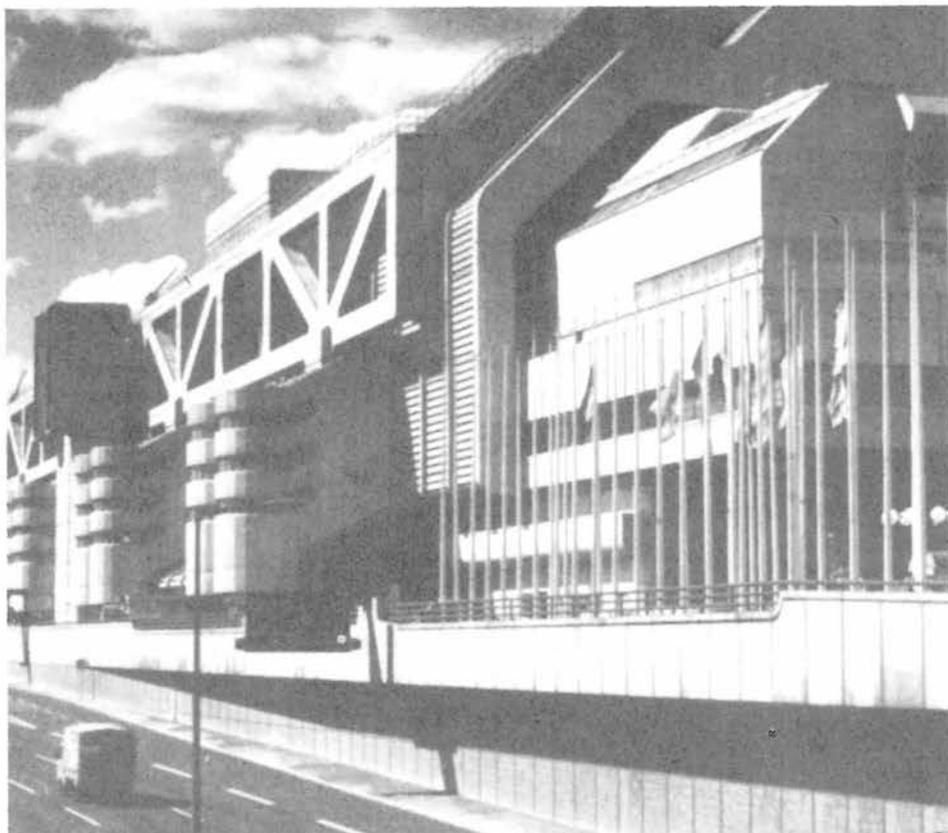
Auf weitere gute Zeit für unser Vaterland, für Europa und den Frieden in Freiheit.

Ihr und Euer

Kurt Meyer

AC: Lassen Sie sich nicht verunsichern durch die Wahlergebnisse in Hessen und Bayern, wenn der Spreu vom Weizen ist, geht es wieder besser und der Bürger erkennt die notwendige liberale konservative Kraft als Baustein für die Zukunft, für uns und unsere Kinder.

Konservative Wirtschafts- oder liberale Reformpartei?
 In der Woche nach dem Reformationstag müssen die F.D.P. - Delegierten über den zukünftigen Kurs ihrer Partei entscheiden. Der Ort Berlin ist für die Liberalen nicht nur wegen der Mauer ein Symbol der Spaltung. Gegen den Willen der Partei hatte hier im vergangenen Jahr die Mehrheit der Fraktion einen CDU-Senat gewählt. Erstmals in der Geschichte der F.D.P. kommt es zu einer ernsthaften Kampfkandidatur um den Vorsitz.
 Während Genscher im Internationalen-Congreß-Centrum (Foto) den Durchmarsch plant, ist auf dem Messegelände auf der anderen Seite des Messegeländes in Halle 14 B ein Saal angemietet, wo die andere Hälfte der Partei anschließend Bilanz ziehen will.



Dann bricht der Damm

Genscher ist nicht der erste FDP-Vorsitzende, dem das eigene Parteiprogramm nicht mehr paßt. Blücher und Mende ging es ebenso. Sie gaben allerdings ihren Vorsitz auf und verließen die Partei. Genscher/Lambsdorff wollen dagegen den Parteiapparat an der Union vorbei in rechte Gefilde mitnehmen.

Alte NLA -Kämpfer fühlen sich schon wieder in der FDP (= Für Deutsche Politik, siehe gegenüberliegende Seite) wohl und spenden — nicht nur Beifall. Auch Erich Mende erkennt in der heutigen FDP seine alte Partei wieder, will aber nicht erneut wechseln.

Auf dem anderen Parteiflügel "bricht nach dem Parteitag der Damm", so der ehemalige NRW-Fraktionschef Wolfgang Heinz und jetzige Direktor der Theodor-Heuss-Akademie. Er weiß, daß die erste Austrittswelle nur eine kleine Woge sein könnte, verglichen mit dem, was folgt, wenn nach dem Parteitag führende Sozialliberale zum Austritt oder zur Gründung einer liberalen Partei aufrufen.

"Der Trümmerhaufen ist vollkommen", leitet Heinz die Oktober-Ausgabe des von ihm redigierten Partei-Theorie-Organ "liberal" ein. Mit bemerkenswertem Mut klagt er die Parteiführung an. Zunächst spricht er noch vorsichtig davon, daß die Glaubwürdigkeit verspielt

zu sein scheint, um dann ganz direkt der Parteispitze u.a. die Mißachtung der Grundsätze innerparteilicher Demokratie und "die gelassene Hinnahme der unglaublichen Brückierung Gerhart Rudolf Baums durch die CSU" vorzuhalten.

Wolfgang Heinz ist einer der wenigen

lassen.

Das Auffangbecken für diese Liberalen, aber auch für diejenigen, die bereits die FDP verlassen haben, bilden die Liberalen Vereinigungen. Zwischen dem Nordstedter Kongreß und dem Bundesparteitag haben sich diese Vereinigungen nahezu flächendeckend etabliert. Nach einer Analyse der Jungdemokraten decken sie bis zum Bundesparteitag 190 der 248 Bundestagswahlkreise ab.

In einer Auflistung haben die Jungdemokraten festgehalten, welche Grundlagen vorhanden sind, wenn es in Berlin zu einer organisatorischen Spaltung der Liberalen kommen sollte. Mit fast 50 parteiunabhängigen DJD-Geschäftsstellen und Liberalen Zentren ist eine beachtliche Struktur vorhanden. Die Analyse verzichtet allerdings bewußt darauf festzuhalten, mit welcher Wahrscheinlichkeit Parteibüros und Fraktionsgeschäftsstellen nach einer Spaltung welcher Seite zur Verfügung stünden.

Solche Analysen werden jedoch auf der anderen Parteiseite angestellt. Lambsdorff z.B. sorgt sich zur Zeit mehr um den Apparat der Partei in Nordrhein-Westfalen als um sein Ministerium. Eberhard Wilde, sein Landesgeschäftsführer, hat ausarbeiten lassen, wie die Liberalen Zentren und Bildungswerke "trock-

Mende: FDP wieder ganz wie früher...

Erich Mende, später zur CDU übergetretener EX-FDP-Vorsitzender, verfolgte die gestrige Debatte von der Besuchertribüne des Bundeshauses aus. Der agile Mittsechziger frohlockte: „In dieser FDP kann ich mich wiederfinden. Die Partei kehrt zurück zu ihren Anfängen.“ Doch erneut wechseln will er nicht. „Ich bin ein Liberaler in der CDU, aber mein Bedarf an Parteierfahrungen ist gedeckt.“

express vom 2.10.82

F.D.P.-Spitzen-Leute, die wissen, was an der Basis zur Zeit los ist. Er ist Kreisvorsitzender im Rhein-Sieg-Kreis, wo neben vielen Mitgliedern gleich mehrere Ratsfraktionen entschlossen sind, am F.D.P.-Programm festzuhalten, und nach einem Genscher-Durchmarsch die Partei zu ver-

'Meßlatte' des Sylter Kreises (Auszug)

1. Die F.D.P. hat 1980 ihrem Bundesparteitag in Freiburg eine unmißverständliche Koalitionsaussage beschlossen, nach der sie dem Wähler garantierte, daß die sozial-liberale Koalition Schmidt/Genscher für die volle Legislaturperiode abgestützt wird.
 - a) Daher mißbilligt der Bundesparteitag die Abwahl von Bundeskanzler Schmidt durch ein konstruktives Mißtrauensvotum und Ablehnung vorheriger Neuwahlen.
 - b) Der Bundesparteitag mißbilligt außerdem, daß diese Entscheidung durch den Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion ohne vorherige Beschlußfassung des Bundesparteitages getroffen wurde. Er rügt diesen Vorstoß gegen § 22 Abs. 1, Satz 1 der Satzung der F.D.P.
 - c) Der Bundesparteitag kritisiert, daß der "Wende"-Brief des Bundesvorsitzenden vom Sommer 1981 und die Ausarbeitung des Bundeswirtschaftsministers Graf Lambsdorff für den Bundeskanzler ohne Beschlußfassung durch die zuständigen Gremien der F.D.P. zur Grundlage politischen Handelns der Führungsspitze erklärt wurden.
2. Die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen im Oktober 1982 sind für die F.D.P. keine Basis für eine weitergehende Zusammenarbeit mit der CDU/CSU.
Mit CDU und CSU in ihrer gegenwärtigen Verfassung, mit ihren gegenwärtigen Repräsentanten und mit ihrer Sachaussage ist dies nicht möglich. Der Bundesvorstand wird aufgefordert, zu dem außerordentlichen Bundesparteitag den Entwurf einer Wahlaussage vorzulegen.
3. Als Beitrag zur Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit der Partei werden die Bundesminister der F.D.P. aufgefordert, unmittelbar nach Verabschiedung des Bundeshaushaltes '83 und der dazu vorgesehenen Begleitgesetze durch Austritt aus der Bundesregierung die Koalition mit der CDU/CSU zu beenden, um so den Weg zu Neuwahlen ohne Verfassungsänderung freizumachen.

kengelegt werden" können. Der Friedrich-Naumann-Stiftung hat er mitgeteilt, welche Einrichtungen nicht mehr gefördert werden dürfen.

Auf dem Bundesparteitag in Berlin dürfen die Liberalen Zentren Köln und Bonn schon keinen Infostand mehr errichten. Auch den liberalen drucksachen wurde ein Inforstand verweigert. Die totale Ausgrenzung soll dann nach dem Bundesparteitag erfolgen.

Der nordrheinwestfälische Landesvorsitzende Hirsch wurde auf der letzten Landesvorstandssitzung von Lambsdorff als "Problem" bezeichnet. Der Rücktritt wurde Hirsch nahegelegt, "obwohl er sich in der Spenden-Affäre honorig verhalten habe", so Lambsdorff-Duz-Freund Baron von Buddenbrock.

Von seiner Geschäftsstelle wird Hirsch bereits weitgehend ausgeschaltet. Um den



NRW-Landesvorsitzender Hirsch: von Lambsdorff als "Problem" bezeichnet

Apparat haben die Rechten in der FDP keine Sorgen. "Wir kriegen jedenfalls mehr Geld als Köpfe", faßt ein Hauptamtlicher die Lage zusammen.

Als Problem wird nur gesehen, wie man rechtzeitig vor dem Wahlkampf all jene Mitglieder herausdrängt, die wie in Hessen der Parole "Augen zu - CDU" nicht folgen wollen.

Neben öffentlichen Austrittsforderungen werden Kritikern, wie etwa in Gießen, jetzt schon individuell angeschrieben und aufgefordert, ein beigefügtes Austrittsformular zu unterschreiben.

Listen kursieren, wer nach dem Parteitag ausgeschlossen werden muß, wer noch auf die eventuell aussichtsreichen Plätze für den Bundestag kandidieren darf. Durch die bisherige Austrittswelle haben sich die Mehrheitsverhältnisse in der FDP schon so verschoben, daß von den acht-

zehn Dissidenten in der Bundestagsfraktion kaum noch einer die Chance hat, von der FDP für die Bundestagswahl aufgestellt zu werden.

Die linke Prominenz in der FDP ist noch weitgehend unentschlossen, wie sie reagieren soll. Einige fahren nach Berlin, weil sie "den Beweis geliefert haben wollen, daß in dieser Partei kein Platz mehr für Sozialliberale ist", wie es ein Abgeordneter formuliert, andere wollen kämpfen, wieder andere wollen dort ihren Mitgliedsausweis abgeben.

An der Basis herrscht Unmut. In den Gründungsversammlungen der Liberalen Vereinigungen wird kritisiert, daß kein Kandidat gegen Genscher antritt, den man wählen könne, Ronneburger sei schließlich auch für die Fortsetzung der CSU/CDU-Koalition.

Auf Kritik stößt auch, daß Schuchardt, Matthäus, Verheugen und Baum kein Liberales Manifest mit klaren linksliberalen Positionen formuliert und vorgelegt haben. Die Liberale Vereinigung NRW unterstrich in einem Beschluß der Gründungsversammlung, daß dieses Papier "nicht ein Dokument fortschrittlicher, sozialer und ökologisch orientierter liberaler Politik darstellt. Es markiert vielmehr die äußerste Grenze des Kompromisses, die der fortschrittliche Flügel des Liberalismus zur Wiederherstellung der organisatorischen Einheit des Liberalismus noch einzugehen bereit ist."

Verheugen dagegen ist davon überzeugt, daß dieses Papier die Fronten klärt. Wer dieses Papier als zu links abstempele, wolle die FDP programmatisch rechts von der CDU ansiedeln.

Viele Delegierte empfinden die Programmdiskussion als aufgesetzt. Gute Programme seien reichlich da. Früher sei über Vollzugsdefizit gestritten worden, jetzt müßten die eindeutigen Verstöße gegen die Parteibeschlüsse mißbilligt werden.

Der Sylter Kreis, ein bundesweiter Kreis von Linksliberalen, hat eine Meßlatte formuliert, mit deren Hilfe geprüft werden soll, ob eine weitere Arbeit in der FDP Sinn haben kann. Damit und bei der Vorsitzendenwahl wird der Parteitag das Richtungssignal setzen.

Wenn die zur Zeit vorhandene Spaltung nicht überwunden wird, trifft sich ein Teil des Parteitages anschließend in der Messehalle 14 B direkt gegenüber dem Parteitagsgebäude im ICC, "um Bilanz zu ziehen", wie es in der Einladung heißt.

Auch der nächste Termin steht schon fest. Die Veranstalter des Kölner Kongresses "Noch eine Chance für die Liberalen" im Februar des Jahres lädt für den 28. November nach Bochum zu einer weiteren Konferenz unter dem Motto "Die Zukunft der Liberalen" ein.

**Günter Verheugen, früherer Generalsekretär
der F.D.P., macht sich Gedanken über**

die Zukunft der Liberalen

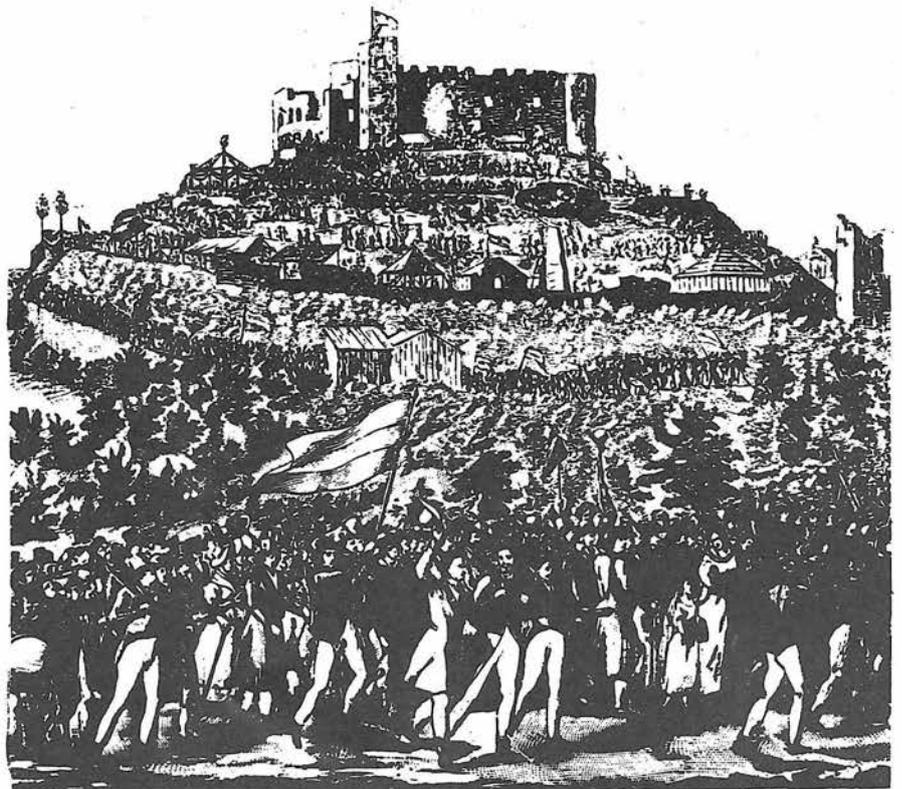
Der Koalitionswechsel von 1982 und die Begleiterscheinungen haben die F.D.P. in eine Krise gestürzt, die mit dem Wort Zerreißprobe nur annähernd beschrieben werden kann. Tatsache ist, daß ein bedeutsamer Teil der aktiven F.D.P.-Mitglieder – und zwar in allen Gliederungen und auf allen Flügeln der Partei – keinen Sinn mehr in der Arbeit für diese Partei sieht. Tatsache ist, daß der Ansehensverlust der F.D.P. insgesamt und ihrer Führung so katastrophal ist, daß die von den Meinungsforschern verwendeten Skalen im Minusbereich nicht weit genug nach unten gehen. Und Tatsache ist schließlich auch, daß die F.D.P. bei den zwei Landtagswahlen, die von der Politik des Wechsels bestimmt waren, zu einer Splitterpartei abgesunken ist. Dies im Bewußtsein und eine Bundestagswahl mit der möglichen Neuauflage der Schmidt/Strauß-Konfrontation vor Augen, stellen sich Fragen, die über die im engeren Sinne parteipolitischen Betrachtungen aus der wichtigen und verständlichen Sicht der F.D.P. weit hinausgehen: Es stellt sich die Frage nach der Zukunft des Liberalismus in Deutschland.

Der Liberalismus ist die älteste organisierte politische Kraft in Deutschland. Er hat in Deutschland die alten, absolutistischen Mächte der Unterdrückung besiegt und den Weg geebnet zum freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat. Der deutsche Liberalismus war von Anfang an auf das Verhältnis von Bürger und Staat fixiert, und so ist es keine Überraschung, daß die bedeutendsten Hervorbringungen des deutschen Liberalismus Verfassungswerke sind: Die Frankfurter Paulskirchen-Verfassung von 1848/49, die Weimarer Reichsverfassung von 1919 und das Grundgesetz von 1949. In der politischen Praxis haben die deutschen Liberalen ihren eigenen Ansprüchen nicht immer standhalten können. Die Unterordnung der liberalen Idee unter die nationale im Kaiserreich leitete jene Serie von Spaltungen und Absplitterungen ein, die die Geschichte des deutschen Liberalismus insgesamt zur "Tragödie" (F. C. Sell) werden ließ. Die Unfähigkeit der Liberalen in der Weimarer Zeit, sich zu einer starken republikanischen Mitte zusammenzuschließen, ist ein Grund für das Scheitern der ersten deutschen Demokratie gewesen. Im Nachkriegsdeutschland sollte daraus nun endlich die richtige Lehre gezogen werden: alle Liberalen unter ein Dach, alle Liberalen in eine Partei. Tatsächlich gelang es durch ständiges Erinnern an Weimarer Verhältnisse und mit Hilfe der Fünf-Prozent-Klausel, die organisatorische Einheit des Liberalismus einigermaßen zu bewahren. Das größere Problem war und ist die politische Integration.

Es ist erstaunlich, wie viel historische Kontinuität in der F.D.P. lebendig geblieben ist. Auch nach mehr als 30 Jahren sind alte Parteistrukturen noch deutlich zu erkennen. Das Problem der F.D.P. war immer, daß die labile und stets gefährdete politische Einheit auch die organisatorische Einheit beeinträchtigen

klar: Unter dem Dach großer Volksparteien mag Platz sein für vieles, aber nicht für die Weiterführung der fortschrittlichen Tradition des deutschen Liberalismus. Einzelne Liberale mögen in der SPD und sogar in der CDU/CSU durchaus ihre Chance haben – vielleicht nur aus taktischen Gründen, um eine personelle Brücke zur F.D.P. zu haben. Der Liberalismus aber als Idee und Programm kann sich nicht unterordnen unter die Bedürfnis-Befriedigungspolitik der großen Volksparteien.

Die F.D.P. hat ihre starke Rolle im Parteiensystem in den Sternstunden ihrer politischen Arbeit immer dazu benutzt,



Hambacher Fest 1832: "Der Liberalismus hat die alten, absolutistischen Mächte der Unterdrückung besiegt"

konnte – dies umso mehr, als – wie bereits nachgewiesen – Koalitionsentscheidungen an die Stelle politisch-inhaltlicher Kursbestimmungen getreten sind.

Eine Würdigung der Leistungen der F.D.P. seit 1949 gerät unter den jetzigen Bedingungen leicht in den Tonfall eines Nachrufs auf den deutschen Liberalismus. Dies wäre jedoch grundfalsch. Weder ist die F.D.P. verloren, noch gar der Liberalismus. Das Bedürfnis nach einer liberalen Partei artikuliert sich ja erstaunlich stark im Protest gegen das Verhalten der F.D.P. Die Unzulänglichkeiten der großen Volksparteien sind vielen Bürgern bewußt, und natürlich ist eines

die Freiheit des Bürgers gegenüber dem Anspruch des Staates oder mächtiger Gruppen zu bewahren. Die gerade 20 Jahre alte SPIEGEL-Affäre, der Kampf gegen die Notstandsgesetze, das Ringen um die Fortsetzung der Friedenspolitik sind beeindruckende Belege dafür. Das Verhalten in Grenzsituationen ist es immer wieder, was liberale Politik von jeder anderen unterscheidet. Nun bestand die F.D.P.-Geschichte auch in der Koalition mit der SPD nicht nur aus Sternstunden. Radikalerlaß, Traube-Affäre, die gesamte Anti-Terror-Gesetzgebung, die Kalkar-Nötigung – da kommt einiges zusammen, was das strahlende Bild des

liberalen Heldens doch deutlich trübt. Der Wechsel im Innenministerium von Gerhart Baum zu einem Repräsentanten der geheimdienstbesessenen CSU ist ja auch deshalb von vielen als so bedrückend empfunden worden, weil der liberale Innenminister Baum sich daran gemacht hatte, die unverfälschte liberale Position des "Im Zweifel für die Freiheit" wieder freizulegen.

In der Innen- und Rechtspolitik und auch in der Umweltpolitik, wenn man über das Vollzugsdefizit im Verantwortungsbereich von Josef Ertl einmal gnädig hinwegsehen will, hat die F.D.P. in den letzten Jahren genau das getan, was ihrer Rolle und Funktion im deutschen Partei-

ensystem entspricht: Sie hat die Erfordernisse freiheitlicher Politik erkannt und ausgesprochen, ohne sich darum zu scheeren, ob das im einzelnen populär sein mochte oder nicht. Damit wurde eine Alleinstellung begründet, die die F.D.P. auch identifizierbar machte. Keine krampfhaften verbalen Abgrenzungs-bemühungen, sondern klare Sachpositionen, die die anderen nicht haben. So schafft man Wahlmotive.

In der Außenpolitik und in der Wirtschaftspolitik als den beiden anderen herausragenden Politikbereichen konnte diese Alleinstellung der F.D.P. nicht so ohne weiteres erreicht werden. Da gibt es in der Tat in der Außen- und Sicher-

heitspolitik eine weitgehende Übereinstimmung zwischen F.D.P. und SPD, und da gibt es in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik eine weitgehende Übereinstimmung mit der CDU/CSU. Eine genauere Betrachtung zeigt aber, daß dieser Eindruck nur auf den ersten Blick entsteht. Er hängt auch damit zusammen, daß die Hauptakteure in diesen Bereichen, Genscher und Lambsdorff, es bisher geschafft haben, das Programm der Partei an ihrer Politik in der Regierung auszurichten und nicht etwa umgekehrt. Da folgt eben immer wieder das Programm der Praxis und nicht die Praxis dem Programm. Man muß allerdings gerechterweise hinzufügen, daß Genschers außenpolitische Praxis jahrelang deutlich vor den programmatischen Bemühungen der Partei lag.

In der Wirtschaftspolitik kann man das nicht sagen. Als sich Friderichs und Lambsdorff mit den Kieler Thesen die programmatische Rechtfertigung für ihre tatsächliche Wirtschaftspolitik zimmerten und dabei die aus heutiger Sicht erstaunlich hellsichtigen Aussagen der Perspektivkommission zur Unkenntlichkeit verstümmelten, da verpaßte die F.D.P. ihre große Chance, einer neuen wirtschaftlichen Herausforderung als einzige und erste Partei auch mit einer neuen Politik zu begegnen. Stattdessen jagten Lambsdorff und die F.D.P. jahrelang irgendwelchen Selbstheilungskräften der Wirtschaft nach, bis sie jetzt unter dem Vorwand, bessere Rahmenbedingungen schaffen zu müssen, in einen Interventionismus verfallen, der allen liberalen Ökonomen seit Adam Smith Anlaß sein müßte, sich im Grabe mehrfach umzudrehen.

Wenn die F.D.P. heute in der Außen- und Wirtschaftspolitik nicht jenes klare Profil gegenüber anderen Parteien hat, wie sie es in der Innen- und Rechtspolitik bis zum Koalitionswechsel hatte und aus den bekannten Gründen preisgeben mußte, so nicht deshalb, weil es in der F.D.P. an programmatischen Ansätzen gefehlt hätte. Die Beschlüsse wichtiger Landesverbände der F.D.P. zur Nachrüstung, zu atomwaffenfreien Zonen und zur Verbesserung der konventionellen Verteidigungskraft zeigen deutlich, daß hier etwas in Bewegung gekommen ist, was bewußt an die Anti-Atomwaffen-Tradition der F.D.P. anknüpft.

In der Wirtschaftspolitik fehlt der F.D.P. unter der präjudizierenden Wirkung des Lambsdorff-Kurses bisher der Mut, neben die notwendigen mittelbaren Strategien zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit endlich auch unmittelbare zu stellen. In der Gesellschaftspolitik, speziell in der klassischen Sozialpolitik, zeigt die F.D.P. seit einiger Zeit mehr Profil, und hier gibt es in der Tat merkwürdige Bettgenossen. Sogenannte "Rechte", die das Allheilmittel gegen die Krise in der Reduzierung der Aufwendungen für das System der sozialen



Ungelöstes Problem Baumsterben: "Vollzugsdefizit im Verantwortungsbereich von Ertl!"



Proteste gegen die Schließung des Olympia-Zweigwerks in Leer: "Den Liberalen fehlen Strategien zur unmittelbaren Bekämpfung der Arbeitslosigkeit."

Sicherheit sehen, finden sich in der Nachbarschaft sogenannter "Linker", die das System reformieren wollen, weil es inzwischen zum mächtigsten Verursacher der neuen Abhängigkeiten in der Gesellschaft geworden ist.

Diese Hinweise mögen genügen. Sie sollen zeigen, daß die F.D.P. sehr wohl in der Lage sein kann, ohne sich organisatorisch zu spalten, die politische Einheit voranzutreiben und damit auch dauerhafte Attraktivität in den für die F.D.P. wichtigen Wählergruppen zu gewinnen.

Wenn allerdings weiterhin Chancen der programmatischen Alleinstellung zertrampelt werden, weil sie nicht mit der Meinung von Bundesministern übereinstimmen, wie es z.B. mit den Beschlüssen zur Trennung von Kirche und Staat und mit den restriktiven Beschlüssen zur Kernenergie (Saarbrücken 1977, Mainz 1978) geschehen ist - dann wird das Schrumpfen der Partei sich fortsetzen.

Nur mit einem stalinistischen Organisationsverständnis kann man die Frage nach der Zweckmäßigkeit einer politischen Organisation von ihren Inhalten und Zielen trennen. Der Satz "die Partei hat immer recht" ist für Liberale nicht akzeptabel. Selbst Konzile irren - die sogar besonders - da sollten Fraktionen, Vorstände oder Parteitage unfehlbar sein? Die Diskussion über inhaltliche Fragen kann in einer liberalen Partei schon deshalb nie zum Stillstand kommen, weil es zum Wesen einer liberalen Partei gehört, daß sie alles Bestehende - sich selbst und ihre Beschlüsse einbezogen - immer wieder auf die Notwendigkeit von Veränderungen hin überprüft.

Solange diese prinzipielle Reformfähigkeit da ist, sollten es alle Libera-

len in der liberalen Partei aushalten können.

Dennoch glauben viele, es in der heutigen F.D.P. nicht länger aushalten zu können.

Sie verbinden den bevorstehenden Parteitag mit Erwartungen auf Entscheidungen zum Kurs, zu Personen und zu Inhalten, und dann wollen sie das



Id-Autor Verheugen: "organisationspolitische Alternative zur F.D.P.?"

Ergebnis des Parteitages an ihren Erwartungen messen. Ich bin allerdings der Meinung, daß die Chancen zur Rettung des organisierten Liberalismus nicht größer würden, wenn die F.D.P. noch mehr an personeller und inhaltlicher Substanz verlöre und nicht nur am Wählermangel, sondern auch an geistiger Auszehrung scheitern könnte.

Aber haben sie neben rein persönlichen Konsequenzen tatsächlich eine organisationspolitische Alternative? Es wird argumentiert, mit vielen guten Gründen, daß in der durch die Grünen und den Koalitionswechsel aufgewühlten Parteienlandschaft die Wählerbewegung noch nicht wieder zum Stillstand gekommen seien. Ich selbst habe in einem Aufsatz für die ZEIT vom 21.10.82 das Konzept

Konzept einer 'neuen' liberalen Partei

einer "neuen" liberalen Partei wie folgt skizziert:

"Überraschend viele in und außerhalb der F.D.P. erwägen die Chancen einer Gruppierung, die ihren fortschrittlichen Liberalismus weiterführen, die die grünen (und ursprünglich liberalen) Themen in seriöser und politisch verantwortlicher Weise aufnehmen, in der die Gleichberechtigung kein Programmsatz, sondern eine Realität wäre (z.B. mit einem Frauenanteil von 50 Prozent auf sämtlichen Listen und in allen Vorständen); und in der schließlich auch jüngere Kräfte in der Führung jenen anderen politischen Stil zeigten, der jetzt bei den Wahlen in den Niederlanden den Erfolg des 33 Jahre alten Führers der Liberalen, Nijpels, wesentlich mit herbeigeführt hat."

Mit großer Wahrscheinlichkeit hätte eine liberale Partei, die so antritt, gute Aussichten. Die Betonung liegt bewußt auf eine - das hier vorgeschlagene Konzept ist kein Aufruf zu einer Parteigründung. Es zeigt vielmehr einen Weg, wie die F.D.P. auch in Zukunft ihren Auftrag erfüllen kann, liberale Politik durchzusetzen.

Die F.D.P. würde ihre historische Aufgabe verfehlen, wenn sie einen Weg ginge, der es einem Teil der deutschen Liberalen unmöglich machen würde, in ihr auch weiter die politische Heimat zu sehen. Wer die Einheit dieser Partei bewahren will, und wer ihr neue Chancen beim Wähler eröffnen will, der darf sich der Einsicht nicht verschließen, daß zwei Dinge notwendig sind: Ein deutlicher Wille zu einer Verjüngung und Erneuerung, und eine Weiterentwicklung der liberalen Programmatik auf den Feldern der Außen- und Sicherheitspolitik, der Innen-, Rechts- und Umweltpolitik und nicht zuletzt der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Es ist ganz klar, daß eine solche Weiterentwicklung nicht einfacher geworden ist dadurch, daß die F.D.P. jetzt die Regierungsfähigkeit in der Koalition mit einem konservativen Partner dokumentieren will. Aber es gibt für sie keinen anderen Weg, als jetzt mit aller Kraft das fortzusetzen, was sie sich seit vielen Jahren nach jeder Wahl neu vorgenommen hat: Die F.D.P. ihrer liberalen Ziele willen wählbar zu machen.

Günter Verheugen.

Vor den Wahlen in Hessen und Bayern brüsteten sich Leute wie Lambsdorff und Möllemann, wie sie ihr erklärtes Ziel, den Wechsel in Bonn, bewerkstelligt haben. Nach dem vernichtenden Urteil der Wähler, nach massivem Protest in der eigenen Partei, wird von der Parteispitze nun an der Legende gebastelt, die SPD habe den Wechsel gewollt und systematisch herbeigeführt. In der jüngsten Ausgabe der FDP-Mitgliederzeitung "nbd" wird in einer "Chronologie der Schlußphase" der SPD die Schuld am Koalitionsbruch zugewiesen.

Die Politik der 'Wende' nach rechts begann jedoch nicht erst mit Genschers Brief vom 20.8.81. Merkposten der Abwendung vom engagierten Fortschrittsliberalismus der Freiburger Thesen finden sich kurz nach deren Verabschiedung, summieren sich mit Genschers Übernahme des Parteivorsitzes 1974 und erreichten ab 1976 das Stadium der systematischen strategischen Planung und Umsetzung des Rückzugs der FDP aus dem Fortschrittslager zurück zur politischen Rechten. Die hier nachgezeichnete Chronologie ist nicht vollständig, aber sie will wesentliche Punkte markieren:

– 1972 ist nicht nur das Jahr des gescheiterten Mißtrauensvotums und der sozial-liberalen Erneuerung. Genscher ist Innenminister, profiliert sich mit einer Politik des law and order, der Anti-Terror-Gesetze und ist einer der vehementesten Verfechter des Extremistenbeschlusses. Genscher, der die Ostpolitik nur sehr halbherzig mitgetragen hat, versuchte vergeblich, den Grundvertrag zu torpedieren (Baring, Machtwechsel, S. 481/493).

– 1974: Genscher wird als Exponent der Parteirechten Vorsitzender und Außenminister. Mit Amtsantritt spricht er nur noch von "realistischer" Entspannungspolitik und übernimmt damit den Kampfbegriff, den die CDU/CSU bis dahin gegen die sogenannte "illusionäre" Entspannungspolitik der Ostverträge gerichtet hat. Bei der Einbringung der KSZE-Schlußakte im Bundestag durch Genscher entfällt die ursprünglich tragende Begründung für eine europäische Friedens- und Entspannungspolitik völlig.

– 1975: Auf dem Mainzer Parteitag bringt Friedrichs den Entwurf für ein entwicklungspolitisches Programm als Anwalt einschlägiger Wirtschaftsinteressen zu Fall. Die in den Freiburger Thesen geforderte Mitbestimmungsregelung wird so verfälscht, daß die angestrebte Demokratisierung der Wirtschaft nicht erreicht wird. Die anderen Freiburger Reformforderungen (Bodenrecht, Vermögensbildung, Nachlaßabgabe) werden auf Druck der FDP - Rechten nie in Angriff genommen.

– 1976: Nach der vermutlich durch heimliche FDP-Überläufer bewirkten



Wechsel: von der F.D.P./SPD-Koalition ...

Zehn Bonner

Sprengung der sozial-liberalen Koalition in Niedersachsen während der Legislaturperiode durch Wahl von Ernst Albrecht zum Ministerpräsidenten und der Stützung der CDU-Minderheitsregierung entgegen anderslautenden Wahlversprechen "aus Staatsraison" und einem ähnlichen in Widerspruch zur Wahlaussage stehenden Verhalten der FDP im Saarland verkündet Genscher im Februar '76 die "Strategie der Koalitionspolitischen Auflockerung" in den Bundesländern. Inhaltlich ergänzt wird diese durch das Werben um "mehr Gemeinsamkeiten aller Bundesparteien" besonders in der Außenpolitik als demonstrative Öffnung zur Union. Zur Tarnung dieser gezielten Anpassung an die Opposition und damit Lockerung der Bindung an die SPD wird die Worthülse von der 'Strategie der Eigenständigkeit der FDP' von Genscher eingeführt, aber nie mit liberalen Konturen. In den Vordergrund treten demgegenüber pauschale Warnungen vor sogenannten sozialistischen Experimenten der SPD. Die CDU/CSU-Wahlkampfparole "Freiheit statt Sozialismus" wird von der FDP-Führung nur formal zurückgewiesen.

– In der Atomenergiefrage dominieren in der FDP die Wirtschaftsinteressen vor den ökologischen Notwendigkeiten. Friedrichs als Wirtschaftsminister steht für den forcierten Ausbau der Atomenergie und gegen umweltpolitische Erfordernisse. Restriktive Beschlüsse der Partei (BHA Saarbrücken) werden mißachtet. Die Frontstellung der FDP zur Bürgerinitiativ- und Umweltbewegung wird zementiert.

– 1977 werden auf dem Kieler Partei-

tag mit dem Wohlwollen Genschers von Friderichs und Lambsdorff weitgehend die eher rechtsliberalen Thesen der Wirtschaftskommission gegen die von sozial-liberaler Handschrift geprägten Vorschläge der Perspektivkommission (Maihofer/Baum) durchgesetzt.

– Die Strategie der Auflockerung scheiterte zunächst mit dem Verlust der gleichzeitig stattfindenden Landtagswahlen in Niedersachsen und Hamburg 1978. Der Umfall zu Albrecht, jetzt mit offener CDU-Aussage, erhielt die Wähler-Quittung Die Hamburger sozial-liberale FDP wurde im Abwärtsstrudel mitgerissen.

– 1977 setzt Genscher gegen Egon Bahr und weite Teile der SPD die Neutronenbombenentscheidung durch, die ersten Weichen für die Nachrüstung werden gestellt und die Ostpolitik wird weiter ausgehöhlt. Maihofers Lauschangriff auf Klaus Traube wurde gebilligt und man will Maihofer zunächst im Amt halten.

– Unmittelbar darauf wurde der restriktive Kalkar-Beschluß von den FDP-Ministern mit Füßen getreten. Die sechs Bundestagsabgeordneten, die sich an den Parteitagbeschuß halten wollten, wurden durch die Drohung mit dem kollektiven Ministerrücktritt massiv erpreßt.

– 1979 wurde mit Billigung von Genscher und der FDP-Rechten die neokonservative "Liberaler Gesellschaft" aktiv und hob die "Jungen Liberalen" aus der Taufe, um zunächst im Jugendbereich einen Stellvertreterkrieg um die Richtungsänderung der Partei zu führen und eine konservative Infrastruktur in der FDP zu etablieren.

– Die Konstellation Schmidt-Strauß bei



... zur CSU/FDP/CDU-Koalition ...

Wechseljahre

der folgenden Bundestagswahl kam Genscher ebenso ungelegen wie die programmatisch fortschrittlichen und von ihm nicht mehr zu kontrollierenden Vorarbeiten für das Wahlprogramm '80. Dennoch versuchte Genscher – allerdings vergeblich – die klaren liberalen Konturen des Wahlprogramms nachträglich aus dem Wahlaufruf zu tilgen.

– Die Art der Führung der Koalitionsverhandlungen nach dem Strauß zu verdankenden Wahlerfolg durch die F.D.P.-Führung hätte jedem klarmachen müssen, daß hier Genscher den Koalitionsbruch vor 1984 schon einprogrammierte. Die progressiven Teile des FDP-Wahlprogramms wurden nicht ernsthaft eingebracht, die den 'Rechten' genehmen und für die SPD schmerzhaften Teile massiv durchgesetzt. Die schon erkennbaren Sprengsätze der Wirtschaftskrise, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Haushaltskonsolidierung und der Friedens- und Abrüstungspolitik wurden nicht entschärft, sondern mit programmierten Zeitzündern versehen nur optisch gelöst, tatsächlich aber von Genscher aus dem Einigungszwang herausgenommen. Die Schlafmützigkeit der SPD erleichterte dabei das Geschäft.

– Bald darauf verzichtete Genscher für die FDP auf die Wiederbesetzung des deutschen EG-Kommissars und bot der CDU diesen FDP-Erbhof in Brüssel an. Dies machte nur Sinn, wenn man es als eine Anzahlung auf den Koalitionswechsel in überschaubarer Frist verstand.

– Seit 1977 hatte Genscher der SPD in der Koalition zunehmend die Daumenschrauben angelegt, sie in vielen Berei-

chen zu selbstverleumdenden Kompromissen gezwungen und defacto zum Juniorpartner in der Koalition degradiert. Die von ihm und den FDP-Rechten betriebene Politik war inhaltlich eine CDU-Politik, deren Mitvollzug er der SPD aufnötigte im abgekartierten Ballspiel mit der Opposition.

– Seit Beginn 1981 verzichtete Genscher demonstrativ auf den Gebrauch des Begriffs "Entspannungspolitik". Stattdessen diffamierte er später die Friedensbewegung als "Sprachrohr Moskaus" und stellte die kritische Nachrüstungsdiskussion in der SPD als gefährliches und nicht hinzunehmendes Zeichen "sicherheitspolitischer Unzuverlässigkeit" dar.

– Seit Februar 1981 – also 3 Monate nach der Regierungsbildung – weigerte sich Genscher stereotyp, Äußerungen zum Bestand der sozial-liberalen Koalition bis 1984 zu machen, nur mit der Ausweichformel: *an uns wird die Koalition nicht scheitern*. Unterdessen schürten Genscher und Lambsdorff und die FDP-Rechten systematisch die Zerrüttung der Koalition.

– Bei der vorgezogenen Abgeordnetenwahl in Berlin fand Genscher für seine Bruch-Strategie ein neues Feld. Zunächst mit Doppeldeutigkeiten, dann mit offener Intervention veranlaßte er die ihm willfährige rechte Fraktionsmehrheit in Berlin zur Rebellion gegen Parteibeschlüsse und zum Bruch des Wahlversprechens, indem er die Tolerierung des CDU-Senats betrieb.

– Es folgte das berüchtigte Sommertheater, das Genscher und Lambsdorff um den Haushalt '82 inszenierten. Die

Koalition wurde an den Rand des Scheitern geführt. Lambsdorff im SPIEGEL: Er habe bei der Verhandlung den Bruch einkalkuliert.

– Genschers Rechnung ging noch nicht auf. Er legte Sprengstoff nach: Am 20. August erschien sein "Wende-Brief". Damit schnitt Genscher sich und anderen den Rückweg zu einer bis dahin noch offenen Option der Restabilisierung der sozial-liberalen Koalition ab. Der Wende-Brief war die öffentlich angekündigte Vorwegnahme des noch zu ratifizierenden Koalitionsvertrages mit der Union und eignete sich zugleich zum konfliktsteigernden Doppelspiel in der bestehenden Regierung.

– Die von der SPD auf ihrem Parteitag verabschiedeten Beschlüsse zur Beschäftigungspolitik – zudem nur als unverbindliche Prüfaufträge deklariert – hatten mit Sozialismus nicht das geringste zu tun, sondern beschrieben in der Substanz ein marktwirtschaftliches Steuerungsinstrumentarium neo-keynsianistischer Denkschule. Der Lambsdorff-Kommentar: "ein Gruselkatalog sozialistischer Marterwerkzeuge", war von der Sache her nicht geboten, aber die FDP-Rechte brauchte zur Eigenlegitimation den Buhmann des Sozialismus-Gespentes nach innen und außen.

– Der Boden war reif: Die SPD und ihre Wähler verunsichert, die eigene Partei weichgeklopft und zum Widerstand nicht mehr fähig. Nun konnte Hessen die Drehbühne für den letzten Akt hergeben.

– Hoffie hatte im Auftrage Genschers und von Hilfstruppen gestützt schon seit Monaten fast widerstandslos für die CDU-Aussage getrommelt, so daß der gut vorbereitete Darmstädter Parteitag wie erwartet votierte. Zur Sicherheit hatte Mischnick noch die schizophrene Beruhigungspille verteilt: Dregger wählen, damit Kohl in Bonn verhindert und Schmidt gestützt wird.

– Am 29./30. Juni war die Endrunde der Haushaltsberatungen für die Eckwerte '83. Die FDP-Führung reizte wieder bis an den Rand des Bruchs, der aber erst nach der Hessen- und Bayern-Wahl vollzogen werden sollte.

– Derweil würde die Camouflage der hessischen Koalitionsaussage fallengelassen, der Block der Wachstumsparteien (CDU/FDP), dem Block der die Arbeitslosigkeit garantierender Wachstumsverweigerer (Grüne und SPD) ausgemacht und schließlich die Hessen-Wahl zum Probelauf für Bonn deklariert.

– Schließlich das Lambsdorff-Papier: Als antiliberaler und antisozialer Katalog des Klassenkampfes von oben tat es als angemessene und selbstentlarvende Scheidungsurkunde der sozialliberalen Koalition seine Schuldigkeit.

Jürgen Koppelin über Uwe Ronneburger:

„Er ist Realist“

Wer ein Porträt von Uwe Ronneburger zeichnen will, tut zunächst einmal gut daran, alle Schablonen zur Seite zu schieben.

Wer wissen will, was Uwe Ronneburger geformt hat, der muß dort hingehen, wo Ronneburger lebt. Auf der schleswig-holsteinischen Halbinsel Eiderstedt, in der Gemeinde Tetenbüll, da ist Uwe Ronneburger zu Hause. Das Land ist flach, so weit das Auge reicht. Nur kleine Dörfer mit buckligen „Warften“ ragen aus der grünen Marschenlandschaft heraus. Auf den „Warften“ gibt es stolze Gehöfte. In einem der schönsten Gehöfte, dem „Staatshof“ wohnt Uwe Ronneburger.

Wären nicht 1970 die schleswig-holsteinischen Liberalen in eine Existenzkrise gekommen, Ronneburger wäre wohl auch heute noch nur in der Kommunalpolitik tätig. Doch sein Freund, der Bundestagsabgeordnete Walter Peters, forderte ihn auf, als Landesvorsitzender zu kandidieren. Ronneburger, dem es nicht liegt, für sich selbst zu werben, wurde mit hauchdünner Mehrheit gewählt.

Kaum im Amt, mußte Ronneburger seine ganze Integrationskraft aufbieten, um ein Auseinanderbrechen der schleswig-holsteinischen F.D.P. zu verhindern. War doch der Streit innerhalb der F.D.P. 1971 vom Wähler mit 3,8 % der Stimmen quittiert worden. In dieser verzweifelten Lage machte sich Ronneburgers Beharrlichkeit bezahlt, und mit dem Wiederaufstieg der F.D.P. begann auch Ronneburgers politischer Stern zu leuchten: 1972 Einzug in den Bundestag, 1975 F.D.P.-Fraktionsvorsitzender im Landtag, 1976 stellvertretender Bundesvorsitzender, 1980 Rückkehr in den Bundestag.

Wer einmal mit Ronneburger zusammengearbeitet hat, der lernt schnell seine Stärken kennen: Er hört geduldig zu, er zwingt keinem eine Meinung auf, er kanf abwägen, ist dabei jedoch jederzeit bereit, klar auch den eigenen Standpunkt zu vertreten. Geformt hat ihn sicher auch seine jahrelange Mitarbeit in der Kirchenleitung der evangelisch-lutherischen Landeskirche. Aus der Erfahrung von Schleswig-Holstein weiß er, was Solidarität und Gemeinschaft heißen. Mit ihm kann man Probleme diskutieren. Vielleicht ist das auch der Grund, warum die Jungen Liberalen in seinem Landesverband überhaupt keine Chance haben?

Ronneburger hat Format. Das erkannte selbst Genscher, als er 1979 der schleswig-holsteinischen F.D.P. vorschlug, Uwe

Ronneburger solle als Ministerpräsidentenkandidat antreten. Ronneburger lehnte das ab. Er ist Realist. Auch im Wahlkampf.

Er ist immer klar und offen. Manchmal wird das nur ein wenig verdeckt durch seine starke Solidarität. So verteidigte er Genscher auch noch dann, als er wohl schon innerlich mit ihm gebrochen hatte. Erst als Lambsdorff und Genscher ihm im Präsidium vorwarfen, mit dem Bundesvorsitzenden nicht solidarisch genug zu sein, war der Bruch auch nach außen da.

Wenn Uwe Ronneburger nun für die Aufgaben eines FDP-Bundesvorsitzenden antritt, so bringt ihn das sicher von



Der Kandidat: Uwe Ronneburger

einem innerlichen Wunsch weiter weg: endlich wieder ganz in seiner Heimat Eiderstedt zu sein. Und wenn er gewählt werden sollte, so werden ihn seine Freunde und Weggefährten ungern ganz in die Bundespolitik gehen lassen. Ihn, den dienstältesten Landesvorsitzenden eines F.D.P.-Landesverbandes.

Ronneburger zur Koalitionsfrage

taz: Herr Ronneburger, kurz nachdem Sie Ihre Kandidatur für die Wahl zum Parteivorsitzenden bekanntgaben, meinten Sie, durch die Wahl zwischen Ihnen und Genscher sei jetzt „eine klare Entscheidung“ möglich. Worin bestehen die Alternativen?

Ronneburger: Die „klare Entscheidung“ bezieht sich sowohl auf politisch-inhaltliche Beschlüsse, die der Bundesparteitag in Berlin Anfang November zu treffen hat, wie auch auf die Möglichkeit, für das Amt des Bundesvorsitzenden zwischen zwei Personen und ihren Auffassungen auswählen zu können. Hier geht es mir darum festzustellen, daß die augenblicklichen Spannungen innerhalb meiner eigenen Partei nicht eine Auseinandersetzung zwischen links und rechts darstellen, sondern eine Auseinandersetzung über die Art, wie politische Entscheidungen innerhalb der Partei zustande kommen, und wie sie dann auch überzeugend dem Wähler dargelegt werden können.

taz: Ihr Gegenkandidat Genscher hat nach vollzogenem Wechsel die „Einheit von Person und Sache“ vertreten. Er wollte seine Person und damit auch den Wechsel zur Wahl stellen: Wer ihn wählt, bestätigt im nachhinein den Wechsel, wer einen möglichen Gegenkandidat wählt, der entscheidet sich für ein „Nein“ zum Wechsel. Gilt das auch für Ihre Person als Gegenkandidat?

Ronneburger: Die Antwort gliedert sich in zwei Abschnitte. Erstens bis zum vorgesehenen Neuwahltermin am 6. März ist eine Entscheidung getroffen. Wenn es das Wahlergebnis danach zulassen sollte, bedarf es neuer Verhandlungen, in denen dann allerdings das liberale Element in einer solchen Koalition deutlicher zum Ausdruck kommen müßte, als es in dem

bisher vorliegenden Zwischenergebnis der Fall ist.

taz: Heißt die „klare Entscheidung“ also ein bißchen mehr oder weniger Liberalität in den Koalitionsvereinbarungen?

Ronneburger: Diese Unterscheidung reicht sicherlich nicht aus. Herr Genscher hat jetzt von Nachbesserungen von Koalitionsabmachungen nach dem 6. März gesprochen, ich spreche davon, daß diese Koalitionsverhandlungen neu angelegt und ohne Zeitdruck geführt werden müssen, um eine solide Grundlage für eine Fortsetzung der Koalition dann für die Dauer der nächsten Legislaturperiode auch inhaltlich abzusichern, was ich im gegenwärtigen Ergebnis nicht finden kann.

taz: Eine Koalitionsverhandlung nach dem 6. März mit der SPD schließen sie also aus?

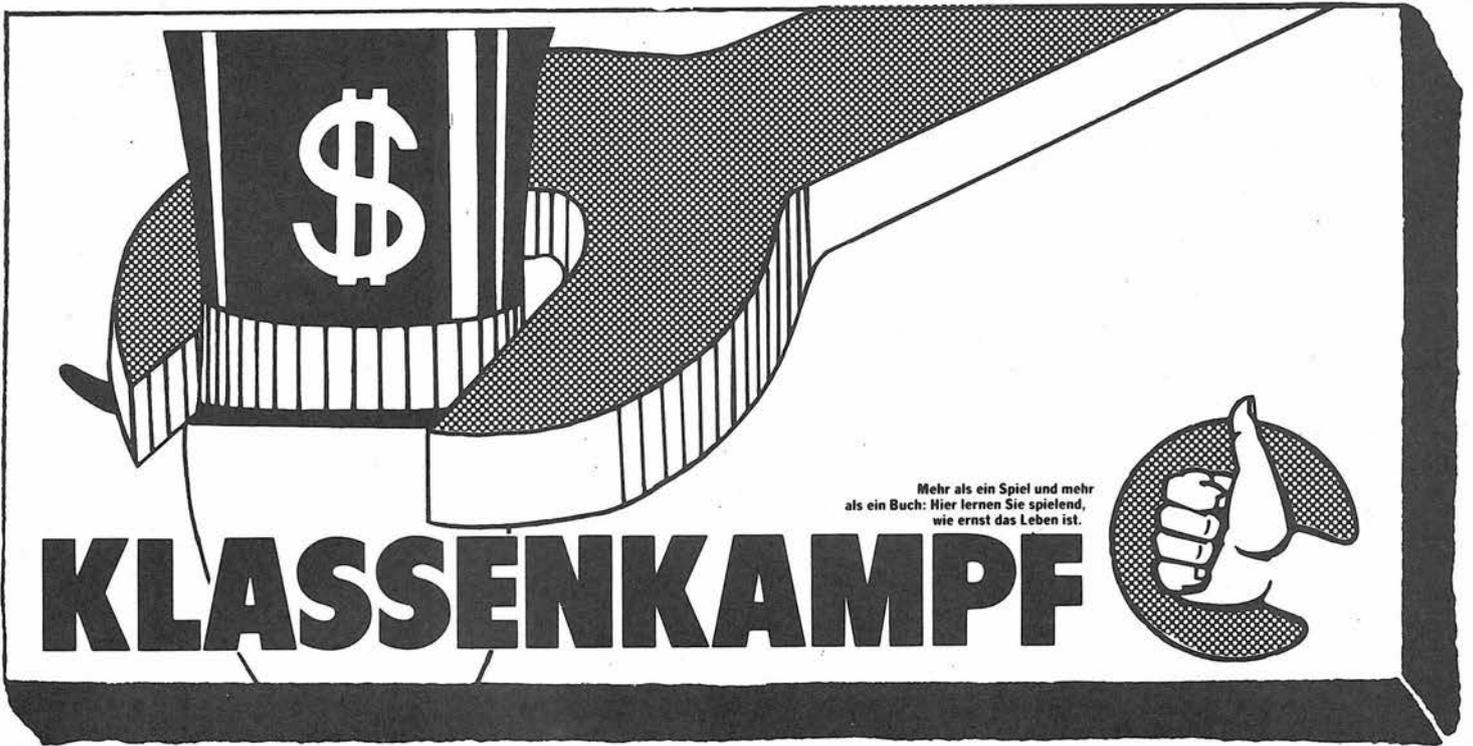
Ronneburger: Das Verhalten der SPD in der Debatte über die Regierungserklärung vergangene Woche läßt erkennen, daß die SPD an eine Wiederherstellung der sozialliberalen Koalition in dem jetzt überschaubaren Zeitraum nicht denkt.

taz: Sie wurden also in Zeitungsmeldungen vom letzten Montag richtig interpretiert, wenn darin stand, Sie seien für die Fortsetzung der Koalition nach dem 6. März?

Ronneburger: Aber mit den entsprechenden Bedingungen und Voraussetzungen inhaltlich politischer Art. Das Schwerkgewicht müßte in diesem Zusammenhang zum Beispiel auf dem Gebiet der Innen- und Rechtspolitik, der Umweltpolitik, aber auch in der konsequenten Fortsetzung der bisherigen Entspannungs- und Deutschlandpolitik liegen.

„taz“-Interview vom 22. Oktober

Jürgen Koppelin ist Mitglied des FDP-Bundesvorstands und Landesschatzmeister in Schleswig-Holstein. Er hat den Weg Uwe Ronneburgers von den Anfängen an begleitet.



Mehr als ein Spiel und mehr
als ein Buch: Hier lernen Sie spielend,
wie ernst das Leben ist.

KLASSENKAMPF



UNSER SPIEL : GEGEN DEN KLASSENKAMPF VON OBEN, DER JETZT OFFENBAR
BEVORSTEHT.

Ein Würfel- und Strategiespiel über den Kampf
zwischen Kapital und Arbeit
für 2 bis 6 Spieler, die Spaß verstehen
und Ärger ertragen können.

84 Felder, 80 Ereigniskarten
Vorsicht: Geld hilft meistens, aber nicht immer!

IHR GESCHENK:
für Freunde, Partner und Gegner, die Sie mögen!

Unser Preis für Sie: 39,50 DM (plus Versand- und Portokostenanteil DM 3,50). Bank- oder Postscheck
beilegen und bestellen bei:

METRACON - Verlag, Postfach 20 08, 5300 Bonn 1

Coupon _____

Hiermit bestelle ich _____ Exemplar(e) des "Klassenkampfes". Ein Bank- oder Postscheck liegt bei.

Name: _____

Anschrift: _____

Ingrid Matthäus:

Der Wortbruch und die notwendigen Konsequenzen

Ingrid Matthäus, F.D.P.-MdB in der FDP-Fraktion und Mitherausgeberin der liberalen drucksachen, begründete in der Debatte um die Regierungserklärung der (selbsternannten) "Koalition der Mitte", warum sie sich als "in Opposition zu dieser Regierung befindlich" betrachtet. Wir dokumentieren auszugsweise ihren Redebeitrag:

"... Wir hören in dieser Debatte immer wieder zwei unterschiedliche Versionen über das Ende der sozialliberalen Koalition und seine Ursachen.

Lassen Sie mich in aller Kürze vier Punkte zu der einen Version sagen.

Erstens. Richtig ist, daß sich einige Sozialdemokraten sehr schwer mit der Einsicht getan haben, daß ein auf hohen Wachstumsraten beruhendes Finanz- und Sozialsystem bei geänderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepaßt werden muß, um seine Funktionsfähigkeit zu erhalten.

Zweitens. Ebenso richtig ist, daß bei der SPD viele Politiker, allen voran der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt sowie die ehemaligen Bundesfinanzminister Matthöfer und Lahnstein, sich für diese Anpassung eingesetzt haben und daß es uns gemeinsam gelungen ist,... durch mehrere wichtige Sparpakete entscheidende Schritte in die richtige Richtung zu gehen. Hier war es der von der CDU/CSU beherrschte Bundesrat, der jeweils das Einsparvolumen der Sparpakete verringerte.

Drittens. ... Nach meinen Erfahrungen wäre die SPD zu weiteren Einsparungen auch im Sozialbereich bereit gewesen, wenn einerseits die CDU/CSU im Bundesrat Bereitschaft gezeigt hätte, die soziale Ausgewogenheit der Sparpakete zu wahren, und wenn andererseits die FDP Bereitschaft gezeigt hätte, den Sozialdemokraten die Zugeständnisse zu machen, die sie über Monate verweigert hatte; der CDU/CSU aber dann in der neuen Koalition binnen weniger Tage gemacht hat, z.B. Steueranleihe im Jahre 1983, die Zwangsanleihe und eine höhere Neuverschuldung.

Viertens. Entscheidend ist aber, daß seit etwa einem Jahr Unklarheiten über den Koalitionskurs der FDP bestanden. Es entstand der Eindruck, von einigen bewußt herbeigeführt, von anderen zugelassen, die FDP wolle die sozialliberale Koalition verlassen und warte nur noch auf den passenden Zeitpunkt zum Absprung. ... Daß in einer solchen Situation der ehemalige Koalitionspartner befürchtete, er sollte ... noch schnell durch Milliardenersparungen im Sozialbereich sozusagen die Dreckarbeit erledigen, bevor dann die FDP in eine andere Koalition gehen würde, ist nicht unverständlich.

Nach alledem halte ich die eine Version, die Koalition sei sozusagen von der SPD wegen ihrer mangelnden Bereitschaft, weitere Einsparungen mitzutragen, aufgekündigt worden, für falsch.



Kohl/Genscher: Regierung gegen Treu und Glauben

Aber wie dem auch sei, und gleich, aus welchen Gründen die alte Koalition zu Ende ging, konnte doch daraus nicht die Notwendigkeit eines konstruktiven Mißtrauensvotums folgen. Niemand bestreitet, daß ein solches Instrument verfassungsrechtlich zulässig ist. Niemand bestreitet, daß es unter bestimmten Bedingungen möglich oder sogar sinnvoll sein kann, daß die FDP eine Koalition mit der CDU/CSU eingeht. ... Aber ich bestreite, daß es politisch in Ordnung und mit der Glaubwürdigkeit der FDP und mit der Glaubwürdigkeit unserer demokratischen Institutionen, die ja ohnehin angeschlagen ist, vereinbar war, durch ein konstruktives Mißtrauensvotum Helmut Schmidt ohne ein neues Votum der Partei und ohne neues Votum der Wähler als Bundeskanzler abzuwählen und Helmut Kohl ohne neues Votum der Partei und ohne neues Votum des Wählers zum Bundeskanzler zu wählen.

Warum war das nicht in Ordnung? Hans-Dietrich Genscher hat auf dem FDP-Wahlparteitag 1980 in Freiburg u.a. folgendes gesagt:

Meine Parteifreunde, unser Land braucht die sozialliberale Koalition, weil nur sie unsere Politik der aktiven Friedenssicherung fortsetzen kann... Das alles veranlaßt mich, Ihre, des Parteitages Zustimmung zu der folgenden Erklärung zu beantragen:

Der Parteitag wolle beschließen: Die F.D.P. erklärt ihren Willen zur Fortsetzung der sozialliberalen Koalition für die nächste Legislaturperiode.

Weiter Herr Genscher:

Wer F.D.P. wählt, garantiert, daß Helmut Schmidt Bundeskanzler bleibt. Auch hier soll der Wähler wissen, woran er mit der F.D.P. ist, ohne Wenn und Aber ... Nur Klarheit in der Sache und in der Koalitionsfrage wird den Erfolg bringen. Deshalb darf in der Koalitionsfrage nicht gewackelt und nicht gefakelt werden.

So Hans-Dietrich Genscher im Juni 1980 auf dem Wahlparteitag der FDP! ...

Das war ein völlig eindeutiges Wahlversprechen. Dazu sind wir im Wahlkampf immer wieder befragt worden, und wir haben bestätigt, das gelte für eine ganze Legislaturperiode.

Dieses Wort mußten wir halten!

Wenn denn nun wirklich eine weitere Zusammenarbeit mit der SPD nicht mehr möglich gewesen wäre — ... ich bezweifle das —, aber wenn es so gewesen wäre, so hätten wir uns meiner Ansicht nach für eine andere Koalition, aber auf jeden Fall durch Neuwahlen ein neues Votum des Wählers holen müssen, ganz abgesehen davon, daß nach meiner Ansicht über eine solche Grundsatzentscheidung wie eine Koalitionsentscheidung nur einen Parteitag hätte befinden lassen können.

... kein Abgeordneter der FDP war meiner Ansicht nach legitimiert, sein für Helmut Schmidt gewonnenes Mandat zu Herrn Kohl und zu Herrn Strauß mitzunehmen.

Walter Scheel sagte vor dem Mißtrauensvotum von Rainer Barzel gegen Willy Brandt 1972:

Es geht um den Versuch, eine Veränderung politischer Mehrheitsverhältnisse ohne Wählerentscheid herbeizuführen. Das trifft unabhängig von der formalen Legitimität den Nerv dieser Demokratie. ... Eine Regierung gegen Treu und Glauben hat unser Volk nicht verdient.

Damals scheiterte der Versuch, eine Regierung zu etablieren, "deren Geburtsstunde" — so Walter Scheel — "vom Makel des Wortbruchs gekennzeichnet wäre".

Für mich gibt es keinen Weg daran vorbei: Diesmal, am 1. Oktober 1982, ist der Wortbruch wahrgemacht worden, und Sie wissen, dies hat der Glaubwürdigkeit der FDP nicht genützt.

Stichwort Glaubwürdigkeit

Unter dem Stichwort "Glaubwürdigkeit" möchte ich aber auch ein Wort zu Herrn Kohl sagen. Herr Kohl, Sie haben Ihren Anspruch auf Kanzlerschaft mehrfach damit begründet, daß wieder die alten Werte speziell den jungen Mitbürgern vermittelt werden sollten. ... Ich glaube, die jungen Menschen in diesem Lande haben ein gutes Gefühl für die wichtigen Werte:

Erhaltung der Natur, Vorrang des Menschen vor der Industrie, Sicherung des Friedens durch Abrüstung und auch Glaubwürdigkeit in der Politik. ... Gerade weil die jungen Leute von vielen, die den alten Werten angeblich wieder ihren Stellenwert in der Gesellschaft zuweisen wollen, im Alltag allzuoft das Gegenteil vorexerziert bekommen, wollen viele junge Menschen in dem von ihnen als schmutzig empfundenen Spiel nicht mehr mitspielen. Wer wollte behaupten, sie hätten unrecht angesichts des Bonner Trauerspiels?

... Lassen Sie mich unter dem Stichwort Glaubwürdigkeit auch noch darauf hinweisen, daß auch in vielen Einzelpunkten Glaubwürdigkeit und Vertrauenswürdigkeit verlorengegangen ist. In einer ganzen Reihe von Fragen sind nach dem Motto: "Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern!" Meinungen binnen weniger



Ein Bild aus sozial-liberalen Zeiten: Die heutigen Rechts-Koalitionäre Genscher und Scheel zusammen mit K.H. Flach auf dem Freiburger Bundesparteitag 1972

Tage oder gar Stunden geändert worden.

...

Der Bundesvorsitzende der FDP hat am 9. September 1982 in der Debatte zur Lage der Nation über die Möglichkeiten zur Einigung in der alten Koalition wörtlich gesagt:

Die Grenze muß dort liegen, wo man sich gegenseitig überfordert, ja, wo einer von beiden oder gar beide in die Gefahr geraten, ihre Identität zu verlieren. Identitätsverlust demokratischer Parteien kann zu Substanzverlusten in der parlamentarischen Demokratie führen.

... Was für eine bestehende Koalition gemeint war, hätte sicher erst recht bei



In Opposition zur Regierung: I. Matthäus

der Begründung einer neuen Koalition gelten müssen.

Dann aber hätte es meiner Ansicht

nach die neue Koalition gar nicht erst geben dürfen. Denn daß die getroffenen Koalitionsvereinbarungen eine Grundlage zur Wahrung liberaler Identität vor allem in der Innen- und Rechts-, Gleichberechtigungs- und Umweltpolitik sei, kann man wirklich nicht behaupten. Ich erinnere darüberhinaus an die diskriminierende Behandlung von Gerhart Baum durch die CSU oder an die Behandlung von Herrn Menke-Glückert, der für liberale Umweltpolitik steht, durch Herrn Zimmermann.

... Es ist eben so, daß sinkende Gemeinsamkeiten mit einem alten Partner noch lange keine tragfähige Basis für Gemeinsamkeiten mit einem neuen Partner sind. Und in diesem konkreten Fall war es ... sogar so, daß selbst am Schluß der alten Koalition, als Gemeinsamkeiten teilweise grobfahrlässig abgebaut worden waren, die Summe der Gemeinsamkeiten der alten Koalitionspartner noch immer größer war als die Gemeinsamkeiten in der neuen Koalition.

Dies führt mich zu dem Ergebnis: Sowohl wegen ihres Geburtsfehlers als auch wegen des Inhalts der Koalitionsvereinbarung und der personellen Zusammensetzung der Bundesregierung kann ich diese Regierung nicht unterstützen, zumal ich einen Wortbruch nicht mittragen kann, auch nicht im nachhinein unter Berufung auf Mehrheitsentscheidungen.

Ich betrachte mich daher als in Opposition zu dieser Regierung befindlich. Ich sehe für mich keine andere Möglichkeit, als bis zum Ende der Legislaturperiode in diesem Bundestag für die Politik einzutreten, für die allein ich vom Wähler einen Auftrag habe. ...

Dies ist die Politik der sozialliberalen Koalition unter Helmut Schmidt, wie sie FDP und SPD bis zum 17. September gemeinsam beschlossen und vertreten haben. ...



Kundgebung der Friedensbewegung in Hagen: "Der engagierte Bürgerprotest für den Frieden bleibt unverzichtbar."

William Borm/Christoph Strässer

Neue Mehrheit - für eigenständige europäische Friedenspolitik

Unbequemes Vordenken in der Ost-, Deutschland- und Sicherheitspolitik war lange vor Beginn der sozial-liberalen Koalition Privileg und Ausweis der Liberalen. Karl-Georg Pfeleiderer und Josef Ungeheuer, Karl-Hermann Flach, Wolfgang Schollwer und Hans-Wolfgang Rubin brachen die Bahn für neue Ideen. Sie erkannten frühzeitig die Notwendigkeit zum Umdenken; denn sie wußten, daß Überständiges ohnehin fallen muß. Gerade liberale Außen- und Sicherheitspolitik in kritischer, aber entschiedener Gegnerschaft zu Adenauers Weg prägte das politische Profil der Freien Demokraten.

Die F.D.P. sah ihre historische Aufgabe 1969 darin, mit der Bildung der sozial-liberalen Koalition die Entspannungspolitik gegen die unbelehrbaren Exponenten des Kalten Krieges durchzusetzen. Die Freien Demokraten fragten sich damals nicht, ob sie etwa ihre Existenz gefährden würden, als die Regierung Brandt/Scheel mutig das System der Ostverträge ins Leben rief und auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung den Grundlagenvertrag mit der DDR vereinbarte. Die Liberalen gehörten damals zu denen, die entschlossen gegen Kalte-Kriegs-Ideologien und die nationalkonservative Demagogie der CDU/CSU angekämpft haben. Sie wußten, daß mit solchen Partnern die lebensnotwendige Friedens- und Entspannungspolitik nicht durchgeführt werden konnte. Diese Überzeugung war und ist für uns ein entscheidender, aber nicht der alleinige Grund für die Notwendigkeit einer sozial-liberalen Koalition.

Die Entscheidung für eine neue deutsche Ostpolitik gegen den inhaltenden Widerstand konservativer und nationalliberaler Kräfte in der eigenen Partei war nicht zuletzt auch der Wendepunkt auf dem Wege zu einer dem modernen Liberalismus von

Freiburg verpflichteten freidemokratischen Partei. Der Austritt konservativer Exponenten und die Vollendung der Vertragsabschlüsse allein konnten indes noch keine dauerhafte Garantie für eine realistische und deshalb entspannungsfreundliche Ostpolitik bieten.

Zunehmend schon unter der sozial-liberalen Koalition, erst recht aber unter dem konservativen Bürgerblock besteht Grund zu der Besorgnis, daß die großen Ziele der Entspannungs- und Ostpolitik endgültig hinter einer lustlosen Verwaltung der Beziehungen zurücktreten und daß mit dem allmählichen Verfall des Entspannungsklimas eine Entwertung der Verträge stattfindet, die deren realen Gehalt ad nullum führt.

Anspruch und Perspektive einer liberalen Entspannungspolitik wurden zwar auf den Bundesparteitagen der F.D.P. stets erneuert. Freidemokratische Außenpolitik jedoch nahm immer weniger dieser Impulse schöpferisch auf, dafür aber übte sie um so mehr Anpassung an die konservative Union um vordergründiger Gemeinsamkeit willen; dies vorsätzlich zu Lasten von Klarheit in Ziel und Methode der für uns Europäer existentiellen Entspannungspo-

litik. Programmatisch liegen die Vorstellungen von Union und Freien Demokraten nach wie vor weit auseinander. Vieles spricht dafür, daß die Wende in der Koalition auch außenpolitisch zu einer Wende in der Politik der F.D.P. führen wird. Deshalb wird der Bundesparteitag in Berlin auch für die Außen- und Sicherheitspolitik der Freien Demokraten richtungsentcheidend sein.

In der aktuellen sicherheitspolitischen Diskussion wird die traditionelle, beschlußmäßig nicht widerrufenen Haltung der F.D.P. als prinzipiell atomwaffenkritische Partei nicht mehr wahrgenommen. Im Gegenteil, die F.D.P. erscheint heute als der Union kaum nachstehender Wortführer atomarer Aufrüstung. Der Parteivorsitzende und Außenminister trägt eine besondere Schuld, daß dieser berechtigte Eindruck entstehen mußte. Er hat die Grundlagen sozial-liberaler Entspannungspolitik nie nachvollzogen und zu keinem Zeitpunkt mehr als rein verbal — hierin ist er Meister — die Chance ergriffen, die in der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und den Ostverträgen als Bausteine für eine gesamteuropäische Friedensarchitektur begründet liegt. Seine nicht mehr rational nachvollziehbare, extrem antikommunistische Einstellung dominiert sein Handeln und verhindert, daß er ein unbefangenes Verhältnis auch zu den Staaten Osteuropas findet, in Sonderheit zur DDR und zur Sowjetunion. Im Kern wohl tief verwurzelte Unsicherheit über

die Richtigkeit der eigenen Position veranlaßt ihn zu militanter Frontstellung gegenüber der Friedensbewegung und zu deren verbaler Diffamierung als "Sprachrohr Moskaus". Zuflucht sucht er deswegen bei den säbelrasselnden Vertretern einer neuen "Politik der Stärke" in den USA, dies notwendigerweise zu Lasten selbstbewußter Standfestigkeit gegenüber dem engsten Verbündeten.

Mit Hans-Dietrich Genscher als Außenminister war daher die eigentliche Ära sozial-liberaler Entspannungspolitik und in der Regierungsverantwortung verwirklichter liberaler Identität bereits zu Ende gegangen, auch schon als die alte Koalition formal noch bestand. Auch außenpolitisch war das neue Bündnis vom Außenminister bereits vollzogen, bevor es notariell begründet wurde.

In den außen- und sicherheitspolitischen Vereinbarungen des Bürgerblocks findet sich konsequenterweise denn auch weder unverwechselbare liberale Kontur noch der Wille zu eigenständiger westeuropäischer Interessenvertretung gegenüber jedermann, auch den USA. Vielmehr werden stereotyp die Beschlüsse des NATO-Bündnisses bekräftigt, die nicht nur im Einzelfall derzeit weit mehr den Interessen Amerikas als denen Europas entsprechen. Außenpolitische Kontinuität beschränkt sich unter diesen Vorzeichen auf die Verwaltung des Bestehenden, es mangelt aber an Mut zum Umdenken dort, wo Gegenwärtiges zunehmend fragwürdig geworden ist. In letzter Folge bedeutet



Demonstration am 10.10.81 in Bonn: Auch Liberale (v.r. Christoph Strässer) sind Teil der Friedensbewegung

dies, daß deutsche, mehr noch, europäische Politik künftig stärker als in der Vergangenheit von Washington vorbestimmt werden kann. Dies entspricht nicht den Interessen der Europäer.

Es wird vielleicht übersehen, daß Hans-Dietrich Genscher vorbehaltlos und als erster Europäer der amerikanischen Forderung zugestimmt hat, daß im politischen Rahmen der NATO auf allen relevanten Gebieten, besonders Handel und Kreditwesen, eine gemeinsame Politik gegen Osteuropa, vorzüglich der UdSSR,

entwickelt und betrieben werden müsse, um "gemeinsam" jederzeit stören, behindern, bestrafen zu können. Genscher möchte sich ein weiteres Mal als beflassener Sachwalter amerikanischer Interessen in Europa verdient machen. Wer eigentlich in Europa Herr im Haus, die Europäer oder die USA?

Die von Hans-Dietrich Genscher zielstrebig betriebene und nachträglich sogar mit der Außen- und Sicherheitspolitik begründete Koalition der F.D.P. mit der CDU/CSU ist heute, bei nüchterner Analyse des politischen Standorts ihrer führenden Exponenten, eine klassische Raketen-Koalition. Diese Koalition ist ein Bündnis zur Durchsetzung der weiteren atomaren Aufrüstung auf deutschem Boden und zur Zerstörung der Grundlagen der für den europäischen Frieden schicksalsentscheidenden Entspannungspolitik. Dieses Bündnis ist schließlich eine Allianz gegen den wachsenden friedenspolitisch motivierten Teil der Bevölkerung, die die drängenden Fragen dieser Bürger ohne Antwort läßt.

Mit einigen grundlegenden Herausforderungen ist die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik heute konfrontiert, ohne daß die Probleme zutreffend erkannt, geschweige denn, daß schon befriedigende Ansätze zu ihrer Lösung gefunden worden wären.

1. Soll Westeuropa die Weichen stellen für eine nach europäischen Interessen gestaltete, verantwortungsbewußte und eigenständige europäische Friedenspolitik? Dies setzt den engeren Zusammenschluß Westeuropas auch im außen- und sicherheitspolitischen Bereich voraus und bedingt eine Neubestimmung des westlichen Bündnisses mit der Folge einer Zwei-Säulen-Struktur *innerhalb* der Allianz: amerikanischer Zweig, europäischer Zweig. Oder soll Westeuropa Erfüllungsgehilfe der USA sein in deren wiederbelebtem imperialen Weltmachtstreben nach Überlegenheit? In der Substanz stellt sich also die Frage nach *Europäisierung* oder *Amerikanisierung* der europäischen Politik.

Unsere Sicherheit darf nicht an alten Zöpfen hängen.

18 Milliarden für Verteidigung im Jahr – das ist viel Geld. Zuviel, um es ohne Konzept auszugeben. Verzettelt. Für eine falsche Vorstellung von Sicherheit.

Zum Beispiel die Starfighter? Sie kosten uns viel und nutzen uns wenig. Die atomare Abschreckung für die man Starfighter hauptsächlich braucht, hat Amerika übernommen. Seine Atomwaffen schützen uns mit, denn wir sind Nato-Partner. Wozu also eigene Starfighter.

Für uns gibt's in der Nato eine bessere Aufgabe: Sicherung unseres Landes. Mit modernsten Abwehrwaffen (Panzerabwehr, Kampfhubschrauber) und vielen, perfekt ausgebildeten Soldaten. Aber gerade das haben wir nicht. Hier fehlt das Geld, das wir für Starfighter ausgeben. Hier fehlt der Mut, Schluß zu machen mit dem Zopf der atomaren Trägerwaffen.

Die FDP als einzige Partei hat diesen Mut. Sie ist für ein Verteidigungskonzept der Ehrlichkeit. Jeder soll sehen, daß wir Angriffe abwehren können – aber nicht ausgerüstet sind, selbst anzugreifen. Das heißt: Umrüstung unserer Bundeswehr zu einer hochmodernen konventionellen Abwehrkraft. Verbesserung der Ausbildung. Kein Leerlauf mehr – dann genügen 12 Monate Grundwehrdienst.

Möglichst viel Sicherheit fürs Geld, aber kein falscher Atom-Ehrgeiz. Werso denkt, kommt zur FDP. Je mehr denken, desto größer wird unsere Kraft. Denn einer ist da, der Schluß macht mit den alten Zöpfen:

F.D.P.



Anzeige aus der Bundestagswahl 1969: Die F.D.P. zeigte sich als prinzipiell atomwaffenkritische Partei



US-Soldaten bei Gas-Übung: Borm und Strässer wollen den vollständigen Abzug aller chemischen Massenvernichtungswaffen

2. Gelingt es, das friedensnotwendige Umdenken in der Sicherheitspolitik durch beharrliche Überzeugung und zähe Arbeit politisch zu verwirklichen? Gelingt die Abkehr von einer "Sicherheitspolitik", die sich hauptsächlich auf atomare und andere Massenvernichtungsmittel stützt und damit das Risiko der totalen Vernichtung in Kauf nimmt, die aber auf die Dauer in einer offenen und demokratischen Gesellschaft nicht konsensfähig ist? Durch welche Strategie kann die endlose Folge angeblicher Nachrüstungen durchbrochen werden? Vor allem: Wie muß die erforderliche alternative Sicherheitspolitik praktisch ausgestaltet sein?

Bei der Beantwortung solcher Fragestellungen dürfen wir zu keiner Zeit und bei keiner Gelegenheit vergessen, daß neben dem Ost-West-Konflikt das Verhältnis zwischen Norden und Süden unseres Globus zur *eigentlichen* Menschheitsaufgabe dieser Epoche geworden ist. Von den Schimären des Kalten Krieges behaftete ideologische Vorurteile verstellen auch hier die Lösung.

Die Entscheidung über den künftigen Weg der Bundesrepublik Deutschland bestimmt wesentlich die künftige Entwicklung in Westeuropa. Darum müssen jetzt falsche Weichenstellungen verhindert und vernünftigen Vorschlägen Gehör verschafft werden. Von der neuen Regierung des Bürgerblocks ist Umdenken nicht zu erwarten. Daher bleibt der engagierte und konstruktive Bürgerprotest für den Frieden auch zukünftig unverzichtbar. Sozialdemokraten und Liberale haben jetzt erst recht die Pflicht, das ehrliche Gespräch mit der Friedensbewegung zu führen, und das umschließt notwendig auch Willen und Fähigkeit zur Selbstkorrektur.

Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland ist unbestreitbar auch das Ergebnis friedenspolitischer Pflichtversäumnisse der sozial-liberalen Koalition. Drei Millionen unterstützende Unterschriften für den "Krefelder Appell" und die ungezählten lokalen Friedensinitiativen sind Beleg für das legitime Aufbe-

gehren von zunehmend mehr Bürgern gegen den atomaren Wahnsinn und für eine andere Sicherheitspolitik. Diesen Tatsachen hat *jede* Regierung Rechnung zu tragen!

Die sozial-liberale Koalition schuf zwar die Grundlage für ein normales Verhältnis auch zu den Staaten Osteuropas und leitete die politische Entspannung ein. Dann jedoch blieb sie auf halbem Wege stehen. Ihre letztlich entscheidende Bewährungsprobe konnte sie nicht mehr bestehen: die politische Entspannung durch militärische Entspannung zu festigen und dauerhaft abzusichern.

Der Rüstungskontrollprozeß zur Begrenzung und zum Abbau der militärischen Potentiale ist der eigentliche harte Kern des Entspannungsprozesses. Der Rüstungswettlauf droht erneut außer Kontrolle zu geraten. Die bisherigen Anstrengungen zur Rüstungsverminderung führ-



Aufrüstungskritiker und Mitautor Borm

ten günstigstenfalls zur vereinbarten Kontrolle der gegenseitigen Aufrüstung. Nach neuen Wegen zur Abrüstung in Ost und West muß deshalb auch zwischenstaatlich gesucht werden. Durch einseitige, die eigene Sicherheit nicht gefährdende Schrit-

te zur Rüstungsverminderung könnte es gelingen, den Rüstungswettlauf endlich umzukehren.

Die Liberalen müssen sich diesen Fragestellungen öffnen. Sie müssen an der Friedensbewegung teilnehmen, wenn sie in unserer Gesellschaft eine Existenzberechtigung behalten wollen. Die F.D.P. muß sich ausdrücklich vorbehalten, auf einem Sonderparteitag endgültig über die uns von den USA angebotene Raketen-Stationierung zu entscheiden. Die Forderung nach schrittweiser vereinbarter Schaffung von atomwaffenfreien Zonen, ausgehend von der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten, ist ein altes liberales Anliegen und muß endlich auch in der praktischen Politik sichtbar werden. Freidemokratisch verantwortete Außen- und Sicherheitspolitik darf der Stationierung der Neutronenbombe nicht zustimmen. Sie soll auch den vollständigen Abzug aller auf unserem Boden lagernden chemischen Massenvernichtungsmitteln verlangen und durchsetzen!

Wenn nach Lage der Dinge der freidemokratische Außenminister nicht dazu beiträgt, liberale Politik zu verwirklichen, so muß er abtreten. Denn gegen den Friedenswillen von Millionen gibt es keine Mehrheiten für eine Aufrüstungspolitik. Der Weg von der politischen zur militärischen Entspannung, das im Interesse der Sicherung des Friedens erforderliche Umdenken in der Sicherheitspolitik und die Europäisierung der europäischen Fragen sind die drei großen außenpolitischen Themen der kommenden Jahre.

Wir bezweifeln, daß es unter den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland eine Mehrheit gibt, die die Beantwortung der damit gestellten Fragen der konservativen Konzeptionslosigkeit oder dem Versuch überantworten will, das Rad der Geschichte wieder zurückzudrehen. Wir sind überzeugt, daß es nach der notwendigen Information und Debatte in der Sache durchaus möglich, ja wahrscheinlich ist, eine *neue Mehrheit* für eine eigenständige europäische Friedenspolitik und für neue Wege zu vermehrter Sicherheit zu gewinnen.

Dies kann nach Lage der Dinge nur eine Mehrheit links von den Unionsparteien sein. Diese haben sich bislang schon den kritischen Fragen weitgehend verweigert. Es gibt diese Mehrheit diesseits der Union, allerdings ist sie im Gegensatz zu den späten 60er und 70er Jahren nur unvergleichlich schwieriger zu organisieren. Gleichwohl: Friedrich Naumanns Wort, daß die Rechte in Deutschland so lange herrschen werde, bis endlich die Linke diszipliniert zum eigenen Handeln finde, dieses Wort ist gerade wieder zeitgemäß bedeutsam. Die prinzipiell vorhandene Mehrheit für demokratische, soziale und liberale Politik zusammen- und zu realer politischer Wirksamkeit hinzuführen, darin liegt für Liberale die hervorragende Herausforderung für die 80er Jahre.

Thomas Dehler zur Erinnerung

Liberalität von der Wurzel her

Der Vergleich hinkt, da kann Genscher ihn noch so oft anstellen. Der Justizminister im Kabinett Kohl, der Münchener FDP-Abgeordnete Engelhard, ist alles mögliche – nur nicht einer, der in Thomas Dehlers Fußstapfen treten könnte.

Schon oberflächlich wird deutlich, welche Welten dazwischen liegen. Dehler (1897-1967) wurde von Adenauer 1953 regelrecht aus dem Bundeskabinett verjagt, da Adenauer keine profilierten, selbständig denkenden und handelnden Minister ertragen konnte. Dehler war die Verkörperung liberaler Rechtsstaatspolitik in den 50er und 60er Jahren – während Engelhard nur vorzuweisen hat, daß irgendein Justizminister gesucht wurde, der neben Friedrich Zimmermann zu sitzen bereit ist. Und Engelhard hat noch den Vorteil, als einer von ganz wenigen gegen den rechtspolitischen Teil des FDP-Wahlprogramms '80 gestimmt zu haben. Dem Kohl-Minister war's zu liberal.

Genug unstatthafter Vergleich. Hier soll an Thomas Dehler erinnert werden:

Rechtsstaatlichkeit und Grundsatztreue

Als der Wirtschaftswunderstaat noch in den Anfängen stak, als - laut Allensbach - 74 % der Bundesdeutschen noch immer oder schon wieder nach der Todesstrafe rief, hielt Thomas Dehler 1952 (noch als Justizminister des Todesstrafenanhängers Adenauer) eine der wohl bemerkenswertesten Reden, die der Bundestags bislang erlebte. Darin heißt es:

“Von vielen, die Einblick haben, ist immer wieder festgestellt worden, daß gerade die Länder und die Zeitalter der härtesten Strafen auch die blutigsten und unmenschlichsten Verbrechen sahen. Ich glaube, wir haben eine Periode hinter uns, die uns die Richtigkeit dieser Tatsache nahebringt.”

Diese Ablehnung staatlicher Allmacht war von Dehler aus persönlichen Erfahrungen abgeleitet. Der zweimal im NS-Deutschland verhaftete und mit einer von den Nürnberger Rassisten-Gesetzen bedrohten Frau verheiratete Dehler definierte Liberalität durch die besondere Nähe zum Recht und versuchte, vom Recht aus in allen politischen Bereichen verantwortliche Leitlinien zu entwickeln. So beim Röhrenembargo gegen die Sowjetunion 1962, zu dem Dehler 1965 schrieb:

“Vieles, was für mich das Recht aus-

machte, wurde hier verletzt: der Anspruch der Sowjetunion auf Lieferung; das Recht deutscher Firmen, vertrags-treu zu sein...”

Ob gegen die Verlängerung von Verjährungsfristen, ob gegen ein von Adenauer geplantes Amnestiegesetz für gegen Bares mitteilbare Bonner Beamte –



Auf dem Bundesparteitag 1956: Dehler hat erfolgreich den Versuch der vier FDP-Minister abgewehrt, die Partei rechts von der CSU zu etablieren.

Dehler blieb liberalen Rechtsprinzipien unbeirrt verhaftet.

Dehler contra Adenauer

Dehler war es auch, der mit seiner Absage an elementare Bestandteile der Adenauerschen Außenpolitik der FDP in den 50er Jahren schon frühzeitig ein eher sozialliberales Profil als Partei des Interessenausgleichs mit den Ostblockstaaten und aktiver Wiedervereinigungspolitik einbrachte. Dehler hatte schon 1956 erkannt und ausgesprochen, daß Westintegration, Kapital- und CDU-Klüngel jede ernsthafte Deutschlandpolitik hintertrieben. In einer Rede vor dem FDP-Parteitag in Würzburg, wo er als FDP-Vorsitzender im Amt bestätigt wurde, führte Dehler zu den Gründen des Ausstiegs der FDP aus der Adenauer-Koalition 1956 aus:

“Es war (bei Adenauer) immer wieder die gleiche Moral: Man muß alle Zweifel

zurückstellen, man darf nicht denken, man darf nicht handeln, man darf sich nur als der brave Musterschüler Washingtons betragen! Sie machen sich keine Vorstellungen, ... wie man - das Palais Schaumburg, bestimmte Wirtschaftsgruppen - die Einheit unserer Fraktion systematisch untergraben hat. Am Ende kam doch die Krisis (der Koalition), ... weil wir nicht so willfährig waren, wie man von uns erwartet hatte.”

Dehler, der sich den verschiedensten Zumutungen Adenauers entgegengestellt und dessen üble Praktiken zur Durchsetzung der Wiederbewaffnung vor dem Bundestag kritisiert hatte, mußte 1956 als FDP-Vorsitzender erleben, wie die Ministerriege der FDP unter dem farblosen, Adenauer-hörigen Franz Blücher nebst einigen Abgeordneten im Kabinett blieb und die FDP-Fraktion verließ. Dehler, unterstützt von den FDP-Politikern Döring, Weyer und Scheel, die in NRW eine Koalition mit der SPD durchgesetzt hatten, führte zu dieser Zeit den harten Kampf mit Adenauer um das Überleben der Liberalen, denen der CDU-Kanzler mit Hilfe einer Wahlrechts“reform“ (sog. Grabenwahlrecht) den Garaus machen wollte.

für eine radikale liberale Politik

Spätestens mit der Bildung der Großen Koalition 1966 war für Dehler der Zeitpunkt gekommen, gegen jene nationalliberale Strömung, die sich nur an der Seite der CDU/CSU das Regieren vorstellen konnte, programmatisch den demokratisch-liberalen Politikansatz durchzusetzen:

“Was tut not? Nicht weniger, sondern mehr Liberalität, Liberalität von den Wurzeln her, also radikale Liberalität, mutige und - wenn es sein muß - aggressive Liberalität.”

Im gleichen Aufsatz aus dem Jahr 1967 schrieb Dehler mehr als deutlich, gegen wen radikale Liberalität durchzusetzen sei:

“Wir litten schon in der Vergangenheit unter betrüblichen Symptomen des Verfalls des Parlamentarismus: Es gab Bundesminister, die den Bundestag nicht mit der Wahrheit bedienten; in der SPIEGEL-Affäre; auch in der Angelegenheit des Röhrenembargos ...

In Wirklichkeit versucht die Union zunehmend ... zur quasi-“Staatspartei“ zu werden, getragen von Kräften ohne Sinn für Liberalität, von der katholischen Kirche bis zum Bundesverband der Industrie und alledem, was dazwischen liegt. Glaube, wer mag, daß die Idee der geistigen, der staatlichen, der politischen, der wirtschaftlichen Freiheit hier in guter Hut ist.”

Glaube, wer mag. Auf Thomas Dehler sollte der sich jedenfalls nicht berufen.

Koranschulen in der BRD:

Ein Rädchen im Teufelskreis

Gespräch mit der F.D.P.-Ratsfrau Ingeborg Conrads

Die Koranschulen, häufig als Hort religiösen und nationalen Fanatismus der in der Bundesrepublik lebenden Türken betrachtet, entpuppen sich bei genauem Hinsehen als fast zwangläufiges Rädchen in einem Teufelskreis der gegenseitigen Vorurteile. In einem Gespräch mit der Duisburger Ratsfrau Ingeborg Conrads wird aber auch deutlich, wie die Ausländerfeindlichkeit auch schon diejenigen bedroht, die sich für ihre ausländischen Nachbarn oder Arbeitskollegen einsetzen.

“Die vielen anonymen Briefe werfe ich stapelweise in den Papierkorb. Schlimm sind allerdings die anonymen Anrufe, die gehen an die Nerven,” beschreibt Ingeborg Conrads ihre Lage. Seit sie im Rat der Stadt Duisburg der Mehrheits-SPD

können und eine schriftliche Einverständniserklärung ihrer Eltern haben. Im Unterschied dazu können in Deutschland schon Kinder im Grundschulalter und manchmal sogar noch jüngere Kinder an den Kursen teilnehmen.



Der Ausländerhaß hat sich dramatisch verschlimmert

mit ihren Aktivitäten “Feuer unter dem Hintern macht, weil sich die Situation der Ausländer dramatisch verschlimmert”, hat sie sich schon mehrfach von Telefonanrufern als Türkenhure beschimpfen lassen müssen.

Expertin für Ausländerfragen ist sie geworden, “weil sich sonst keiner drum kümmert, weil die anderen noch weniger darüber wissen.”

“Wenn man auch nur eine vage Vorstellung davon hat, was es heißt, Türke in Deutschland zu sein, hat man kaum noch den Mut zu versuchen, auf Türken einzuwirken, integrationshemmende Maßnahmen zu unterlassen. Unser totale Unkenntnis über Lebensumstände und Verhaltensweisen unserer ausländischen und insbesondere unserer türkischen Mitbürger ist erschreckend.”

Korankurse in Deutschland und in der Türkei unterscheiden sich erheblich. In der Türkei dürfen nur solche Kinder an den Koranschulen teilnehmen, die die fünfjährige Grundschulzeit absolviert haben. Sie müssen lesen und schreiben

In der Türkei gibt es eine staatliche Kontrolle des Kultusministeriums und der obersten staatlichen Religionsbehörde. Ob diese Kontrolle ausgeübt wird und Auswüchse damit verhindert werden, ist allerdings fraglich. Im Gegensatz dazu werden bei uns die Korankurse von den verschiedensten islamischen Gruppen und Vereinen angeboten.

Ingeborg Conrads bedauert, daß es kaum, oder wenn, dann nur widersprüchlich Informationen über die Inhalte und Durchführung der Kurse gibt.

Hauptbestandteil aller noch so verschiedenartigen Kurse ist jedoch das Auswendiglernen der Suren des Korans in arabischer Sprache. Hier setzt sie auch den ersten Kritikpunkt an. Kinder, zum Teil im Alter von sechs Jahren, die durch das Erlernen der deutschen und der türkischen Sprache schon sehr belastet sind, werden gezwungen, zusätzlich noch eine dritte, komplizierte Sprache wenigstens in Teilen zu sprechen. “Wenn ich mich daran erinnere, wie ich mit 12 Jahren gleichzeitig zu Englisch und Deutsch noch

Französisch und Latein lernen sollte und wie schnell durch diese Überbelastung in allen anderen Fächern meine schulischen Leistungen absanken, kann ich in etwa ermessen, wie wesentlich jüngere Kinder in wesentlich schlechteren Umweltbedingungen scheitern müssen. Das Scheitern wird sich nicht nur auf das Erlernen der arabischen Sprache beziehen, sondern auf alle anderen Bereiche durchschlagen. Wenn man dazu noch erwägt, daß der Koranschulenunterricht außerhalb der normalen Unterrichtszeiten stattfindet, also zum Teil morgens vor der Schule oder nachmittags, wenn andere Kinder spielen, bekommt man eine Vorstellung davon, wie überbelastet türkische Kinder sind.”

Zusätzliche Probleme sieht Ingeborg Conrads in den Erkenntnissen über die Lehrinhalte der Kurse und über die Vorbildung der Hodschas, die die Kurse durchführen. Ein Teil der Kurse ist stark politisch durchsetzt. Hier wird regelrecht zur Intoleranz erzogen. “Das starke Verweisen auf die nach dem Koran gültigen Rollenverhältnisse und auf die Minderwertigkeit der im Sinne des Korans Ungläubigen wird, so bin ich sicher, dem Ziel der Integration stark entgegenwirken.

Besonders den Mädchen wird das Einleben in eine Welt, die eben nicht dem Leben in Anatolien entspricht, zusätzlich zu allen anderen Schwierigkeiten fast unmöglich gemacht.”

Die pädagogischen Methoden in den Koranschulen hält Ingeborg Conrads für unsere Vorstellungen teilweise für himelschreiend. Diszipliniertes Verhalten wird unter massiven Strafen erzwungen. Die Hadschas haben überwiegend nur eine verkürzte Ausbildung und kein pädagogisches Studium absolviert. Sie verfügen nur über Grundkenntnisse des Korans und der arabischen Sprache. Ingeborg Conrads verweist auf die Untersuchung der Gesamthochschule Duisburg, wonach der Besuch der Koranschule sich negativ auf die Sprachentwicklung und damit auf die ganze Lernfähigkeit auswirkt.

Sie sieht zwei Gründe, die die türkischen Eltern bewegen, ihre Kinder auf die Koranschule zu schicken: Nicht überall wird in Schulen, die von nicht zu einer der christlichen Religionsgemeinschaften gehörenden Kindern besucht werden, für diese Kinder Religionsunterricht angeboten. In NRW ist zwar durch das Kultusministerium ein Organisationsrahmen geschaffen worden, der den Religionsunterricht ermöglicht, er kann jedoch nicht überall durchgeführt werden, da es an ausgebildeten Lehrern für islamischen Religionsunterricht fehlt. Die Situation in anderen Bundesländern ist noch unbefriedigender. Diese Situation wird von den Hodschas, die in der Türkei vor allem in ländlichen Gebieten einen bedeutenden Einfluß auf die Bevölkerung haben, türkischen Eltern klarzumachen, daß die Korankurse die beste Möglichkeit sind, den Kindern die religiösen Kenntnisse zu vermitteln, die ein gläubiger Muslim braucht.

“Da aber auch bei vollständigem Angebot von islamischem Religionsunterricht an deutschen Schulen, wie z.B. in Duisburg, die Zahl der Kinder, die Korankurse besuchen, nicht wesentlich zurückgeht, muß der zweite Grund der wichtigere sein.

In unserer Gesellschaft, die nicht bereit ist, Ausländer als gleichwertige Bürger zu akzeptieren, entwickelt sich zwangsläufig ein immer stärkeres Zusammengehörigkeitsgefühl der Ausländer, die nur in ihrer Gruppe das Selbstwertgefühl entwickeln können, das durch unser Verhalten pausenlos in Frage gestellt wird. Da die hier lebenden Türken den verschiedensten Gruppen angehören, ist die stärkste Klammer, der sie zusammenhält, der Islam. So wird zwangsläufig der Kreis geschlossen. Die Isolation wird immer stärker, die Abneigung zur Integration wird gefördert, unsere Vorurteile werden bestätigt.”

Ingeborg Conrads versucht dagegen zu halten. Sie ist häufig Gast im internationalen Zentrum, einer städtischen Anlaufstelle für Ausländer, die bei Diskussionsveranstaltungen gelegentlich auch zur Begegnungsstätte mit Bundesbürgern wird.



Hanspeter Knirsch ist Vorsitzender der F.D.P.-Ratsfraktion in Bochum

“Da strampelt man sich jahrelang vor Ort ab und hat mit einer klaren und konsequenten Politik Glaubwürdigkeit errungen und dann machen einem diese Typen in Bonn an einem Tag alle kaputt!” – So oder ähnlich stöhnten viele F.D.P.-Kommunalpolitiker nach dem Bonner Wende-



Ingeborg Conrads

Individuelle Hilfe, die Vermittlung von Kontakten, all dies kann sie nur im bescheidenen Umfang leisten. Die Arbeit bringt nur selten Erfolge. Seit dem Koalitionsbruch in Bonn erfährt sie einen Zuspriech, “so etwas habe ich noch nicht erlebt”. Ihre Freunde wissen, daß sie dann, wenn der Genscher/Lambsdorff/Mischnick-Kurs auf dem Bundesparteitag bestätigt wird, in der F.D.P. kaum noch ihre Heimat sehen wird. Nachdem die F.D.P. NRW sich bereits im Juli vom Bundestagswahlprogramm distanziert hatte und nicht mehr bereit war, sich für das Kommunalwahlrecht für Ausländer auszusprechen, hatten sich ihre Zweifel an der F.D.P. schon verstärkt.

Ihre Freunde hoffen, daß sie ihr Mandat nach dem Bundesparteitag nicht “an eine Partei zurückgibt, die gar nicht zur Wahl gestanden hat”.

Hanspeter Knirsch An der Macht partizipieren reicht nicht aus in der Kommunalpolitik

manöver. die kommunale Basis der F.D.P. besteht längst nicht mehr nur aus der alten Honoratioren-F.D.P.. Vielerorts gibts es muntere F.D.P.-Fraktionen in Räten und Bezirksvertretungen, die die Impulse der Bewegung der Bürgerinitiativen längst aufgenommen und in politische Aktion umgesetzt haben, wenn auch die offizielle “Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker” (Spitzname in Nordrhein-Westfalen: VLK = Verein liberaler Kungeler), die stark aus dem hauptamtlichen Bereich beeinflusst wird, noch ein anderes Bild vermittelt.

Es sollte eine Binsenweisheit sein, daß der Bürger nirgendwo so unmittelbar die Auswirkungen politischer Entscheidungen spürt wie in der Kommunalpolitik. Dies gilt auch in Zeiten leerer öffentlicher Kassen, die zwar oft durchaus heilsame Wirkung haben, die aber auch die Freiheit und Gerechtigkeit bedrohen. Einerseits ist erkennbar, daß manch überdimensionierte Straße, manch betoniertes “Denkmal” des Bauausschusses oder auch manch geplantes Prestigevorhaben der Mehrheitsfraktion dem Rotstift zum Op-

fer fällt. Andererseits wird durch rigide Rotstiftpolitik die kulturelle Vielfalt in den Städten bedroht. Das Land Nordrhein-Westfalen vermindert z.B. erheblich die Theaterförderungsmittel und einzelne Städte (z.B. Dortmund) denken offen über die Schließung von Spielstätten nach. Auch die Volkshochschulen und Büchereien müssen mit Einschränkungen rechnen. Außerdem wird mit Vorliebe dort gespart, wo keine Lobby dagegenhält.

Aufgabe liberaler Kommunalpolitiker ist es, dafür zu sorgen, daß nicht unter dem Deckmantel leerer Kassen unbequeme Kultur kaputtgemacht wird. Deshalb müssen Entscheidungsvorgänge ständig an die Öffentlichkeit gebracht werden. Es müssen Vergleichszahlen auf den Tisch und neue Finanzierungsquellen erschlossen werden.

Gruppen und Gruppierungen, die sich parlamentarisch nicht vertreten fühlen, suchen und brauchen Ansprechpartner. Liberale müssen, wenn nötig, ein Anliegen auch einmal advokatorisch in die zuständigen Gremien einbringen.

Der allerorten betriebene Personalabbau muß Hand in Hand gehen mit einer kostenneutralen Erweiterung des Arbeitsplatzangebotes (z.B. durch vermehrte Teilzeitarbeitsmöglichkeiten).

Das ökologische Aktionsprogramm der F.D.P. beinhaltet eine Fülle von Möglichkeiten auf kommunaler Ebene, die sich in ein Sparkonzept einfügen lassen (z.B. Energiesparmaßnahmen an öffentlichen Gebäuden). Die Lektüre des Aktionsprogramms lohnt sich – der Hinweis soll an dieser Stelle genügen.

Die persönliche Glaubwürdigkeit nimmt in dem Maße ab, wie man sich an den auch auf kommunaler Ebene üblichen Kungeleien beteiligt. Die Offenlegung sämtlicher mit der Ratsarbeit verbundenen Finanzen, wie es z.B. die Bochumer F.D.P.-Ratsfraktion seit Jahren jährlich tut, ist unabdingbar.

Als vor drei Jahren bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen die F.D.P. fast überall verloren und aus vielen Räten rausflog, geschah dies vor allem überall dort, wo die F.D.P. sich unter Verzicht einer echten Opposition mit den Brotkrumen der Macht vom Tisch der jeweiligen Mehrheitspartei zufriedengab.

Die F.D.P. an der Macht partizipieren zu lassen, ist kein hinreichendes Wahlmotiv – nicht nur bei Kommunalwahlen.

Das Beispiel Schweden:

„Kommunalwahlrecht für Ausländer? - das ist doch selbstverständlich in einer Demokratie.“

Kommunalwahlrecht für Ausländer – in der Bundesrepublik seit mehr als einem Jahrzehnt zwar vielfach gefordert, doch mit zumeist juristischen Argumenten immer wieder verhindert. Doch zwei Länder im Norden Europas haben ihr Wahlrecht längst entsprechend verändert: In Dänemark und Schweden haben alle Ausländer nach drei Jahren festem Aufenthalt das aktive und passive Wahlrecht auf der kommunalen, in Schweden zusätzlich der regionalen Ebene. Welche Erfahrungen hat man nun in Skandinavien gesammelt? Die Redaktion der liberalen drucksachen nahm das Beispiel Schweden unter die Lupe.

Thord Palmlund, Leiter der zentralen schwedischen Einwanderbehörde in Norrköping, sieht die Reform auch heute, sieben Jahre nach der Parlamentsentscheidung als eine ganz selbstverständliche Konsequenz: „Wenn die Leute schon hier ins Land kommen, um bei uns zu arbeiten, dann muß man eben auch alles versuchen, um ihnen die gleichen Rechte zu geben – das ist doch ganz selbstverständlich in einer Demokratie.“

Einstimmig hat der schwedische Reichstag 1975 eine Wahlrechtsänderung verabschiedet, die seitdem allen Ausländern, die länger als drei Jahre im Lande leben, das aktive und passive Wahlrecht

für die 277 Gemeinde und 23 Regionalparlamente gibt. Alle drei Jahre finden diese Wahlen statt, traditionsgemäß am gleichen Tag der Reichstagswahlen, der einzigen Ebene, zu der in Schweden den Ausländern der Zugang noch verschlossen ist; fast jedenfalls – immerhin dürfen sie auch bei Volksabstimmungen mitentscheiden, beispielsweise bei dem Referendum über die Atomkraftnutzung.

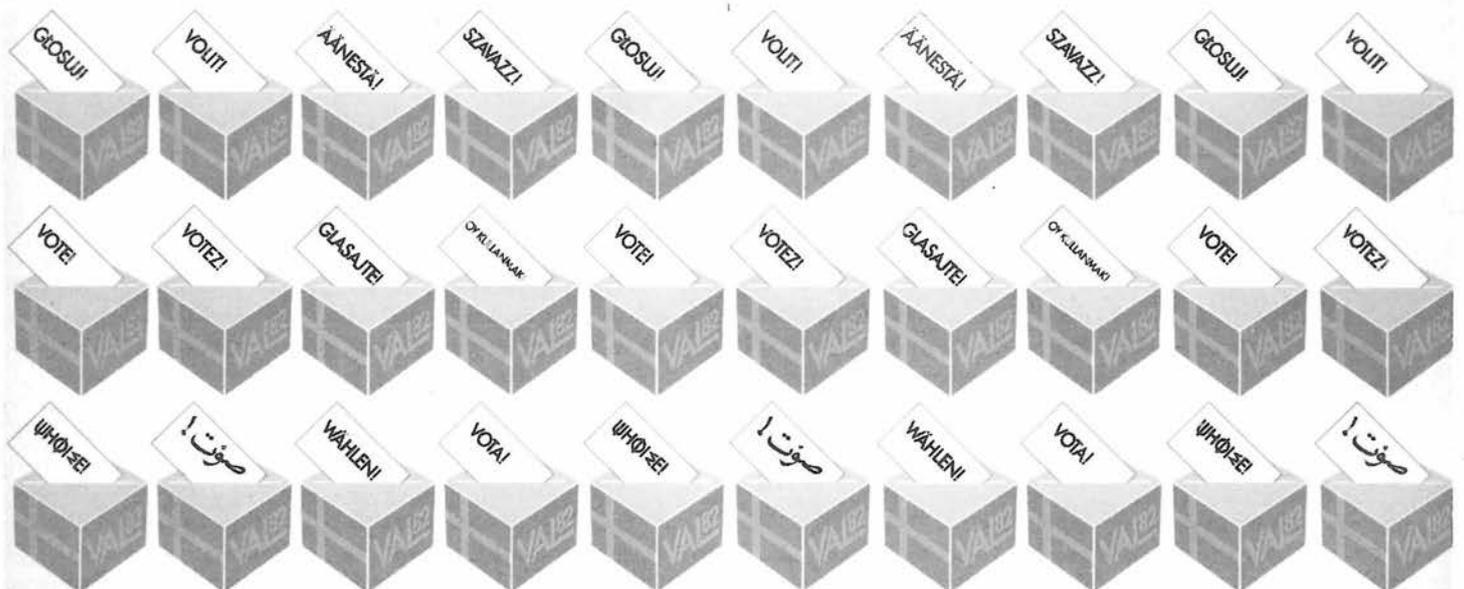
Zuletzt am 19. September konnten sich 220.000 in Schweden lebende Ausländer wieder an den Wahlen beteiligen, nach der Reform bereits zum drittenmal. Schweden hat landesweit einen Auslän-

deranteil von fünf Prozent, er liegt also nur unwesentlich niedriger als etwa hier in der Bundesrepublik. Und in den Industrieregionen von Stockholm und Göteborg ist auch dort jeder achte Arbeitnehmer ausländischer Nationalität.

Noch liegt der Anteil der Ausländer in den Parlamenten deutlich niedriger: Bei den jüngsten Wahlen im September wurden knapp 250 Ausländer gewählt, kaum mehr als 1,5 % aller Mandatsträger. Doch immerhin steigt ihr Anteil seit den ersten Wahlen vor sechs Jahren kontinuierlich.

Thomas Hammar, Experte für Fragen des Ausländerwahlrechts im Stockholmer Arbeitsministeriums, weist noch auf einen anderen Personenkreis hin, der seit der Einführung des Ausländerwahlrechts deutlich stärker wurde in den Parlamenten Schwedens: „Gerade bereits eingebürgerte Einwanderer, die bereits längere Zeit in Schweden leben, engagieren sich jetzt wesentlich stärker in den Parteien. Sie kennen die Probleme ihrer ehemaligen

Kommunal rösträtt för invandrare - en faktabakgrund



Informationsschriften in vierzig Sprachen helfen den Ausländern in Schweden, ihr Wahlrecht wahrzunehmen

Landsleute ebenso gut wie die schwedische innenpolitische Diskussion."

In Schweden existieren wesentlich unkompliziertere Einbürgerungsbestimmungen als in der Bundesrepublik. Entsprechend mehr Ausländer nehmen jährlich die schwedische Staatsangehörigkeit an. Dennoch käme kein Politiker auf den Gedanken, unter Hinweis auf die Alternative der Einbürgerung den Ausländern das Wahlrecht zu verwehren. Ausländer können in Schweden generell nach fünf Jahren einen Antrag auf Einbürgerung stellen, Bürger anderer skandinavischer Länder sogar bereits nach zwei Jahren —

und dann *muß* die Einwandererbehörde zustimmen. Umfangreiche Voraussetzungen oder gar noch ein Ermessensspielraum für den zuständigen Beamten sind in Schweden völlig unbekannt.

Und noch eine typisch bundesdeutsche Befürchtung findet in Schweden keine Bestätigung: Überhaupt nur in zwei Gemeinden gab es den örtlichen Versuch eigener Ausländerparteien, sie errangen jedoch keinen einzigen Sitz. Politisch engagierte Ausländer gehen in Schweden ausnahmslos in die fünf großen schwedischen Parteien.



Ausländische Arbeitnehmer: "Wenn sie schon kommen, um bei uns zu arbeiten, muß man auch alles versuchen, um ihnen die gleichen Rechte zu geben"

Lennart Rhodin ist Mitglied der schwedischen Liberalen und war Ende der siebziger Jahre Vorsitzender der EFLRY, des Dachverbandes der liberalen und radikalen Jugendverbände Europas. Er kennt die ausländerpolitische Diskussion sowohl in Schweden als auch in der Bundesrepublik. Vor einigen Jahren war Rhodin an der Botschaft seines Landes in Bonn tätig, heute arbeitet er in der zentralen schwedischen Einwandererbehörde in Norrköping. Die Redaktion der liberalen drucksachen befragte Lennart Rhodin nach seinen Erfahrungen mit dem Ausländerwahlrecht.

liberale drucksachen: Die Diskussion um das Ausländerwahlrecht verläuft in der Bundesrepublik sehr oft sehr fachjuristisch. Man operiert gerne mit verfassungsrechtlichen Argumenten, weil man so ganz offen nicht sagen möchte, daß man auch politisch eine solche Reform nicht will.

Lennart Rhodin: Bei uns in Schweden wollte man eine solche Reform und entsprechend gab es eine ausschließlich politische Diskussion. Man wollte einer-

seits ein Instrument zur Verbesserung der Integration schaffen; aber gleichzeitig wollte man auch eine Möglichkeit finden, um den Einwanderern, die hier leben, arbeiten und ihre Steuern zahlen, auch einen wirklichen Einfluß auf ihr Alltagsleben zu geben.



Lennart Rhodin

liberale drucksachen: Nahezu unvorstellbar für bundesdeutsche Verhältnisse: Dieses Reformgesetz wurde 1975 einstimmig vom schwedischen Reichstag verabschiedet, also auch mit allen Stimmen der Konservativen.

Lennart Rhodin: Es war eigentlich immer schon das Ziel hier in Schweden, Fragen der Einwandererpolitik überparteilich zu behandeln. Bisher gehen die Parteien fast immer noch geschlossen gegen irgendwelche fremdenfeindliche Meinungen vor.

liberale drucksachen: Inwieweit kann denn gerade die Stärkung der politischen Rechte auch eine Polarisierung zwischen Einheimischen und Einwanderern verhindern?

Lennart Rhodin: Also wenn ich meine Erfahrungen aus der Bundesrepublik mit denen hier in Schweden vergleiche, dann meine ich schon, daß ich hier beobachten kann, wie die Stärkung der politischen und sozialen Stellung der Einwanderer gerade auch der Gefahr eines Fremdenhasses entgegenwirkt. Alle Politiker haben sich natürlich verstärkt für Einwandererfragen interessiert, als diese Gruppe plötzlich als Wähler auftrat. Aber andererseits hat das Kommunalwahlrecht auch das Interesse der Einwanderer an unserem politischen System verstärkt — und auch das finde ich ganz wichtig.

TABAK für Pfeife und Zigarette

Wir liefern: praktisch alle Pfeifentabake sowie spezielle Angebote nur für unsere Versandkunden. Z.B.:

Pfeifentabak

"HOLLAND BLEND"

mild, aromatisch, duftend

250 g. NUR DM 13,50 DM

500 g. NUR DM 22,- DM

Solange der Vorrat reicht!

Und auf Dauer:

"Echte Hollandse Sigaretten-
tabak", Halfzwaar, American,
oder Lichte

250 g. NUR DM 14.90

500 Zigarettenhülsen

NUR DM 9,50

TABAKVERSAND HILLE
4459 Getelo 124

Bestellungen bis 50,-DM DM 2,50
Versandkostenanteil, über 50,-
frei.

Lieferung gegen V-Scheck oder
per Nachnahm (plus Gebühr).

Nekrolog auf ein historisches Bündnis- Zur Sozialpolitik der sozialliberalen Koalition

Einbetonierte Positionen

In den FRANKFURTER HEFTEN vom September 1982 findet sich ein Aufsatz von Thomas Ebert, betitelt "Nekrolog auf ein historisches Bündnis – Zur Sozialpolitik der sozialliberalen Koalition". Was laut Überschrift vordergründig einen Abgesang auf eine 13-jährige Ära vermuten läßt, wird bei genauerem Hinterschauen zu einem Aufruf für einen Neuanfang.

Ebert geht illusionslos von den Fakten aus. Die sozialliberale Koalition "hat sich nicht zuletzt daran zerrieben, daß Sozialdemokraten und Liberale in der Sozial- und Gesellschaftspolitik keine wirklich konstruktiven Kompromisse finden konnten. Chancen dazu hätte es durchaus gegeben. Aber sie wurden nicht genutzt, weil beide Seiten, insbesondere die unmittelbar beteiligten Fachpolitiker, sich rein taktisch-tagespolitisch orientierten, zu unbeweglich waren und an traditionellen Einstellungen festhielten.

Das innere Scheitern der Koalition belegt nachträglich, wie falsch es gewesen ist, sich immer nur von Fall zu Fall zusammenzuraufen und über diesen und jenen Gesetzparagraphen zu verständigen. Es war verhängnisvoll, die Koalition – jedenfalls in der Sozialpolitik – immer nur taktisch, nie strategisch zu sehen. So unterblieb der notwendige Dialog im Grundsätzlichen, durch den beide voneinander hätten lernen können und der die Kultur-

schränken zwischen beiden Parteien – auf der einen Seite die Vorstellungswelt der Facharbeiterschaft, auf der anderen die Mentalität des Mittelstandes – hätte durchlässiger machen können. Infolgedessen konnte jeder die Position des jeweils anderen letztlich nie als positiv zu verarbeitende Herausforderung begreifen, sondern immer nur als Zumutung, der es zu wehren galt.

Das hatte für beide Parteien schädliche Folgen. In der FDP verkümmerte das Element des sozialen Liberalismus. Es gelang nicht, die progressiv-liberale Konzeption einer Sozialpolitik zu entwickeln. Die in den "Freiburger Thesen" von 1971 sichtbaren Ansätze versandeten. Das war nicht nur eigenes Unvermögen, sondern lag auch an den Sozialdemokraten. Gerade das spezifisch Linksliberale, oder

Unfähig, auf die Krise des Sozialstaates angemessen zu reagieren

besser gesagt, was sich an linksliberalen Impulsen hätte entwickeln können – die Auflockerung erstarrter Machtkartelle und verfestigter Organisationen auf jeder gesellschaftlichen Ebene –, blieb in der Sozialpolitik der SPD ohne Resonanz. Sich selbst überlassen, wandte sich die FDP-Sozialpolitik in konservative Richtung und nahm bisweilen ausgesprochen illiberale Züge an. Statt Bewegung in die weitgehend erstarrte Welt der sozialpolitischen Institutionen zu bringen, wurde sie zum zähesten strukturkonservierenden Element der deutschen Sozialpolitik.

Die SPD-Sozialpolitik wurde ihrerseits durch die Haltung der FDP dazu verleitet, sich immer fester in ihren traditionellen Positionen einzubetonieren. Veränderungen der ökonomischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Sozialpolitik verdrängten sie nach Möglichkeit aus ihrem Bewußtsein. Damit machten sie sich selbst unfähig, auf die später hereinbrechende Krise des Sozialstaates angemessen und realistisch zu reagieren, – so sehr, daß sie schließlich von einem maßgeblichen Teil ihrer eigenen Genossen, nämlich den Wirtschafts- und Finanzpolitikern einschließlich des Bun-

deskanzlers, im Stich gelassen wurden."

Ebert skizziert die beiden Orthodoxien, auf denen die Partner verharren, statt miteinander darüber zu reden: Die SPD-Sozialpolitik war immer vom Ideal der Vollversorgung bestimmt, von der Idee der Kollektivsicherung, während die F.D.P. ihr "heimliches Ideal der Gesellschaft ökonomisch selbständiger Existenzen" als altliberalen Ballast mit sich schleppte. Die Liberalen verstanden es nicht, "die Idee der persönlichen Selbstverantwortung aus ihrer Interessensgebundenheit herauszulösen und in ein sozialpolitisches Konzept einzubringen, das dem Gesichtspunkt der Solidarität ebenfalls Rechnung getragen und vor allem

Kompromiß wäre möglich gewesen

keine verteilungspolitische Schlagseite gehabt hätte."

Ein Konsens, quasi ein "strategischer Kompromiß", wäre durchaus möglich gewesen.

"Ausgehend von der Erkenntnis, daß sowohl kollektive soziale Sicherung als auch Selbstverantwortung notwendig sind, hätte man versuchen müssen, kollektiv gesicherte und privat zu tragende Lebensrisiken grundsätzlich und systematisch voneinander abzugrenzen und bei dieser Grenzziehung für Rechtsgleichheit zwischen den verschiedenen Berufsgruppen zu sorgen."

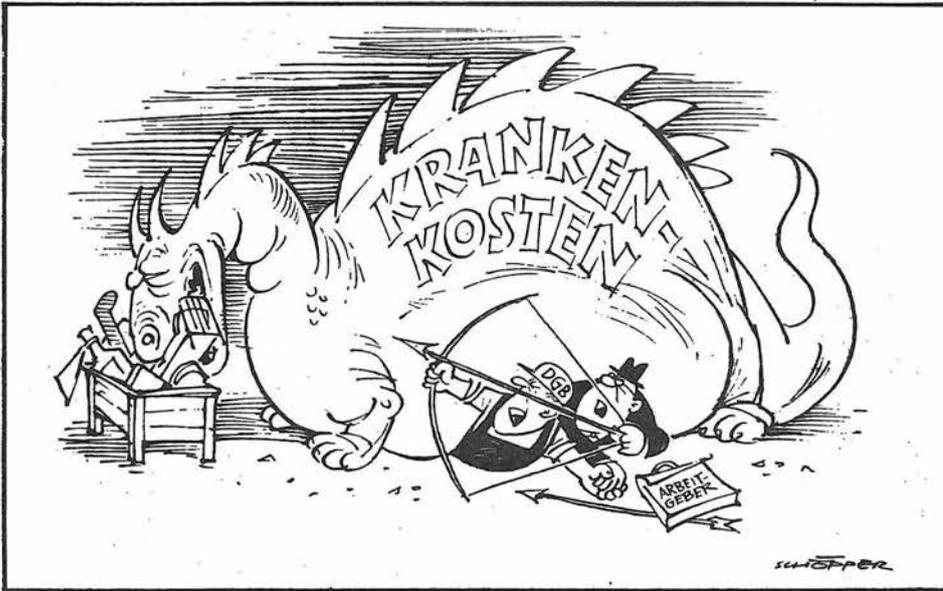
Daß dieser Kompromiß letztlich nicht zustande kam, lag nicht erst an den Schwierigkeiten der späten 70er Jahre: "Das historisch gewachsene soziale Sicherungssystem, das die Koalition 1969 vorfand, entsprach offenkundig weder sozialdemokratischen Vorstellungen von Solidarität und Gerechtigkeit noch liberalen Anforderungen an Leistungswettbewerb und individuelle Gestaltungsmöglichkeit. Es hätte also Übereinstimmung geben können, daß es sich um ein vordemokratisches, ständestaatliches Sozialsystem handelte, das nicht mehr in eine demokratische Gesellschaft paßte und einer Reform an Haupt und Gliedern bedurfte. Demnach hätte man einen Kompromiß finden müssen, der - unter Überwindung herkömmlicher Strukturen - Solidarität und Individualität in sinnvoller Abgrenzung und Funktionsteilung im sozialen Sicherungssystem hätte koexistieren und sich gegenseitig ergänzen lassen. Dazu hätte man die Sphäre der Solidarität klar bestimmen und innerhalb des so abgesteckten Rahmens das Solidaritätsprinzip dann auch konsequent durchführen müssen; gleichfalls wären die Grenzen desjenigen Bereichs, in dem individuelle Vielfalt sich entwickeln soll, zu bestimmen gewesen, und zwar so, daß persönliche Wahlfreiheit nicht das Privileg bestimmter Gruppen, sondern Chan-

Liberaler für Frieden und Abrüstung

Kongreß 4. Sept. '82 · Frankfurt
Fachhochschule Nordwestzentrum
Liberales Bildungswerk Hessen

Für alle friedliebenden Liberalen!

Die Broschüre des Kongresses "Liberaler für Frieden und Abrüstung" gibt es noch in wenigen Exemplaren. Wer also ca. 80 Seiten mit Beiträgen von William Borm, Alfred Mechterheimer, Gerhard Kade u.a., die Protokolle der Arbeitskreise und viele wertvolle Anregungen für die Friedensarbeit vor Ort nachlesen möchte, kann sie für 10,- DM plus Porto beim LBW Hessen e.V., Textorstr. 24, 6000 Frankfurt 70 bestellen.



ce für jedermann hätte sein können.

Statt sich dieser historischen Herausforderung zu stellen, scheuten beide Partner vor dem Risiko einer großen Reform zurück. Sie verlegten sich lieber darauf, die Besitzstände der ihnen jeweils nahestehenden Bevölkerungsgruppen bei sich bietender Gelegenheit zu erweitern, unter allen Umständen aber zu verteidigen. Selbstverständlich erreichte so weder die FDP die von ihr gewünschte Flexibilität und Intensivierung des Wettbewerbs noch die SPD die erstrebte Solidarität und Gerechtigkeit."

Am Ende beschreibt Ebert noch einmal ein Sündenregister der Versäumnisse und Engstirnigkeiten, weist aber gleichzeitig darauf hin, wie es bei einem Neuanfang besser gemacht werden kann. Konkrete Utopie?

"Auf liberaler Seite liegt das Hauptversäumnis darin, den eigenen Ansatz des sozialen Liberalismus nicht ernst genug genommen, nicht tiefer durchdacht und

Potentielle Verbündete nicht erkannt

weiterentwickelt zu haben. Die FDP konnte nicht wirklich akzeptieren, daß die von ihr angestrebte Gesellschaft selbständiger bürgerlicher Existenzen im Zeitalter von Exxon und ITT nicht allein auf dem Fundament von Besitz und Bildung ruhen kann, sondern auch das Resultat sozialstaatlicher Vorkehrungen und kollektiver Solidarität sein muß. Ihr Elan, überall "alte Zöpfe abzuschneiden", für Flexibilität, Chancengleichheit, freie Entfaltung und faire Konkurrenz zu sorgen, reichte – jedenfalls in der Soziapolitik – nicht weit und endete schließlich in kapital- und mittelstandsorientierter Interessenpolitik.

Die Sozialdemokraten konnten ihre traditionelle sozialpolitische Vorstellungswelt nicht sprengen und die Alternative

von individueller Entfremdung und kollektiv organisierter Geborgenheit gedanklich nicht hinter sich lassen; sie fragten sich auch nicht, ob sich die Arbeitnehmer schon längst heimlich auf den Weg zum "Wirtschaftsbürger" gemacht hätten. Individualität, persönliche Gestaltungsfreiheit, Selbstverantwortung und Selbsthilfe konnten sie immer nur als Gegensatz zu Solidarität empfinden, nicht als etwas Positives, das sich im Schutze und auf der Basis von Solidarität entwickeln darf und soll und deshalb seinen Platz in der Arbeitswelt und in der sozialen Sicherung haben muß. Deshalb konnten sie weder den Gedanken der Mitbestimmung am Arbeitsplatz produktiv aufgreifen, noch waren sie in der Lage, die Krise der sozialen Sicherungssysteme zu meistern.

Falsch wäre es allerdings, den Sozialdemokraten den Vorwurf zu machen, sie hätten aus bloßer Borniertheit die bereits offen ausgestreckte Hand des sozialen Liberalismus ausgeschlagen. Tatsache ist vielmehr, daß die Ansätze des sozialen Liberalismus bereits innerhalb der FDP selbst steckengeblieben sind.

Tatsache ist aber auch, daß die Sozialdemokraten gerade dem Linkliberalismus niemals die Hand gereicht haben. Sie haben ihre potentiellen Verbündeten nicht erkannt, nicht gefördert, sondern meist nur abgewehrt. Aus Eigeninteresse hätten die Sozialdemokraten das zarte Pflänzchen des Linkliberalismus gießen müssen. Stattdessen machten sie sich überhaupt keine weiteren Gedanken über die FDP. Zudem kam die SPD in der Alltagspraxis mit dem konservativen Flügel der FDP besser zurecht als mit dem linken. Da wußte man, woran man war und hatte einen klar kalkulierbaren Widerpart; man brauchte eigene Vorstellungen nicht zu überprüfen. Linke FDP-Positionen waren viel unbequemer, weil sie auf uneingestandene eigene Versäumnisse hinwiesen."

Dr. Friedrich Henning* zu „Machtwechsel“ von Arnulf Baring

Häufig werden jetzt Vergleiche zwischen der Entwicklung zur sozialliberalen Regierungsbildung von 1969 und der heute von Genscher und Lambsdorff betriebenen Zerstörung dieser Koalition mit einer CDU-F.D.P.-Regierung angestellt.

Natürlich hinken alle solche Vergleiche, schon weil 1969 die politischen Impulse und geistigen Beweggründe für eine sozialliberale Koalition ganz anderer Art waren als bei der jetzigen Rückwärtsentwicklung. Aber das Interesse an der genaueren Kenntnis der Einzelheiten der sozialliberalen Koalitionsbegründung und Entwicklung von 1969 – 1974 ist durch den heutigen Trend eher gestiegen als gemindert.

So besitzt denn die Lektüre des Buches, das der Berliner Politologe Arnulf Baring im Auftrage von Scheel über die Entstehung und Anfangsentwicklung der sozialliberalen Koalition geschrieben, und im Frühjahr 1982 unter dem Titel "Machtwechsel" vorgelegt hat, heute mehr denn je eine brennende Aktualität.

Man greift mit großem Interesse zu diesem Buch, erhofft sich Aufschlüsse über zentrale Fragen der jüngsten Vergangenheit und ist insgesamt von der inhaltlichen Reichhaltigkeit dieser voluminösen, sehr flüssig geschriebenen Publikation angetan. Aber auf der anderen Seite ist man gerade als Liberaler von der Baring-Lektüre am Ende sehr enttäuscht. Man wird mit Bedauern gewahrt, daß Baring an einigen doch zentral wichtigen Teilaspekten der liberalen Parteiseite allzu achtlos vorbeigeht. So sind z.B. weder der doch für die Koalitionsbildung entscheidende Prozeß des Führungswechsels von Mende auf Scheel 1967/68, noch die wesentlichen Anteile der Jungdemokraten, des LSD und der Friedrich-Naumann-Stiftung an der sozialliberalen Neuorientierung der FDP irgendwie dargestellt.

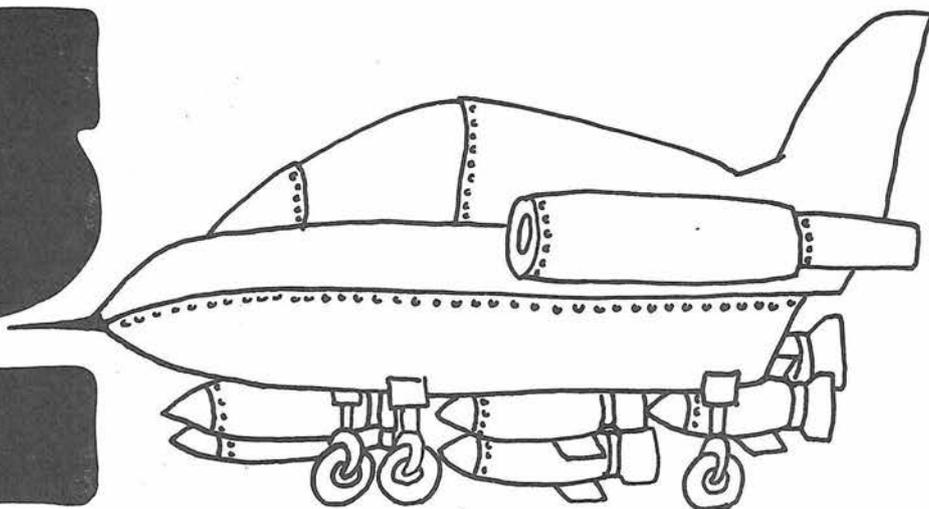
Auch die sehr wesentliche programmatische Entwicklung in der FDP zu den Freiburger Thesen von 1971 ist bei Baring weitgehend mit Schweigen übergangen.

Dabei ist heute mehr denn je klar, wie entscheidend gerade diese programmatische Entwicklung in der FDP für die sozialliberale Profilierung der Partei war und ist.

Alles in allem kann man das Buch von Baring, das obendrein reichlich unsolide und ohne Quellenbelege gearbeitet ist, nur als ersten interessanten Beitrag zur Geschichte der Regierungszeit Brandt/Scheel ansehen, keinesfalls als eine endgültige Darstellung dieser Epoche.

Dr. Henning ist Leiter des politischen Archivs der Friedrich-Naumann-Stiftung.

VORWÄRTS



Es unterliegt keinem Zweifel, daß unerhörte Neuforderungen des Militäretats für die nächste Session zu erwarten sind. Trotz dieser Last, die uns zu Boden drückt, herrscht der Militarismus mehr und immer mehr, und die bürgerlichen Parteien des Reichstages werden ja und amen dazu sagen. (Vorwärts, 13. 4. 1892)

Arbeiter Berlins! Protestiert in Massen gegen den Rüstungswahnwitz!
(Schlagzeile des Vorwärts am 25. 4. 1912)

Umstritten ist der **Vorwärts**, solange es ihn gibt. Seit 1876. Bismarck ließ ihn verbieten. Im Dritten Reich durfte er nicht erscheinen. Aber in der Emigration lebte er weiter.

Der **Vorwärts** lebt immer noch. Ganz schön munter. Unbequem. Gegen den Zeitgeist. Als Wochenzeitung für die soziale Demokratie. Manche Zeitung nennt sich stolz „unabhängig“. Die **Vorwärts**-Redakteure sind es. Das sichert ihnen ein Redaktionsstatut, wie es viele Kollegen bei den „Unabhängigen“ gerne hätten. Da sind sie den anderen weit voraus.

Ansonsten lassen sie sich gerne als Ewiggestrige beschimpfen. Inhaltliche Grundlinie des **Vorwärts** ist das Godesberger Programm. **Vorwärts**-Redakteure nehmen das ernst. Und wirken störend im Blätterwald. Und in der politischen Auseinandersetzung. Denn die „große geistige Strömung“ zielt in eine andere Richtung. Die Rezepte der „Wende“ sind verräterisch.

Deshalb ist der **Vorwärts** gern von gestern. Zum Beispiel, wenn es um die Rüstung geht. Da ist er **contra**. Wie vor 90 Jahren, wie vor 70 Jahren. Wenns's sein muß auch unbelehrbar. Und störend.

Der Schein zum Kennenlernen und Bestellen:

Ja, schicken Sie mir zunächst 3 Wochen lang den **Vorwärts**. Kostenlos. Unverbindlich. **Als Geschenk, das ich auf jeden Fall behalten darf, bekomme ich von Ihnen die Rarität: Den ersten Vorwärts von 1876.** Wenn ich den **Vorwärts** nicht regelmäßig beziehen möchte, werde ich dies dem **Vorwärts**-Verlag spätestens 14 Tage nach Beginn der Probelieferung mitteilen. Damit ist das Abonnement widerrufen und die Sache für mich ganz erledigt.

Datum/Unterschrift _____
Wenn Sie nichts von mir hören oder lesen, bekomme ich den **Vorwärts** weiter. Woche für Woche. Für mindestens ein Jahr. Das kostet im Monat 8,50 Mark (für Schüler und Studenten 5,95 Mark).

Datum/Unterschrift _____
Name _____
Anschrift _____

Und da haben wir noch ein tolles Angebot: Den großen Band mit der Geschichte des **Vorwärts**. Zum 100. Jubiläum des **Vorwärts** erschienen. 203 Seiten Faksimiles aus 10 Jahrzehnten. Leinen im Schuber. Großformat 49x21 cm. Für nur 48 Mark.

Machen Sie hier ein Kreuz, wenn Sie bestellen.

Gleich absenden an:
Vorwärts, Godesberger Allee 108-112, 5300 Bonn 2

L1 00 82



*Gegen den
Zeitgeist
Jeden
Donnerstag
Seit
106 Jahren*



Liberales Herbstfest Von Zombies bedrängt

„Mit dem Gehabe, der normalen Parteien ist die F.D.P. einfach überflüssig, das machen die anderen viel besser ich würde mich freuen, wenn die F.D.P. wieder eine Alternativbewegung werden würde – in Form einer Partei.“ Damit traf der ehemalige Bundesinnenminister Gerhart Baum genau die Stimmung der über 300 Gäste, die anlässlich des dreijährigen Bestehens des Kölner Liberalen Zentrums in den Rodenkirchener Künstlertreff „Wachsfabrik“ gekommen waren. Der Club, der sein ständiges Zuhause in der Roonstr. 69 in der Kölner Innenstadt hat, bot seinen Besuchern wieder ein bunt gemischtes, aber keinesfalls schillerndes Programm. Im politischen Mittelpunkt dieses „Herbstfestes“ stand eine Gesprächsrunde, die unter Leitung des Kölner Rundfunkjournalisten Wolfgang Koczian die Situation der politischen Kultur der Republik beleuchten wollte. Die Teilnehmer, neben Baum der frühere Manager und jetzige „Aussteiger“ und Schriftsteller Hans A. Pestalozzi (Nach uns die Zukunft) aus der Schweiz und der Osnabrücker Kulturdezernent Siegfried Hummel streiften dieses Thema jedoch nur am Rande: die jüngsten Ereignisse in Bonn setzten einen Tag nach dem erfolgten Mißtrauensvotum neue Schwerpunkte. Wiederholt hob Baum seine ablehnende Haltung gegenüber der sogenannten „neuen Mehrheit“ hervor. „Es war ein unverzeihlicher Fehler, sich über den Wählerwillen hinwegzusetzen.“ Um Glaubwürdigkeit und Vertrauen wiederherzustellen, sollten diejenigen, die die jetzige politische Situation zu verantworten hätten, „ins zweite Glied“ zurückgedrängt werden.

Siegfried Hummel sah sich gar von Karteileichen, „nur mühsam geschminkten Zombies“ öffentlich zum Parteiaustritt aufgefordert. Und in Bezug auf das Gesprächsthema definierte Hummel politische Kultur wie folgt: „Es gehört zur politischen Kultur einer Republik, daß sich die Wähler den durch Wortbruch herbeigeführten Wechsel in Bonn nicht gefallen lassen.“

Einig waren sich alle Diskussionsteil-

nehmer dennoch darüber, daß das demokratische Bewußtsein der Bürger durch die Umweltschutz- und Friedensbewegung in den letzten Jahren gewachsen und die traditionellen Parteistrukturen in der Bundesrepublik ins Wanken gekommen sind. Pestalozzi: „Alle gesellschaftlichen Probleme haben sich in den letzten Jahren verschärft. Nichts ist gelöst worden. Wir müssen versuchen, neue Strukturen von unten nach oben zu entwickeln.“ Auch Baum räumte ein, daß man sich verstärkt für positive Experimente der Alternativ- und Basisbewegungen sowie den Ideen der Friedensbewegung öffnen müsse, doch „sind derartige alternative Vorstellungen nicht an der gegenwärtigen Politik vorbei zu verwirklichen. Wir müssen das neu entstandene Lebensgefühl aufnehmen und versuchen, politisch umzusetzen. Ein Protest gegen die Startbahn West allein nützt doch nichts. Es kommt darauf an, daß sie nicht gebaut wird.“ Pestalozzi fragte abschließend, wo denn eigentlich demokratische Verhältnisse herrschen würden, wenn sich der Demokratiebegriff auf die Wahl zwischen einigen Damen und Herren beschränke. „Und wenn ich



LZ - Herbstfest in der Kölner Wachsfabrik: Karl Heinz Hense spielte zur Gitarre das Lied vom 'Genscher-Putsch'. Gerhart R. Baum, hier am Tisch mit Hans A. Pestalozzi, Wolfgang Koczian und Siegfried Hummel (v.r.n.l.) erklärte: *„Ich finde es traurig, daß die F.D.P. so pragmatisch ist. Wir proklamieren den Staatsnotstand, weil der Haushalt nicht ausgeglichen ist und gehen dabei unter. Dabei hat Politik etwas mit Hoffnung, Perspektiven und Utopien zu tun. Wir müssen uns dem stellen. Die Zeit ist verdammt kurz. Wenn wir das nicht schaffen, ist der organisierte Liberalismus zum Teufel, und viele werden dies angesichts des Bildes des organisierten Liberalismus auch gar nicht bedauern. Ich werde mich darum bemühen, daß es so nicht kommt, aber ich kann es wahrscheinlich nicht aufhalten.“*

schließlich nur zwischen Pest und Cholera wählen kann, bleib ich lieber gesund und geh' gar nicht wählen.“

Musikalisch eingerahmt wurde die Diskussion von Liedern des Kölner Liedermachers Karl-Heinz Hense, die noch unter dem Eindruck der „Wende“ geschrieben wurden. So dokumentiert „Sprachlos“, wie ein Liberaler den „Genscher-Putsch“ vom 17.9.1982 erlebt und verarbeitet hat:

„Wortlos durch die Nacht,
sprachlos durch den Tag,
und jeder, der sich räuspert,
wird stillgemacht.“

Sprechen strengt an,
Sprache verrät
und deshalb besser schweigen –
wir starr'n uns an.

Meinst Du denn, dies alles
wä' so weit von uns entfernt? –
Schau' Dich um,
dann begreifst Du, wie man's lernt!
Wenn Du Mut hast, laut zu schreien,
dann schrei's doch in die Nacht
und bedenke: wenn Du's tust,
wirst Du ausgelacht.“

Das kulturelle Programm des Herbstfestes bot dann noch einige Höhepunkte, wobei die neuen Lieder des bisher ganz auf die Interpretation des österreichischen schwarzen Humors eingestellten Konrad Beikircher das Publikum zu Begeisterungstürmen hinriß. Den Freunden des Kabarets wurde von der Frauengruppe „Mamma Grappa“ noch „Eingemachtes“ vorgesetzt. Für einen Kehraus sorgte dann am Abend die Bonner Jazz Band Semmels' Hot Shots, die für die Freunde des Hot Jazz und Swing zum Tanz aufspielte. Alles in allem ein gelungener Versuch politische Kultur zu praktizieren.

Vorgestellt:

LIBERALES ZENTRUM Bonn e.V.

Im Oktober 1981 stellte sich das LIBERALE ZENTRUM BONN e.V. erstmalig der Bonner Öffentlichkeit mit einer Podiumsdiskussion in der UNI vor. Zum Thema "Demokratie in Schutzhaft - Brauchen wir mehr Staatsgewalt oder sollten/könnten wir mehr Demokratie wagen?" diskutierten der damalige Innenminister Gerhart R. Baum, BBU-Vorsitzender Jo Leinen, Staatsrechtler Prof. Dr. Küchenhoff und Ludger Deelmann, Vorsitzender der Jungen Gruppe der Polizei.

Im Mai 1982 konnte dann mit einer Eröffnungsfete auch das "Clublokal" in der Reuterstrasse 185 - einem ehemaligen Tante-Emma-Laden - eröffnet werden. Zur Finanzierung der Renovierungskosten waren Bausteine verkauft worden. Der Löwenanteil der Instandsetzungsarbeiten wurde in Eigenregie geleistet. Ohne die Vor- und Mitarbeit der Bonner Jungdemokraten hätten weder die organisatorischen noch die inhaltlichen Voraussetzungen für den Beginn der LZ-Arbeit geschaffen werden können.

Das LIBERALE ZENTRUM BONN e.V. - ein als gemeinnützig anerkannter eingetragener Verein - will nach dem Vorbild anderer Liberaler Zentren (wie z.B. Köln, Freiburg etc.) eine Diskussions- und Begegnungsstätte bieten, die "eine Brückenfunktion zwischen den Generationen und verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen wahrnimmt", wie es in den Zielen des LIBERALEN ZENTRUMS heißt. Dabei soll das LZ keineswegs zu einem abgehobenen, exklusiven Club werden. Vielmehr wird besonderer Wert darauf gelegt, die jüngeren und älteren Bürger anzusprechen, die die Nase voll haben von der etablierten - vor allem auch liberalen - Politik. Ihren Ideen und Vorstellungen soll das LZ ein Forum bieten. Mit "Prominenten" aus Politik, Kunst und Kultur wird im LZ Bonn vor allem das persönliche Gespräch und die für alle Beteiligten wirklich offene Diskussion gesucht.

Die Programmarbeit des LZ Bonn wird für etwa jeweils 6 - 8 Wochen unter einen bestimmten thematischen Schwerpunkt gesetzt. Im Rahmen des thematischen Schwerpunktes "Flüchten oder standhalten - aussteigen oder rebellieren?" z.B. begründete der ehemalige Panzergeneral Gert Bastian in sehr engagierter Weise, warum er bei der Bundeswehr aus und in die Friedensbewegung eingestiegen ist. Der damals (im Juni 1982) noch amtie-

rende F.D.P.-"General" Günter Verheugen wurde mit der Frage: "Staatsverdrossenheit - Parteienverdrossenheit -/ Woher kommt das, wohin kann (uns) das führen?" konfrontiert.

Die Fußballweltmeisterschaftsspiele im Juni/Juli 1982 nahm das LZ Bonn zum Anlaß einer Veranstaltungsreihe zum The-

zur inhaltlichen Vertiefung des laufenden Programms hat das LZ Bonn (auf der Basis einer FNS-"Ausstellung" zu "Global 2000") eine eigene Ausstellung mit umfangreichem Bild-, Karten-, Quellen- und Tabellenmaterial zusammengestellt. Im Unterschied zu "Global 2000" bzw. als eine ideologiekritische Hinterfragung der Ergebnisse dieser Studie wird mit der Ausstellung des LZs der Versuch "die alarmierenden Fakten und Prognosen von Global 2000 auf ihre gesellschafts-, interessen- und machtpolitischen Bedingungen hin zu hinterfragen".

Aufgelockert wird das Programm diesmal erstmalig durch "Aktuelle Abende" (z.B. "Noch eine Chance für die Liberalen, mit William Borm", z.B. oder "Zur Lage und Zukunft des palästin-



LZ-Eröffnung in Bonn mit einem Tusch der Semmels Hot Shot

ma "Fußball, Folter, Menschenrechte" (zusammen mit dem Liberalen Bildungswerk) durchzuführen.

Zur Zeit steht das LZ-Programm unter dem inhaltlichen Schwerpunkt: "Kopf- und freidlos in die Katastrophe?". Obwohl dieses Thema sich auch auf die aktuelle Situation im liberalen Lager dieser Republik beziehen könnte, war es vom LZ Bonn anders gemeint: "Global 2000", seine Inhalte, Wirkungen, politischen Implikationen und seine Unzulänglichkeiten sollen unter den verschiedensten Fragestellungen vorgestellt und diskutiert werden. Helga Schuchardt wird sich an dieser Diskussion beteiligen, an einem anderen Abend wird es ein Sprecher der Grünen sein. Aktivisten von Greenpeace werden ihre Arbeit vorstellen u.v.m.

Zur optischen Unterstützung und auch

sichen Volkes, mit Abdallah Frangi") vor allem aber auch - wie schon immer - durch Kulturelle Abende (z.B. politisches Kabarett: "Sicherheitsrisiko") und Club- und Spieleabende (bei letzterem ist "Klassenkampf" der aktuelle Favorit).

Das LZ Bonn hat zur Zeit etwa 60 Mitglieder, davon sind gute 90 % (noch!) F.D.P.-Mitglieder. Aufgrund der aktuellen Entwicklung versteht sich das LZ Bonn vor allem auch als Kristallisations- und Koordinationspunkt für enttäuschte und aufmüpfige (Links-)Liberalen und in diesem Zusammenhang auch als mehr als nur "Clublokal" der "Liberalen Vereinigung Bonn".

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Ein Fehler in unserer Oktoberausgabe war sicherlich die Ankündigung unserer Absicht, auf dem Berliner FDP-Bundestag eine Stellwand mit den bei uns eingegangenen Protestresolutionen aus Parteigliederungen aufzubauen. Das Parteipräsidium zählte uns nicht zu dem erlesenen Kreis derer, die eine Standgenehmigung erhielten.

Da auch die Liberalen Zentren diesmal keinen Stand aufbauen dürfen, das Liberale Bildungswerk auch eine Absage erhielt, werden wir nun alle bei den Jungdemokraten etwas zusammenrücken müssen. Irgendwie hatten wir ja schließlich alle gehaut, wie eng es für uns auf dem Parteitag wird.

In der Oktoberausgabe sind uns noch mehr Fehler unterlaufen. In dem Artikel von Werner Lutz wurden auf der Seite 16 bei der oberen Grafik die Kurven der Bundesländer Niedersachsen und Schleswig Holstein vertauscht. Noch schlimmer mißlingen die Kurven in der unteren Grafik: Hier hätte Baden-Württemberg die Sternkurve und das Saarland die durchgezogene Kurve bedeuten müssen. Bei der Hessenkurve fehlte auch noch das Ergebnis von 1958: 9,5%. Wir hoffen, daß wir in Zukunft besser die Kurven kriegen.

Wenn man den Artikel jetzt aktualisiert, muß man Genscher vorhalten, er habe die FDP nicht nur aus fünf Landesparlamenten herausgebracht, sondern seit Bayern sogar aus sechs.

Auch zu einem der Autoren der letzten Ausgabe ist eine Aktualisierung notwendig. Egmont Koch ist jetzt nur noch Journalist und nicht mehr wie damals angegeben, FDP-Mitglied. Für die liberalen drucksachen wird er weiter schreiben.

Für diese Ausgabe haben wir uns um ein Interview mit Uwe Ronneburger bemüht. Er weigerte sich gegenüber unserer Redaktion konsequent, auf das Niveau seiner politischen Gegner herabzusteigen, um für Berlin Punkte zu sammeln, und seinen Mitbewerber um das Amt des Parteivorsitzenden schon vorab madig erscheinen zu lassen. An dem Tag hatten ihn gerade Hans A. Engelhard und Otto Graf Lambsdorff vor das Schienbein getreten. Wir haben Ronneburgers Ablehnung bedauert, aber als honorig akzeptiert. Hieran haben wir allerdings mittlerweile Zweifel bekommen, als wir seine Interviewfreigiebigkeit in den darauffolgenden Tagen erlebten. Hier hätte uns etwas mehr Offenheit gefallen. Zu linkslastig können wir ihm nicht gewesen sein. Sein nächstes Interview gab er der 'taz', die sich selbst als links und radikal bezeichnet. Einen Teil der Fragen und Antworten haben wir nachgedruckt.

Die auf Seite 9 dieser Ausgabe gemachte Aussage zu Kampfkandidaturen um den Vorsitz war nicht leicht zu klären. Mehr als 25 Jahre ist es her, daß es überhaupt zwei Kandidaten um den Vorsitz gab. Auf dem Parteitag in Würzburg 1956 kandidierte Max Becker gegen Thomas Dehler. Im Jahr 1951 trat in München ein Herr v. Rechenberg gegen Blücher an. Ernsthafte Kampfkandidaturen können dies nicht gewesen sein. Die Parteichroniken erwähnen sie jedenfalls nicht.

Redaktionsschluß der nächsten Ausgabe ist der 22. November. Auf den im Nachrichtenteil erwähnten Konferenzen werden wir jeweils mit einem Informationsstand vertreten sein. Dies soll auch für diejenigen unserer Leser, die etwas schreibfaul sind, eine Gelegenheit sein, mal vorbeizuschauen und uns ihre Meinung zu sagen.

In diesem Sinne
Ihre drucksachen-macher



IMPRESSUM

Herausgeber:
"drucksachen"-Verlagsgesellschaft mbH
(i.G.), Elbestr. 30, 4630 Bochum

Herausgeberbeirat:
William Borm, Hinrich Enderlein, Sibylle Engel, Friedrich Hölscher, Hanspeter Knirsch, Jürgen Koppelin, Wolfgang Lüder, Werner Lutz, Ingrid Matthäus-Maier, Christoph Strässer, Theo Schiller, Helga Schuchardt.

Redaktion:
Jürgen Bolz, Martin Budich, Wolfgang Froese (verantwortlich), Marianne Hochgeschurz, Michael Kleff, Dieter Noth, Michael Staack

Redaktionsanschrift:
Elbestr.30, 4630 Bochum,
Tel. (0234) 502197

Abo-Bedingungen:
Das Einzelheft kostet DM 3,50. Für ein Abonnement über 1/4-Jahr sind DM 10,50 zu zahlen, für 1/2-Jahr DM 21,- und für ein ganzes Jahr DM 42,-.

Abo-Bestellungen sind durch Überweisungen der entsprechenden Beträge auf das Postscheckkonto Volker Perthes, Nr.23934-431 beim Postscheckamt Essen unter dem Stichwort "liberale drucksachen" möglich.

In dem Preis ist die gesetzliche Mehrwertsteuer enthalten.

Druck und Titelsatz:
Druckerei Hartmann, Ahaus
Auflage:
6.000

Fotonachweis:
dpa, Kleff, Schmitt, Budich
Es gilt Anzeigenpreislise Nr.1/82.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Einsenden an: drucksachen-Verlags-GmbH (iG), Elbestr. 30, 463 Bochum

Ich möchte die liberalen drucksachen abonnieren.

Den Abo-Preis bezahle ich

vierteljährig

10,50

halbjährig

21,00

ganzjährig

42,00 DM

Das Geld habe ich bereits überwiesen

Ein Verrechnungsscheck liegt bei

Name.....

Anschrift.....

Ein feines Gespür für Redlichkeit



Lieselotte Funcke, stellv. FDP-Vorsitzende, wird häufig vergessen, wenn die Frauen in der FDP Spitze aufgezählt werden, die sich dem Genscher-Kurs widersetzen. In Nordrhein-Westfalen führte sie im Landesvorstand und auf dem Landeshauptauschuß ihrer Partei die Genscher-Kritiker an. Für den Fall der Wiederwahl Genschers will sie der Partei nicht mehr für Führungsfunktionen zur Verfügung stehen. Schon Wochen vor dem Kanzlersturz hatte sie Genscher gewarnt. Bereits am 4. September hatte sie Genscher geschrieben:

Lieber Hans-Dietrich,

ich habe in der Präsidiumssitzung vom letzten Montag nicht ohne Grund meine Sorge um die weitere Entwicklung in der F.D.P. sowie über die strategischen Ziele und taktischen Maßnahmen in ihrer gegenwärtigen Politik geäußert. Wenn Du auch in Deiner Presseerklärung den Hinweis auf Hessen bei dem Wort von dem Wechsel eingefügt hast, so hat doch inzwischen Graf Lambsdorff unüberhörbar die unmittelbare Folgewirkung von Hessen auf Bonn deutlich gemacht.

Du meinst zwar, daß ich in der Lagebeurteilung falsch liege. Es wäre gut, wenn es so wäre. Aber ich habe die Sorge, daß die Partei nicht intakt bleibt, wenn wir zwar auf die vermutete oder tatsächliche Wählermeinung setzen, aber das Selbstverständnis der Partei außer Acht lassen.

Unsere Wahlaussage 1980 war in der Koalitionsaussage eindeutig. Veränderte Verhältnisse kann man zwar als Begründung für den Bruch einer Koalition, nicht aber für einen fliegenden Wechsel geltend machen. Es gibt hinreichende Beispiele dafür, daß rationale Erwägungen und buchhalterische Rechnungen nicht ausreichen, unseren Mitgliedern und Wählern eine Änderung der Koalitionsentscheidung ohne Neuwahlen klarzu-

machen. Das Wort vom "Umfall" – ob berechtigt oder nicht – wird uns von den Anhängern und Publizisten der alten und neuen Koalition ohne Schonung angehängt werden.

Was ich besonders befürchte, ist die tiefe Unsicherheit und Enttäuschung aller derjenigen jüngeren Männer und Frauen, die nach 1968 in großer Zahl zu uns gestoßen sind. Sie suchten mehr als rationale Politik. Für sie war die F.D.P. – mit Karl-Hermann Flach – eine Partei der Erneuerung, der Sensibilität für neue Entwicklungen, für Sachtreue, für Zuverlässigkeit. Ich habe in jener Zeit viele, oft schwere und leidenschaftliche Gespräche mit jungen skeptischen Männern und Frauen geführt und weiß, was sie zur Mitarbeit in der F.D.P. bewogen hat. Unter ihnen ist die Verzweiflung und Resignation unsagbar groß. Sie wären vermutlich in ihrer Mehrheit bereit, zur Beendigung einer unhaltbar gewordenen Situation im Regierungslager ja zu sagen, nicht aber dazu, ohne Wählerbefragung in eine zuvor abgelehnte Koalition überzuwechseln. Der harte Kurs gegen einen Kanzler Strauß 1980 kann im Bewußtsein der Wähler und Mitglieder zwei Jahre später nicht einfach durch die Auswechslung der Führungsfigur als obsolet angesehen werden. Wähler und Mitglieder haben ein feineres Gedächtnis, als man es gern wahrhaben möchte.

Ich weiß, in welcher schwieriger Lage wir sind. Die Möglichkeit einer Großen Koalition könnte sich abzeichnen. Oder ein Patt bei Neuwahlen. Für die Liberalen dürfen nach meiner Einschätzung jedoch entscheidend die moralischen und nicht taktische Erwägungen sein.

In dieser Auffassung sehe ich mich von vielen Parteifreunden unaufgefordert bestätigt, mit denen ich in den letzten Tagen Gespräche führte. Ein fliegender Wechsel beschert uns einen Kanzler, der in seiner eigenen Partei umstritten ist, und eine wenig kalkulierbare Politik. Das wird zu Parteiausritten, Personaldiskussionen, Richtungskämpfen führen. Ich frage mich, ob es vertreten werden kann, daß im Präsidium diese Fragen ausgeklammert werden. Für mich wächst das Mißtrauen, daß gehandelt wird, ohne daß im engsten Führungsgremium der Partei mit offenen Karten gespielt wird. Das wird die Partei nicht verstehen und ertragen, und auch nicht der Wähler, der ein feines Gespür für Redlichkeit hat.

Deshalb bitte ich, im Führungsgremium der Partei eine offene Diskussion über die beabsichtigten Schritte herbeizuführen.

Mit freundlichen Grüßen

Lieselotte

personelles

Shooting-Star

Irmgard Adam Schwätzer, FDP-Vorsitzende im Lambsdorff-Bezirk Aachen, blieb bei den gemeinsamen Sitzungen von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion die einzige Frau, die treu zum Genscher-Kurs hielt. Da keine der übrigen Frauen bereit ist, unter Genscher für das Präsidium oder den Bundesvorstand zu kandidieren, dürfte sie zu den Shooting-Stars des Berliner FDP Parteitages gehören.

Daß sie, die für viele in ihrer Partei noch ein unbeschriebenes Blatt ist, bis zum Parteitag bekannt wird, daran besteht kein Zweifel. Als sie neu in den Bundestag einzog, hatte sie wie alle Neulinge einen der älteren Bundestagsabgeordneten zum Paten; ihre Wahl: Jürgen Möllemann.

Wackeln in Köln

Wolfgang Leirich, FDP Kreisvorsitzender in Köln und Wende-Fan, kam ins Wackeln. Als es auf dem Kölner Kreishauptauschuß mit 200 Besuchern, unter ihnen auch Ex-Innenminister Baum, hoch herging, die Mehrheiten etwa 50 : 50 standen, erklärte er zur Beschwichtigung, daß die Amtszeit Genschers ein Ende haben müsse. In einem Brief habe er Dahrendorf aufgefordert, sich für Führungsaufgaben zur Verfügung zu stellen.

Wenige Tage später war dann die Welt auch für die Kölner wieder in Ordnung. In der Lokalpresse konnten die etwas verwunderten Besucher des Hauptauschusses lesen, daß der Kreisverband Köln geschlossen hinter Genscher stehe.

Kümmernisse sortieren

Ralf Dahrendorf, in der Zeit des sozialliberalen Aufbruchs einer der strahlenden Kometen am blau-gelben F.D.P. - Himmel und mittlerweile auf dem entfernten Posten des Direktors der London School of Economics, mag vor dem Bundesparteitag keine 'richtungsweisenden Vorträge' über die Zukunft der Liberalen mehr halten.

In einem Schreiben an den Bundestagsabgeordneten Rolf Merker kommt er zu dem Schluß, daß 'die Partei ihre gegenwärtigen Kümmernisse selber auseinander-sortieren' solle.

Auch Überlegungen der Parteirechten, ihn als Aushängeschild für das Amt des FDP-Generalsekretärs zu gewinnen, gibt er eine deutliche Absage. Man werde, so Dahrendorf, 'gewiß verstehen', daß er 'für nichts kandidiere'...

Prädestinierte Namen und Führer wimmeln zur Zeit nur so vor dieser Rubrik herum. Für einen allerdings spricht das Glück der Stunde. Er zwängt sich nahezu perfekt auf diese Seite, schließlich stand er bisher immer auf der richtigen Seite. Gemeint ist ein Musterschüler, ein Senkrechtstarter in neue Positionen, ein Trendsetter auf dem Weg zu den Schwarzen.

Im Schwarzwälder Mohr-look

Die Kohlenhandlung zu Hause, den Schwarzwald als Umgebung, so etwas wirkt grülich. An diese augenfällige Farbnuance erinnern sich alle, die mit Jürgen Morlok zusammentrafen, als er aus den Bergen Herrenalbs heraus den Duft der badischen Haupt-Provinzstadt Karlsruhe zu schnupfern begann.

Damalige Freunde streiten sich allerdings heute, ob er schon als Teeny dagegen kämpfen mußte, bei seinem Auftreten mit seinem Großvater verwechselt zu werden, oder ob diese Schwierigkeiten erst im Twen-Alter auftraten.

In der Zeit des Aufbruchs und der Aufklärung war Jürgen Morlok vor allem eins: abgeklärt. Wie kaum ein anderer Jungdemokrat gelang es ihm, sich den Diskussionen zu entziehen mit den ewigen Auseinandersetzungen, ob die Jungdemokraten eher innerhalb der FDP oder außerhalb, innerhalb der Parlamente oder an der Basis arbeiten sollten. Die Gedankenflüge und Zukunftsträumereien der APO-Generation waren ihm einfach nicht abgeklärt genug.

Er träumte viel Konkreteres, z.B. von einem Dampfer, der als internationale Universität über die Weltmeere schippern und damit räumliche Enge, numerus clausus und nationale Beschränktheit in diesem unserem Lande und anderswo überwinden könnte.

Realist, wie er war und ist, hatte er auch gleich die Finanzierungspläne dafür in der Tasche, ähnlich, wie dies auch später bei allen seinen Zukunfts- und Karriereplänen der Fall sein sollte. Die Unternehmer sollten zahlen, die hätten

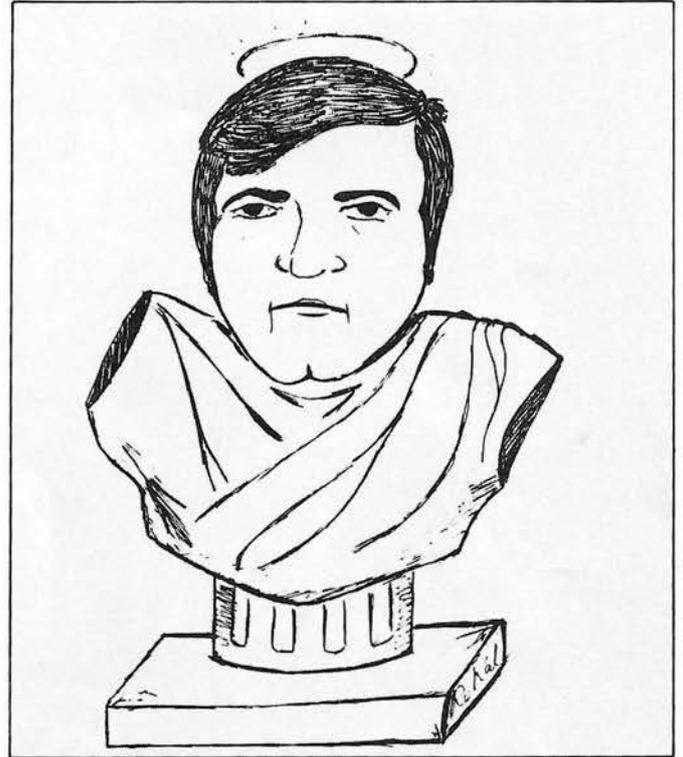
schließlich auch den Gewinn davon. Und dies ist schließlich unbestreitbar richtig. Die antikapitalistischen und gesellschaftskritischen Ziele der Jungdemokraten hat er deshalb nicht übernommen, nur ein Buch darüber veröffentlicht. Sein Ziel war schließlich etwas anderes: Er wollte was werden.

Und er wurde was. Alles sehr ordentlich, versteht sich. Er machte Examen, bei einem befreundeten Professor wurde er dann Assistent; er promovierte. Schließlich durfte er auf Kosten einer Privatbrauerei – im Karlsruher freidemokratischen Lager wird halt gegenseitige Hilfe großgeschrieben – bei der er angestellt wurde, Politik treiben.

Angefangen hat er – wie viele – unten links; zuerst Jungdemokraten-Kreisvorsitzender. Da konnte man schon mal eine Lippe riskieren, nicht zu frech, aber kritisch-konstruktiv. Man wurde bekannt; man konnte z.B. auch mal einen unfähigen Bundestagsabgeordneten madig machen und sich stattdessen etablieren. Damals zog ja in der FDP das progressiv-dynamische.

Dynamisch und zudem noch ganz schön jung gelang ihm der Sprung in den Gemeinderat. Dies war eine Leistung, denn in Baden-Württemberg gibt's bekanntlich ein Persönlichkeitswahlrecht. Morlok schaffte es trotzdem. Auch der Sprung in den Landtag gelang und in der damals nicht gerade vor Kraft strotzenden FDP folgte der Aufstieg zur Fraktionspitze, später zur Parteispitze.

Jürgen Morlok hat in all den Jahren seine Position nicht um einen Millimeter



verschoben, er blieb stets gleich: Immer in der Mitte – unbeirrt, wo rechts und links waren; nie mit großen politischen Aussagen auftretend, immer vermittelnd. Sein Grau dunkelte. Er rückte immer näher zu den Schwarzen.

Der unaufhaltsame Aufstieg auch dieses Jürgen M. führte schnurstracks in das Präsidium der Partei. Doch hier endete dann auch die liberale Harmonie. Wie den anderen Landesfürsten - Kollegen Ronneburger und Lahmann ereilte ihn das Präsidiums-Schicksal: Er saß zwischen dem Bundes- und dem Landessessel. Hier Nachrüstungsfan Genscher - dort die Nachrüstungsverweigerer im eigenen Ländle. Morlok bewies, daß er tatsächlich ein prädestinierter Führer ist, wie ihn die neue bonner depeche trefflich tituliert. (Wie der Zufall doch manchmal Wahlparteitagsausgaben redigiert.)

Mit einem Trick, den keiner von ihm erwartet hatte, überlistete er seinen ersten diesjährigen Sonderparteitag: Er vertrat plötzlich eine politische Position, für eine atomwaffenfreie Zone in Europa, die Basis war platt.

Doch neue Unbill stand ins Haus. Die Basis wollte den Wechsel nicht akzeptieren, wollte zumindest Genscher über die Klinge springen lassen, als Wechselgeld sozusagen. Doch jetzt kannte Morlok keinerlei Anbiederei an die Basis mehr. Er weiß schließlich auf welcher Seite er steht und verteidigte seinen Chef und seine Vizekandidatur ganz entschlossen. Die Niederlage zu Hause steckte er gelassen ein. Sein Trost für den Parteitag: Die Letzten werden die Ersten sein.

Konferenz

Die Zukunft der Liberalen

Bochum 28. Nov. '82

Liberales Bildungswerk NRW e.V.
Worringer Str. 82-84, 4000 Düsseldorf

Liberales Aktion Bochum e.V.
Sedanstr. 6, 4630 Bochum-Wattenscheid